Nr. 20 Bochum, den 14. Mai 1910. 22. Jahrgang

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Aufnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die siebengespaltene Kolonelzeile oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Pfg. Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Telephon-Nr. 98. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telegramm-Adresse: Allverband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Th[illegible] Wagner, Bochum. Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Aus der Tiefe.

Wenn ich Kohlen grabe
Unten tief im Schacht,
Oft ein heimlich Leben
Still um mich erwacht. —

Seh' im Finstern glimmen
Dann ein bläulich Licht,
Höre, wie's von Stimmen
Leise zu mir spricht. —

Und es raunt und summet
Noch so mancherlei —,
Selbst im Tropfenfalle
Klingt's wie Melodei.

Aus dem Windessausen
Tönt's geheimnisvoll,
Und in Klüften hausen
Seh' ich Gnom und Troll. —

Ja, ein seltsam Leben
Oft um mich erwacht,
Wenn ich Kohlen grabe
Unten tief im Schacht. —

B. K.

Unsere Quartalsabrechnung.

Der Kassenbericht unseres Verbandes für das erste Quartal 1910 liegt jetzt vor. Er zeigt uns den erfreulichen Aufstieg, den der Bergarbeiterverband in letzter Zeit genommen hat. Wenn auch die im neuen Statut vorgesehenen Staffelbeiträge und die Erhebung des Extrabeitrages in den zwei letzten Monaten des Quartals einen Einfluß auf die Steigerung der Einnahmen hatten, so ist die hauptsächliche Mehreinnahme doch auf den Mitgliederzuwachs des Verbandes zurückzuführen. An **Beiträgen der Mitglieder** kamen in **561412,25 Mk.** Hinzu kamen an Eintrittsgeldern 6775 Mk., Privatabonnementsgelder 6190 Mk., Streikgelder 5370,03 Mk., Erlös für Extramarken 53 832 Mk., d. i. insgesamt **633 579,28 Mk.** Im ersten Quartal 1909 nahm der Verband ein an Beiträgen 464 076,25 Mk., an Eintrittsgeldern 4 287,50 und 6 126 Mk. an Privatabonnenten, also insgesamt 474 439,75 Mk. Die Einnahmen sind im ersten Quartal 1910 gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres um **159139,53 Mk. höher,** d. h. soweit obige Einnahmeposten in Frage kommen, allein an regulären Beiträgen wurden **97336 Mk.** mehr eingenommen.

Das **Vermögen des Verbandes** stieg in dem hinter uns liegenden Quartal von **3 122 375,53 Mk. auf 3 435 200,67 Mk.** oder um **312 825,14 Mk.!!**

Von den **Ausgaben des Verbandes** im ersten Quartal geben wir folgende Posten hervor: Sterbegelder 23 060 Mk., Gemaßregeltenunterstützung 25 645,14 Mk., Streikunterstützung 3 387,45 Mk., Arbeitslosenunterstützung 11 370,90 Mark, Krankenunterstützung 80 294,25 Mk., Rechtsschutz inklusive Prozeßkosten und Strafen 27 272,41 Mk. An materiellen Unterstützungen an die Mitglieder wurden also insgesamt **171 030,15 Mk.** ausgegeben.

So erfreulich der Gesamtabschluß ist, er hätte aber noch besser sein müssen, wenn die große **Fluktuation** und das leidige **Restantenwesen** nicht da wären. Wir können unseren Ortsverwaltungen nicht dringend genug anraten, beiden Mißständen in der Organisation ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken. Wir geben gerne zu, daß die Frühjahrsmonate viele Schwierigkeiten und Ausgaben mit sich bringen, die ganz besonders die Bergarbeiterfamilien belasten. Aber das Restantenunwesen darf nicht eingreifen, weniger noch überhand nehmen! Die Beitragsschuld wächst an und dann ist es noch schwerer, der Beitragspflicht zu genügen. Die Folgen sind Streichungen und Austritte. Wer aber jetzt den Verband verläßt, der gibt vieles preis. **Nicht nur das Anrecht auf Unterstützungen geht verloren, auch das Anrecht auf das Vermögen,** das doch immer größer wird. Der Verband sind die Mitglieder; was diese zusammensteuern an Vermögen, soll ihnen in Zeiten der Not und des Kampfes wieder zugute kommen. Wir sehen es am Kampf der Bauarbeiter, was es heißt, organisiert und nicht organisiert zu sein! **Die Organisierten erhalten Unterstützung, die Unorganisierten nicht!** Die Bauunternehmer haben, brutal wie sie sind, auch die Unorganisierten nicht mit der Aussperrung verschont. Die Bergarbeiter, die jetzt noch, sei es aus Gleichgültigkeit oder aus andern Gründen heraus, dem Verband den Rücken kehren, schneiden sich ins eigene Fleisch, geben Anrechte auf, die sie in kommender Zeit noch sehr nötig haben werden. Es soll darum die Sorge eines jeden Mitgliedes sein, nicht nur dem Verbande treu zu bleiben, sondern es soll dem Verbande auch neue Mitglieder zuführen. Geschieht das, um so eher können auch die Bergarbeiter ernstlich den Kampf um ihre Menschenrechte, wenn nicht anders, dann durch einen Streik, führen!

Die organisierten Bauarbeiter, die von der Aussperrung nicht ergriffen wurden, zahlen heute **3, 4, 5 und 6 Mk. Extrabeiträge pro Woche,** so lange die Aussperrung andauert. Die Bauarbeiter haben auch gewaltige Opfer vor der Aussperrung gebracht. Schämen müssen sich die Bergarbeiter, denen der übliche Verbandsbeitrag zu viel wird und die sich auch willkürlich um die Zahlung der Extrasteuer zu drücken versuchen. **Ohne Opfer kein Kampf, ohne Kampf kein Sieg.** Wir nehmen die alte Mahnung wieder auf: Kameraden, erlahmt nicht in der Agitation für den Verband, von Haus zu Haus muß agitiert werden und von Mund zu Mund. Wir müssen vorwärts und dürfen durch die Frühjahrs- und Sommermonate hindurch nicht stehen bleiben bei der jetzigen Mitgliederzahl oder gar zurückgehen. Vorwärts müssen wir marschieren. Das gebieten die großen Aufgaben, die wir im schweren Ringen noch zu lösen haben.

Lehren der letzten Maifeier!

Beim Lesen der Berichte über die letzte Maifeier in Deutschland lacht einem das Herz im Leibe. Was mit den gewaltigen Wahlrechtsdemonstrationen der letzten Monate angefangen worden ist, hat sich am Maisonntag in großartiger Weise wiederholt. Eine solche einheitliche, wirkungsvolle Kundgebung der deutschen Arbeiter für ihre hohen Ideale haben wir noch nicht erlebt. Und sagen wir es gleich, solche Kundgebungen sind nur möglich und können nur noch gesteigert werden, wenn die Maifeier auf einen Sonntag fällt, bezw. auf einen solchen verlegt wird. Darum sollten die beschließenden Instanzen sich reiflich überlegen, ob nicht doch der Maifeier am besten gedient ist, wenn man ihr die Grundlage gibt, die solche gewaltigen Kundgebungen, wie sie jetzt hinter uns liegen, erst möglich machen.

Der Streit, der sich im Laufe der Jahre in der Frage der Maifeier in der deutschen Arbeiterbewegung breit gemacht hat, drehte sich nicht um dem Inhalt der Feier, um die Ideale oder Forderungen, die die Arbeitsklasse bei ihrer Maikundgebung erhebt. Daß es überhaupt zu Streitigkeiten über die Maifeier kommen konnte, lag wohl in erster Linie daran, daß die verlangte Arbeitsruhe als würdigste Form der Demonstration in der deutschen Arbeiterschaft nicht den Widerhall gefunden hat und wie die Dinge im einzelnen liegen, auch nicht finden konnte. Das ist des Pudels Kern.

Prinzipielle Gegner der Maifeier hat es bis jetzt in der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht gegeben; man hätte hier mit der Verneinung einer solchen Demonstration geradezu die Berechtigung der Maiforderungen selbst mitverneinen müssen. Die Kritiker an der Maifeier setzten mit ihrer Kritik dann ein, als es sich zeigte, daß erstens die Maifeier sich in allzu beschränkten Kreisen bewegte, die Zahl der Maifeiernden im Verhältnis zu der Stärke der Zahl der politisch und gewerkschaftlich organisierten, überhaupt der vorhandenen Arbeiter, nur eine allzu bescheidene blieb und zweitens, daß eben diese schwache Beteiligung der Arbeiterbewegung, den Arbeitern selbst, oft große pekuniäre Opfer auferlegte.

Weil die Maifeier an Wochentagen bisher nicht die gewünschte Kundgebung herbeigeführt hat, darum das Bestreben, ihr eine andere Form zu geben. Wir geben zu, daß die Kritik sich nicht immer in den Grenzen bewegt hat, wie es wohl wünschenswert war, aber das waren Begleiterscheinungen, die sich mit dem Streit entwickelten. Und was das beste ist, man hat in den letzten Jahren ehrlich versucht, einen Weg zu finden, wo der früher oft geführte schroffe Meinungskampf zurückgehalten werden konnte. Aber auch das hat nicht vermocht, der Maifeier den verlangten Umfang zu verschaffen. Und darum, das gestehen wir gleichfalls gerne ein, haben wir die diesjährige Maifeier sehr herbeigesehnt. Sie sollte uns vordemonstrieren, wo die Ursachen der schlechten Beteiligung in den früheren Jahren lagen. Und wenn die vorausgegangenen Wahlrechtsdemonstrationen ein großes Teil dazu beigetragen haben, die diesjährige wirkungsvolle Maikundgebung mit zu schaffen, so steht doch fest, daß die Kundgebung in ihrer Wuchtigkeit den günstigsten Boden vorfand, den — Sonntag!

Was kann uns nun abhalten, den Sonntag auch weiterhin als den Tag der Maifeier festzulegen? Unseres Erachtens nichts! Wo wir aber gewinnen können, da dürfen wir uns nicht spreizen. Tun wir es doch, begehen wir einen groben taktischen Fehler.

Wir hoffen, daß auch die couragiertesten Freunde und Verfechter der Arbeitsruhe am 1. Mai inzwischen eingesehen haben, daß die Maifeier nicht mehr auf dem alten Gleise fortgeführt werden darf. Es ist eben schwer, sehr schwer, eine beachtenswerte Arbeitsruhe herbeizuführen. Vielleicht geht das, wenn die Massen in berechtigte und große Empörung geraten sind, durch politische und wirtschaftliche Maßnahmen, die die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse hart in Mitleidenschaft ziehen. Die Aktionslust steigt bei solchen Ereignissen, wie das die Demonstrationen um das Wahlrecht gezeigt haben. Und wer sagt uns, daß sich diese Demonstrationen nicht wiederholen werden, wenn ähnliche politische Fragen das arbeitende Volk aufregen, wie die Zolltarifdurchpeitschung im Jahre 1902 und die bösartige Reichsfinanzreform vom Jahre 1909.

Die Wahlrechtsfrage hat die Volksmeinung aufgepeitscht, wie nie eine gesetzgeberische Aktion der letzten Jahrzehnte. Und doch ließ man es auch hier bei Sonntagsdemonstrationen bewenden. Hier und da tauchte der Gedanke ja auf, weiter zu gehen, den politischen Massenstreik zu proklamieren, wenn auch nur für wenige oder gar nur für einen Tag. Und was erlebten wir? Selbst Personen und Organe wendeten sich gegen diesen Vorschlag, die seit Jahren nichts darin finden, alljährlich den Massenstreik für den 1. Mai zu verlangen, die sich voller Entrüstung mit ihrer Kritik auf solche Leute werfen, die früher herkamen und die Unmöglichkeit einer gründlichen Arbeitsruhe am 1. Mai — besonders in ruhigeren Zeiten — nachwiesen. Und doch wurden gegen den eintägigen Massenstreik anläßlich der Wahlrechtsbewegung fast dieselben Gründe ins Feld geführt, die andere vorher gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai ins Feld geführt hatten. Es ist überflüssig, auf diese Gründe hier einzugehen. Sie ergeben sich schon von selbst, wenn wir anführen, warum wir die Verlegung der Maifeier auf einen Sonntag wünschen. Und da gibt uns die Maifeierbeteiligung in diesem Jahr die beste Antwort: Wir bekamen die Massen auf die Beine!

Während bei Maifeiern an Wochentagen wir vor organisierten, disziplinierten und geschulten Arbeitern unser Maiprogramm entwickeln, also vor einem kleinen Kreis von Feiernden, bringt uns die Sonntagsfeier die Massen heran, die der Belehrung mehr bedürfen, als der Stamm der Arbeiterschaft, der gewöhnlich am 1. Mai die Arbeit ruhen läßt.

Wir konzentrieren mit der Sonntagfeier unsere Macht und erweitern sie gleichzeitig. Bisher aber teilten wir die Arbeiterbataillone. Ein geringer Teil der Arbeiterschaft feierte, der größere Teil nicht. Zwanzig Jahre lang (mit Ausnahme der Jahre, wo die Feier auf einen Sonntag fiel), haben wir es verstanden, die Massen von der Maifeier, die sich doch in der Demonstration am wirksamsten äußern soll, abzuhalten. Beim besten Willen war es nicht möglich, daß die Arbeiter, besonders die der Großindustrie, feiern konnten und das wird auf absehbare Zeit auch weiter so sein, vornehmlich in den großen Industriezentren Deutschlands. Viele der Industriearbeiter blieben mit bitterem Groll in der Grube, in der Hütte, in der Fabrik und arbeiteten.

Man hat nun geglaubt, die noch arbeitenden Leute anderweitig zu engagieren, indem man ihnen Geldopfer auferlegte, weil sie arbeiteten, andere feierten. Nun hat die Zeit gelehrt, wie diese wohlmeinende Praxis, wie vieles andere, was die bisherigen Beschlüsse in der Frage der Maifeier mit sich brachten, eine total verfehlte ist. Beschlüsse sind gefaßt worden, deren Undurchführbarkeit sich vom ersten Tage an zeigten, die aber höchst unfruchtbare Debatten und Erregungen in der Arbeiterbewegung gezeitigt haben. Wir erinnern nur an den Beschluß der Abführung des Arbeitslohnes; diejenigen, die man in erster Linie damit hat treffen wollen, die Partei- und Gewerkschaftsangestellten, sie zahlten und zahlen, weil sie es gar nicht anders können. Sie zahlen, weil sie für den 1. Mai ihr Gehalt mitbeziehen. Sie würden aber auch zahlen müssen, wenn man ihre Posten mit einer andern Partei- oder Gewerkschaftssteuer belastete. Sobald aber die Zahlung aus dem Kreise des Arbeiterbeamtentums heraus, bei anderen Leuten, die in festem Gehalt oder Lohn stehen oder die ein Gewerbe treiben, verlangt worden ist, fing es an, mit der Durchführung der vorliegenden Beschlüsse zu hapern. Aergereien sind entstanden, die der Arbeiterbewegung gar nichts genützt haben. Und wer der Maifeier, wie sie im Laufe der Jahre gefeiert worden ist, keinen Geschmack abgewinnen konnte, aus mehr oder wenigen triftigen Gründen, der zahlte doppelt ungern. Wird die Maifeier aber schon mit undurchführbaren Beschlüssen beladen, dann gewinnt die Feier selbst auch nichts. Beim Zahlen entsteht eben die Frage mit: Wofür wird gezahlt? Stehen die gebrachten Opfer im richtigen Verhältnis zu der Sache, für die man Zahlung leistet? Oder besser gesagt, können diese Opfer nicht besser und zweckmäßiger verwendet werden? Wir haben das so nebenbei angeführt. In der Hauptsache geht es uns darum, die Demonstration wirkungsvoller zu gestalten, als sie in früheren Jahren gewesen ist. Nicht nur denjenigen, die in den Reihen der modernen Arbeiterbewegung stehen und bisher nicht mitfeierten, soll Gelegenheit gegeben werden, mitzutun. Auch den Frauen und Kindern der klassenbewußten Arbeiterschaft müssen wir die Maifeier zugänglich machen. Und worauf es ankommt, die Indifferenten müssen für die Maifeierideen gewonnen werden. Daß wir das durch den Aufmarsch der Massen, durch gewaltige imponierende Demonstrationen, besser können, als wenn wir oft in lächerlich kleiner Zahl aufmarschieren, ist so klar, daß darüber kein Wort mehr verloren zu werden braucht. Gewinnen wir die Massen für die Maifeier, gewöhnen wir sie an die Feier und suchen wir sie in dem Sinne der Maifeierideen zu erziehen, dann ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß wir es wieder einmal mit einer Arbeitsruhe probieren können. Das aber ist eine Frage der Zukunft, über die wir uns jetzt nicht den Kopf zu zerbrechen brauchen. Heute und auf absehbare Zeit hinaus, müssen wir auch mit der Maifeier zu wirken versuchen und das können wir am besten, wenn wir die Feier auf einen Sonntag verlegen.

In diesem Jahr findet der Internationale Arbeiterkongreß in Kopenhagen statt. Da ist der Platz, sich zu verständigen. Wenn es auch schwer fällt, diese Verständigung muß gesucht und gefunden werden. Die deutschen Vertreter haben ein wichtiges und zugkräftiges Beweismittel für die Verlegung der Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai und das ist der Hinweis — auf den Verlauf der diesjährigen Maifeier.

Nachbemerkung der Redaktion. Wir sind selbstverständlich bereit, aus Kameradenkreisen auch andere Meinungen zu Worte kommen zu lassen. Ja, eine sachliche Diskussion kann in dieser Frage, jetzt angesichts des bevorstehenden internationalen Arbeiterkongresses, nur erwünscht sein.

Der „Bergknappe" und der außerordentliche Gewerkschaftskongreß.

Bekanntlich haben sich die „Christlichen" und Hirsch-Dunckerschen an dem am 25. und 26. April in Berlin stattgefundenen Gewerkschaftskongreß, welcher zum Entwurf einer Reichsversicherungsordnung Stellung nahm, nicht beteiligt. Ihre Nichtbeteiligung begründeten sie damit, sie hätten sich schon an einer Tagung der Gesellschaft für soziale Reform, welche sich mit der Reichsversicherungsordnung befaßt habe, beteiligt und damit ihre Pflicht getan. Die Haltung der „Christlichen" und Hirsch-Dunckerschen in dieser Frage wurde auf dem Kongreß zunächst von dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien, in dessen Eröffnungsrede, sowie vom Verfasser dieses Artikels bei Begründung des Antrages, welcher eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens fordert, erörtert. Legien führte aus, es sei bezeichnend für den Wert und das Wesen dieser Organisationen, daß sie lieber mit ehemaligen Ministern und Professoren, als mit ihren Klassengenossen gemeinsam zu einer für die Arbeiter so wichtigen Sache Stellung nehmen. Hieran anknüpfend habe ich bei Begründung des oben bezeichneten Antrages daran erinnert, daß der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform der frühere Minister Berlepsch ist, der als Handelsminister mehr als 2000 Bergleute im Saargebiet maßregelte, weil sie von ihrem, ihnen gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch gemacht und sich dem damals gegründeten Rechtsschutzverein angeschlossen hatten. Ich habe dann weiter gesagt, die „Christlichen" seien auf knappschaftlichem Gebiet bisher sehr unsichere Kantonisten gewesen, ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet bestände aus einer fast ununterbrochenen Kette von Arbeiterverrätereien. Die Feststellung hat den Beifall des „Berg-

knappen" nicht gefunden, in seiner Nr. 19 heulmeiert er wieder, wir hätten das Kriegsbeil jetzt wieder ausgegraben, obgleich die Einigkeit der Arbeiter bei der Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung dringend notwendig sei. Die „Christen" und der „Bergknappe" verleumden und verdächtigen uns fortgesetzt und wenn ihnen dann unsererseits mal hier so unbequeme Wahrheiten gesagt werden, dann versuchen sie uns als „Friedensstörer" hinzustellen, die die so notwendige Einigkeit der Arbeiter stören. Das ist die von allen M.-Gladbachern bisher ständig geübte Methode, welche sogar August Brust anzuwenden beliebte.

Auf meine Kennzeichnung des Bundesgenossen der „Christlichen", des Exministers Berlepsch, geht der „Bergknappe" aber bezeichnender Weise nicht ein, sondern begnügt sich damit, meine Ausführungen über die Verrätereien der „Christlichen" auf knappschaftlichem Gebiet „eine dicke Unwahrheit" und „freche Verdächtigung" zu nennen. Da der „Bergknappe", wie er selbst schreibt, meine auf dem Kongreß gemachten Ausführungen dem „Vorwärts" entnommen hat, hat er auch meine Kennzeichnung Berlepschs gelesen. Wenn er diese aber übergeht, so hat er dazu allerdings auch sehr triftige Gründe. Es ist doch eine eigene Sache, den „christlichen" Mitgliedern jenen Mann als ihren Bundesgenossen vorzustellen, der als der Henker des Koalitionsrechtes der Saarbergleute bezeichnet werden kann; der dadurch, daß er tausende Bergarbeiter dauernd von der Beschäftigung auf allen Saargruben ausschließen ließ, über tausende Bergarbeiterfamilien schweres Ungemach heraufbeschwor. Der Exminister Berlepsch hat sein sozialreformerisches Herz erst entdeckt, nachdem er nichts mehr zu sagen hatte und hat. Solange er aber als Minister etwas zu sagen hatte und als er sich sozialreformerisch betätigen konnte, hat er es nicht getan, dafür war er als Minister zu reaktionär.

Also, meine Ausführungen über die Tätigkeit der „Christlichen" auf knappschaftlichem Gebiet sollen „eine dicke Unwahrheit und freche Verdächtigung" gewesen sein. Da hört doch alles auf! Das Verhalten der „christlichen" Aeltesten und ihr Umfall bei der letzten Statutberatung sind doch hinreichend bekannt. Bekannt sind auch die schändlichen Taten der „christlichen" Aeltesten im Knappschaftsvorstande. Fast ständig sind diese mit den Werksbesitzern gegangen, haben mit Hilfe der Werksbesitzer die Reformbestrebungen der dem Verbande angehörenden Vorstandsältesten vereitelt und die reaktionären Bestrebungen der Werksbesitzer zum Schaden der Arbeiter unterstützt. Sie haben der arbeiterfeindlichen Verwaltung des Bochumer Knappschaftsvereins und besonders dem Direktor Köhne riesige Gehälter bewilligt, ja sie sind so weit gegangen, mit den Werksbesitzern gemeinsam im vorigen Jahre den Wahlrechtsraub bei den Aeltestenwahlen zu vollziehen. Und nur dem energischen Eingreifen der Verbandsältesten und der Verbandsleitung haben es die Knappschaftsmitglieder zu verdanken, daß die Wahlrechtsverschlechterung wieder beseitigt wurde. Für alle diese Arbeiterverrätereien müssen wir den Gewerkverein und dessen Leitung verantwortlich machen, denn wenn er damit nicht einverstanden war, mußte er gegen die zu ihm gehörenden Arbeiterschädlinge einschreiten.

Das hat er aber nicht getan, im Gegenteil, er hat deren Verhalten noch verteidigt. Allerdings kann keine Organisation dafür garantieren, daß nicht einzelne ihrer Mitglieder entgleisen, aber wenn das geduldet wird, ja, wenn sich die große Mehrzahl der einer Organisation angehörenden Arbeitervertreter als unsichere Kantonisten erweisen, wie es bei den „christlichen" ständig der Fall war, dann trifft die Hauptschuld die Organisation, der diese Vertreter angehören. Und wie hat sich die Leitung des Gewerkvereins bei wichtigen Anlässen in knappschaftlichen Fragen, Statutberatungen 2c. denn selbst verhalten? Wer war schuld daran, daß das 1899er Statut, welches so schwere Nachteile für die Arbeiter brachte, angenommen wurde? Der Vorstand und „Ehrenrat" des „christlichen" Gewerkvereins der Bergarbeiter! Und wie wäre es gekommen, wenn bei der letzten Statutberatung und -Annahme die Verbandsältesten nicht glücklicherweise schon die Mehrheit hätten? Wie es gekommen wäre, das hat der zweite Vorsitzende des Gewerkvereins, Karl Kühme, 1908 im April ausgesprochen. Er sagte:

„Es ist ein Glück, daß die Verbandsältesten festgehalten haben. Wäre es auf unsere Aeltesten angekommen, dann wurde das Statut schon längst so angenommen, wie es die Werksbesitzer wünschten. Unsere Aeltesten sind die reinsten Egoisten, die nur in ihren eigenen Sack scharren."

Uebrigens hat auch Effert vor der dritten Generalversammlung des Knappschaftsvereins im Jahre 1907 die Befürchtung geäußert, daß der größte Teil der „christlichen" Aeltesten umfallen würde, was dann auch eintraf. Und trotzdem alle diese Tatsachen offenkundig sind, wagt der „Bergknappe" noch von „dicker Unwahrheit und frecher Verdächtigung" zu schreiben, wenn die Verrätereien der „Christlichen" gerügt werden. Im übrigen nur Geduld, werter „Bergknappe", es kommt noch viel besser. Wir werden euch bei gelegener Zeit die ganzen „christlichen" Verrätereien noch um die Ohren schlagen, daß euch dieselben noch lange klingen sollen. Verlaßt euch darauf! Das, was ich auf dem Kongreß gesagt habe, halte ich aber vollinhaltlich aufrecht und bin auch jederzeit bereit, es zu beweisen.

Rob. Witt.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Volksverhetzung und Entwicklung.

Es ist noch immer ein beliebtes Kampfmittel der bürgerlichen Gegner, die proletarische Aufklärungsarbeit als Volksverhetzung zu denunzieren. Wie sinnlos ist doch aber diese Behauptung! Ein Volk, dem ein geordnetes Wirtschafts- und Staatswesen eine gesicherte Existenz garantiert, würde doch sicher nicht für einen Kampf gegen den heutigen Staat zu gewinnen sein. Die Personen, die einem Volke den Kampf für Dinge, die schon vorhanden sind, aufnötigen wollten, würden einfach verlacht und ignoriert werden. Das gleiche Schicksal würde die Rufer im politischen Kampfe ereilen, die das Volk für die Volksherrschaft, für die Demokratie, begeistern wollten, wenn das Volk die Demokratie schon besäße. Aber blühendes gewerbliches Leben und Volksherrschaft sind im heutigen Zeitalter dem Volke unmöglich gemacht. Der Besitz an Produktionsmitteln sichert den Besitzenden den Löwenanteil am Arbeitsertrage des Volkes und die politische Vorherrschaft. Das arbeitende Volk steht im Kampf gegen die besitzenden und herrschenden Klassen, weil es die ausgebeutete und unterdrückte Klasse ist und weil die Ausbeutung einen immer fühlbareren Grad erreicht.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung ist heute der Proletarisierung verfallen. Die Möglichkeit selbständiger Gütererzeugung und Verteilung wird für immer weitere Kreise zur Unmöglichkeit. Das zeigen folgende Ziffern beider Gruppen der Erwerbstätigen:

	Selbständige	Unselbständige	
	2 288 000	5 949 000	1882
Landwirtschaft	2 569 000	5 724 000	1805
	2 501 000	7 892 000	1907
	2 201 000	4 195 000	1882
Gewerbe und Industrie . .	2 062 000	6 220 000	1895
	1 977 000	9 279 000	1907
	701 000	868 000	1882
Handel und Verkehr	840 000	1 495 000	1895
	1 012 000	2 465 000	1907

Die Zahl der Selbständigen ist seit 1882 nur wenig gewachsen. In der Gruppe Industrie ist sie sogar gesunken. Dagegen zeigt die Zahl der Unselbständigen (Betriebsbeamte und Arbeiter) eine ununterbrochene Aufwärtsbewegung. Ein im Verhältnis zu den Unselbständigen immer kleiner werdender Personenkreis bekommt die wachsenden Produktionsmittel in die Hände. Daß das keine „unbeweisbare Behauptung berufsmäßiger Hetzer" ist, beweisen die Ziffern der staatlichen Erhebungen.

Auch die moderne Großstadtentwicklung trägt zur „Volksverhetzung" bei. Der steigende Bedarf der städtischen Industrie an Arbeitskräften muß durch Zuzug vom Lande befriedigt werden. Waren im Jahre 1882 nur 15 Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern in Deutschland vorhanden, so waren es im Jahre 1895 schon 28 und im Jahre 1907 sogar 42. Und diese Entwicklung befindet sich in beharrlicher Aufwärtsbewegung. In den Großstädten aber zeigen sich am meisten die Gegensätze des Kapitalismus: Reichtum und Armut. Das Heer der Proletarisierten wächst, die traurige materielle Lage der arbeitenden Klassen ergreift immer weitere Kreise des Volkes. Es mehren sich auch die vom Großkapital abhängigen Existenzen in der Gruppe der Selbständigen, die nur mehr eine Scheinexistenz führen. Die Folgen dieser Entwicklung spiegeln sich in den lebhaften wirtschaftlichen und politischen Kämpfen, die immer mehr Bedeutung und Ausdehnung gewinnen.

Die besitzenden und herrschenden Klassen haben selbst die Kämpfer gegen sich auf den Plan gerufen. Immer weitere Kreise der Unselbstständigen wenden sich gegen die herrschenden Gewalten. Der wirtschaftliche Kampf wird mehr und mehr durch den politischen wirksam ergänzt. Die bürgerliche Gesellschaft, deren Existenz auf dem Privatbesitz an den gewaltigen Produktionsmitteln beruht, sieht im klassenbewußten Proletariat den gemeinsamen Gegner. Denn der proletarische Kampf dreht sich nicht um den Anteil am Arbeitsertrag der kapitalistischen Produktion und um Rechte im Klassenstaate, sondern ist auf die Ersetzung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch gesellschaftliches Eigentum und auf Ablösung der Klassenherrschaft durch Volksherrschaft gerichtet. Deshalb vermag die bürgerliche Gesellschaft über die Bekämpfung der Arbeiterbewegung sogar die sie trennenden Interessenkämpfe um die Verteilung des Mehrwerts zu vergessen.

Deshalb ist auch die Reaktion bestrebt, das Wahlrecht zu einem bevorzugten Recht der Besitzenden und „Einjährig-Gebildeten" zu machen. Dadurch soll die auf Besitz gestützte Vorherrschaft im Klassenstaate auf ewige Zeiten gesichert werden. Doch an die „ewigen Zeiten" glauben die reaktionären Mächte selbst nicht mehr. Immer schärfere Einschränkungen sucht die Reaktion in das Wahl„recht" zu bringen. Selbst das Reichstagswahlrecht wird von konservativer Seite angefeindet.

Die Bestrebungen der bürgerlichen Gegner erbringen aber den Beweis für die Behauptung der „Volksverhetzer": Durch die kapitalistische Entwicklung wird die Proletarisierung des Volkes herbeigeführt, wird die Sache des Proletariats für den Sieg vorbereitet.

Industrialisierung und industrielle Konzentration.

Die Gütererzeugung resp. die Produktionsmöglichkeiten bilden die Grundlage der Kultur, sie bestimmen das Ausmaß des sozialen Aufstiegs, den eine vernünftige, von kapitalistischen Fesseln befreite Gesellschaftsordnung erlauben könnte. Bei einer sozialistischen Wirtschaftsweise noch ganz enorm gesteigert. Es mag als Hinweis dafür nur an das periodische Brachliegen motorischer und menschlicher Arbeitskräfte erinnert werden. Kapitalistisches Interesse hemmt die Gütererzeugung, obwohl noch eine Unsumme von Bedürfnissen bescheidenster Natur unbefriedigt bleibt. Unter der arbeitenden Bevölkerung ist heute die soziale Not teilweise größer als früher, obwohl die industrielle Gütererzeugung sich riesenhaft entwickelt hat. Bringt man die Bevölkerungsbewegung in Deutschland mit der großindustriellen Produktion in Beziehung, dann ergeben sich unter anderem folgende interessante Vergleiche: Deutschland zählte im Jahre 1850 rund 8[illegible] Millionen Einwohner, im Jahre 1900 rund 64 Millionen. Die Zunahme macht rund 83 Prozent aus. Demgegenüber ging im wichtigsten deutschen Kohlengebiete, dem Oberbergamtsbezirke Dortmund, die Zahl der Kohlenwerke von 198 auf 163 oder um 18 Prozent zurück, während gleichzeitig die Belegschaft von 12 741 auf 899 280 Mann, gleich 2555 Prozent, anschwoll, und die Kohlenproduktion in derselben Zeit aber von 1 665 662 Tonnen auf 82 788 321 Tonnen, oder um [illegible] Prozent hinaufsprang; die Erzeugung von Koks nahm gar von nur 73 228 Tonnen auf über 15 Millionen Tonnen oder um 21 000 Prozent zu. Nach der Statistik des Vereins deutscher Eisenindustrieller wurden in Deutschland im Jahre 1878 erst etwas über zwei Millionen Tonnen Roheisen produziert, im Jahre 1900 schon fast 13 Millionen Tonnen. Der Aufstieg für diese kurze Zeit macht über 500 Prozent aus. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, hatte Deutschland in den Jahren 1861 bis 1862 einen Eisenverbrauch von 25,2 Kilo, bei einer Eigenproduktion von nur 21,8 Kilo; im Jahre 1908 produzierten die deutschen Hochöfen pro Kopf der Bevölkerung 187,47 Kilo, der Eigenverbrauch absorbierte 114,85 Kilo. Die riesenhafte industrielle Entwickelung kommt auch in der Zunahme der beschäftigten Personen zum Ausdruck. Nach den Berufszählungen in Preußen waren beschäftigt im Jahre 1849 in der Metallverarbeitung 27 334 Personen, 1907 737 478 Personen; das ergibt eine Vermehrung um rund 2 600 Prozent. Das Personal in der Industrie der Maschinen und Apparate vermehrte sich von 43 665 auf 518 500 oder um rund 1000 Prozent; die Papierindustrie, die 1849 — 8109 Personen beschäftigte, zählte 1907 — 101 982 Beschäftigte; auch hier ist eine Zunahme von über 1000 Prozent zu verzeichnen. In der mineralurgischen und chemischen Industrie stieg die Zahl der Beschäftigten von 82 953 auf 555 179, in der Nahrungsmittelindustrie von 212 116 auf 610 206, in der Textilindustrie, dem Ledergewerbe und der Bekleidungsindustrie zusammen von 678 915 auf 1 547 375, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe von 123 141 auf 429 110, im Baugewerbe von 135 094 auf 1 160 298, und im Handelsgewerbe von 174 471 auf 962 201. In Preußens Berg-, Hütten- und Salinenbetrieben waren im Jahre 1858 erst 179 713 Personen beschäftigt, 1907 zählte die Belegschaft 835 577 Mann. So sehen wir auf allen Gebieten eine gewaltige Entwickelung, hinter der der soziale Aufstieg der Arbeiter weit zurückgeblieben ist.

Die Gewerbebetriebe Preußens.

Eine Untersuchung der Gewerbebetriebe nach der Unternehmungsform und zwar auf Grund des bei der Betriebszählung im Jahre 1907 gewonnenen Materials ergibt die interessante Tatsache, daß die Einzelunternehmung weitaus vorherrscht, die Kollektivunternehmungen aber schon bald die Hälfte der beschäftigten Personen umfassen.

Die Herren der Erde.

Roman aus dem Bergmannsleben.

Unter diesem Titel ist kürzlich ein Roman erschienen, der Herrn Paul Grabein zum Verfasser hat. Herr Grabein ist uns seit einiger Zeit näher bekannt geworden durch seine literarische Mitarbeit an bekannten Scharfmacherorganen, z. B.: „Deutsche Bergwerks-Zeitung", „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" usw. In beiden Organen, in dem einen mehr, in dem anderen weniger, hat er vornehmlich literarische Skizzen gezeichnet über Einrichtungen im Berg- und Hüttenbetriebe. Manchmal ging er hin, gab Schilderungen aus dem Leben der Bergarbeiter wieder, wobei er sich Mühe gab, den Kumpel auch psychologisch zu erfassen. Es mag sein, daß ihm hier und da im einzelnen seine Arbeit glückte, wo er sich mit technischen Skizzen versuchte, die Bergarbeiter aber sind ihm fremd geblieben, ihre Psyche ein versiegeltes Buch. Ueber alles, über seine technischen Aufsätze, wie über seine Kapiteln, die die Menschen im Industriegebiet zeichnen sollten, lagert die Oberflächlichkeit.

Solange sich Herr Grabein damit begnügte, seine literarischen Arbeiten, soweit sie sich mit den Verhältnissen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet befaßten, in den oben genannten und diesen wieder gesinnungsverwandten Organen zu veröffentlichen, haben wir keine Ursache gehabt, uns mit seinen Arbeiten zu beschäftigen. Anders jetzt, wo er ein Buch der Oeffentlichkeit übergibt, das den Kern der Erfahrungen und Studien des Verfassers aus dem Industrieleben wiedergeben soll und das wie wir noch sehen werden, Tendenzen einschließt und „Lebensbilder" wiedergiebt, die wir nicht unwiedersprochen in die Welt hinausgehen lassen dürfen. Sagen wir es gleich. Was dem Verfasser abgeht in der Kunst, das Arbeiterleben zu erfassen, das ersetzt er durch leichtfertige Verallgemeinerungen oder durch direkt entstellte Tatsachen. Nein, Herr Grabein, was Sie in ihrem Roman zeichnen, sind nicht die Bergarbeiter, mit denen wir groß geworden sind, unter die wir heute noch leben und kämpfen. Wir kennen den Kumpel und seine Mitgenossen; wir wissen, wie sie leben und fühlen, wer sie sind und was sie wollen. Was Sie, Herr Grabein aber als Ergebnis ihrer Erfahrungen schildern, das haben Sie durch das Opernglas geschaut und auch nur flüchtig geschaut. Solche Weisheiten, wie Sie früher in den Scharfmacherorganen und in bergfremden Versammlungen über die Bergarbeiter verzapften und was in ihrem Roman über das Leben und die Psyche der Bergarbeiter zusammengeschoßt wiedergegeben wird, das alles würde Staunen und Gelächter von Hamm bis Moers auslösen, hätten die Kumpel nur Gelegenheit, Ihre Machwerke, Herr Grabein, zu lesen! Doch sehen wir uns den Roman, der von der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" lebhaft begrüßt worden ist, näher an.

Die Romanhandlung gibt uns einen Emporkömmling unter den Bergwerksbesitzern: Magnus Heckes. Heckes gilt als Mann der Tat. Aus ihm sucht Grabein die Kraftnatur, den Uebermenschen, der sich jenseits von Gut und Böse stellt, zu machen. Heckes ist ein Mann, der keine Rücksichten kennt, der über Lebende und Tote hinweg sein Ziel, wirtschaftlich und persönlich an Macht zu gewinnen, nicht aus dem Auge läßt. Die von ihm Abhängigen will er beherrschen in ihren äußeren wie im inneren. Und seine Lebensaufgaben, die er sich zunächst gestellt, glücken ihm. Er wird reich, vorbildlich für andere ihm Gleichgestellte und Gleichgesinnte; er bleibt den Arbeitern gegenüber Herr im Hause und gründet vor seinem Tode gegen sie ein Syndikat. Nur eins hat er nicht erreicht. Seine „Jugendliebe" ist die Frau eines anderen Grubenrepräsentanten geworden. Heckes sucht später die Frau des Anderen für sich zurückzugewinnen, was ihm vielleicht auch noch geglückt wäre, ließe ihn Grabein nicht zu früh sterben. Heckes hätte rücksichtslos das Glück des Ehemannes zerstört, wie er kalten Blutes das Glück vieler anderer zerstört hat. Wir suchen den Menschen Heckes vergebens, als die Schlagwetterexplosion auf seiner Grube ein Teil der Belegschaft tötet, er bleibt aber auch kalt, als sich sein Sohn, ein Offizier erschoß. Dieser junge Lebemann verführt die Tochter des alten Betriebsführers der Heckes'schen Grube. Die Unglückliche springt in den Weiher. Ein Steiger, der sie liebte, paßt den Verführer auf, gibt ihm einige Maulschellen, was den Offizier veranlaßt, seine „Ehre" zu reparieren. Er erschießt sich. „Ich kann nicht länger mehr leben — mich hat die Hand eines Menschen berührt, den ich nicht vor meine Pistole fordern kann." Der Steiger, der Freukes heißt und der Betriebsführer, suchen den alten Heckes auf, wollen aus dem Dienste entlassen sein. Heckes sagt zu. Aber ernst nach einigen Monaten sollen beide gehen. Im Augenblick — was würden die Leute sagen! In Heckes, der „Kraftnatur", ist der Philister erwacht.

Heckes trotzt später der ganzen öffentlichen Meinung, als sich diese gegen ihn wendet, weil er durch sein Verhalten einen großen Streik der Ruhrbergarbeiter prophoziert. Er spottet der ministeriellen Perücken in Berlin, aber er hat Angst, daß die Leute außerhalb seiner Villa dahinterkommen, warum sein Sohn in den Tod gegangen. Das ist Heckes, die Hauptperson des Romans, der Held Grabeins, der in den Vordergrund gedrängt wird als Großer unter Großen. Die übrigen mithandelnden Personen sind als Nebenfiguren gedacht. Wer als Partner des alten Heckes herangezogen wird, ist nicht diese oder jene Person aus seiner näheren Umgebung, das sind die Bergarbeiter. Grabein wollte einen Roman schreiben, wo ein Arbeitgeber als Sieger und Herrscher Arbeitnehmern gegenüber steht, und zwar als Sieger im großen sozialen Krieg unserer Tage. Und um Heckes Ruhm leuchten zu lassen, glaubte Grabein, nicht anders handeln zu können, als das Milieu der Bergarbeiter gründlich schwarz und lächerlich zu färben. Wollte Grabein Gerechtigkeit walten lassen, ihm hätte in seinem Tendenzroman völlig genügen können, festzustellen, daß der kapitalkräftige Grubenbesitzer von heute stark und rücksichtslos sein kann, weil ihm gegenüber noch in der Bergarbeiterschaft die Kraft nicht erwachsen ist, die das wirtschaftliche Herrenmenschentum zu besiegen vermag. Aber diese Bergarbeiterschaft wächst heran. Die Bergarbeiter, die sich den rücksichtslosen Unternehmern gegenüberstellen, sind schon vorhanden, zu Tausenden und zu Zehntausenden.

Weiß Herr Grabein nicht, daß es heute schon Situationen gibt, wo die Werksherren, die Heckes, einsehen müssen, daß ihnen nicht die Bäume in den Himmel wachsen? Ist der Verfasser des Romans blind gegenüber der Tatsache, daß die Grubenherren durch die organisierte Bergarbeiterschaft schon zu Konzessionen gezwungen werden, trotz des ungeheuren und vielseitigen Frontkampfes, den die Arbeiter zu führen haben? Herr Grabein sollte den Versuch machen, die Tendenz, die er seinem Roman unterlegt, vor Arbeitern in freier Rede vorzutragen, ihm würden hunderte und tausende Bergarbeiter bald Gelegenheit geben, daß er mit dem Fluch der Lächerlichkeit belastet abziehen müßte, wo er sich auch zeigte.

* * *

Herr Grabein will uns die Bergarbeiter zeigen, wie sie leben, wie sie arbeiten, wie sie kämpfen.

Da ist der Maschinist Freukes, ein Bruder des Steigers Freukes, der Heckes Sohn schlug. Dieser Maschinist, dem soviel Menschenleben anvertraut sind, ist ein Hetzer und Säufer, der sich um seine Familie wenig kümmert. Sein Bruder wohnt aus Mitleid wegen der Familie bei ihm. Der Hetzer hetzt die Bergarbeiter in den Streik, und als es zu Ausschreitungen kommt, suchte er Heckes zu insultieren, wird dann aber von dem alten Schürmann angeschossen, worauf der Maschinist nach Holland flüchtet. Der Vater der beiden Freukes ist aber ein braver Mann, der arbeitet, während die anderen streiken. Der Alte wird für seine Werkstreue von den Streikenden, vielleicht von seinem eigenen Sohn, mit fürchterlichen Drohbriefen traktiert, die als Unterschrift gekreuzte Dolche aufweisen. „Barmherziger Vater — was waren das für Zeiten!"

Nicht besser wie der Maschinist sind die übrigen Bergarbeiter. Als das Holzlager der Zeche Willibrod (Heckes Zeche) brennt — gleich beim Beginn der Romanerzählung —, da weigern sich die Bergarbeiter, die eben ausgefahren waren, den Brand löschen zu helfen, trotzdem die Wohnhäuser der Bergarbeiter in Gefahr stehen, mit zu verbrennen. Aber sie waren ja nicht verpflichtet, zu helfen, darum taten sie es auch nicht! Heckes befiehlt, die Weigernden mit Entlassung zu bedrohen. Das hilft.

Nur einige Dutzend Hartnäckige wollen nicht, sie werden von den Maschinisten Freukes in ihrer Weigerung ermutigt. Er verrät ihnen auch, daß die Bergarbeiter durch Heckes in den Streik getrieben werden sollen. Die Leute, die entlassen sind, werden auf Heckes, den sie „Schitdüwel" nennen, um so erbooster. Nun gönnen sie dem Heckes, daß ihm die ganze Kiste „abbrennt". Und morgen werden sie sich vom Genossen Dietrichs aus Dortmund erzählen lassen, wie sie Heckes noch heimzahlen sollen. Der Brand wird gelöscht, um so eher, als ein Fäßchen Freibier versprochen worden war.

Der Steiger Freukes befährt sein Revier. Es besteht ein geheimes Telegraphensystem in der Grube. So wie ein Beamter, auch ein Steiger, droben am Tage in den Korb einsteigt, meldet das Telephon die Anfahrt des Beamten an und vom Schacht ab wird durch Klopfsignale an den Röhren der Wasserleitung die Meldung weitergegeben. Dieses Signalsystem bestand schon, als der Fahrsteiger noch jung war und seine Lehrzeit in der Grube abmachte. Was Wunder, wenn die Bergarbeiter erst wenige Minuten vor Ankunft des Steigers anfingen, an zu rieseln. Obwohl Willibrod im allgemeinen eine nasse Grube ist, wird doch vorsichtshalber noch gerieselt. Der „Här Föhrstieger" hatte die Lodderei der Ortsbelegschaft aber gemerkt. Er wußte, wie es gemacht wird. Auch den Zimmerhauer faßte er ab, der daran war, Kernholz zu „Mutterklötzchen" zu zerschneiden. Selbstverständlich entrüstet sich der Beamte gründlich. Nachdem der „Här Föhrstieger" noch einen Wagen auf das Gleise helfen gebracht hat, geht er weiter. Vor einem Orte fragt er, ob Wetter stehen? Die Bergleute erklären: „Jo, alles gut." Freukes aber kennt auch hier die Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit der meisten Leute. Er probiert mit der Lampe und stellt Schlagwetter fest. Der Steiger mahnt die Bergarbeiter vor Ort, daß sie auf einer Wettergrube sich befinden, aber die Kumpels schenken der Mahnung keine Beachtung. Auch bemerkt der Beamte, daß die Lutten zurück sind. Er macht den Leuten Verhaltungen, daß sie keine bestellen. Herr Grabein läßt später eine furchtbare Wetterexplosion eintreten und als vorsichtiger Schriftsteller beginnt er schon bald nach Beginn des Romans damit, die Ursachen der Katastrophe vorzubereiten. Dazu gebraucht er als schuldige Karnickel die bequemen und leichtsinnigen Bergarbeiter! Der Hergang und die Wirkungen der Katastrophe sind den Vorkommnissen auf Zeche Radbod nachgeschrieben. Wir merken also die Absicht des Herrn Grabein. Er schreibt nicht umsonst für die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" und für die „Arbeitgeber-Zeitung". Doch weiter.

Steiger Freukes ist nicht nur ein sehr vorsichtiger Beamter, auch ein guter Beamter ist er.

„Ick möcht' bitten, Här Föhrstieger —" „Vorschuß?" Freukes wußte schon Bescheid. „Frau krank?"

Freukes gibt die Bescheinigung. „Kersken — hören Sie mal. Wenns etwa nicht langen sollte zu dem Vorschuß, so soll er ihn auf mein Konto schreiben — verstanden —!"

In einer Strebe findet Freukes eine Partie, die 5,40 Mk. verdienen. „Das ist doch noch ein ganz schöner Lohn für die schlechten Zeiten."

„Dat stimmt ja woll, Här Föhrstieger, obers wi feiern doch all twe Mol in'n Monat! Dat mäk ok wehr tähn Mark achßig weniger."

Einer der acht Kinder hat, erhält den Rat, sich doch 'nen Kostgänger zu halten. Der lehnt ab. „Ik will min Wiew doch alleen hebben." Nun Freukes meint schließlich zu ihm, daß er den Kopf nicht hängen lassen soll. Es wird bald ein besseres Geschäft werden und dann gibt's mehr Lohn. Und Freukes dachte dabei auch an den ständigen Fortschritt der „segensreiche Arbeiterfürsorge des Staats in dem letzten Menschenalter —" An anderer Stelle erzählt dann Grabein wie Kostgänger schmal gehalten werden, wie Müttersöhnchen, die nur Kostgeld zahlen

Der Auszählung der Gewerbebetriebe nach der Unternehmungsform sind die Gesamtbetriebe als Betriebseinheiten (nicht die in den Haupttabellen der Gewerbestatistik beschriebenen Einzel- und Teilbetriebe, deren Zahl höher ist als erstere) zugrunde gelegt worden. Von den 1 810 778 Gesamtbetrieben (einschließlich der Musik-, Theater- und Schaustellungsunternehmungen) waren 794 216 Alleinbetriebe, die hier nicht weiter berücksichtigt werden. Von den verbleibenden 1 016 562 Gehilfen- und Motorenbetrieben mit 7 592 605 Personen waren

Betriebe von	Betriebe	von je 100	mit Personen	von je 100
Einzelinhabern	942 402	92,70	4 827 184	50,99
mehreren Gesellschaftern	46 853	4,61	1 164 870	15,34
Vereinen	1 513	0,15	13 211	0,17
Kommanditgesellschaften	802	0,08	59 007	0,78
Aktiengesellschaften	5 695	0,56	1 088 343	14,33
Kommanditgesellschaften auf Aktien	202	0,02	13 467	0,18
eingetragenen Genossenschaften	2 732	0,27	24 143	0,32
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	7 706	0,76	360 463	4,75
Innungen	98	0,01	623	0,01
bergrechtlichen Gewerkschaften	394	0,04	211 930	2,79
and. privaten Unternehmungen	159	0,01	5 405	0,07
dem Reiche { ohne Post, Telegraphie, Eisenb. }	405	0,05	28 458	0,38
einem Staate { ohne Post, Telegraphie, Eisenb. }	2 244	0,22	192 930	2,54
politischen Gemeinden	4 384	0,43	85 579	1,13
anderen politischen Selbstverwaltungskörpern	343	0,03	6 255	0,08
anderen öffentlichen Körperschaften	570	0,06	10 713	0,14
zusammen	1 016 562	100	7 592 605	100

Der Zahl der Betriebe nach herrscht die Einzelunternehmung mit ganz erdrückender Mehrheit vor (92,70 Proz.); aber die darin beschäftigten Personen machen vom Gesamtpersonal nur 59,99 Proz. aus. Die Kollektivunternehmungen beschäftigen 3 265 421 oder 43,01 Proz. der in Gehilfen- und Motorenbetrieben gewerbstätigen Personen. Die Kollektivunternehmung beruht zu allermeist auf dem Bedürfnis der Kapitalzusammenbringung, weshalb sie sich nicht annähernd gleichmäßig auf die einzelnen Gewerbearten und Gewerbegruppen verteilt und auch der Umfang der Kollektivunternehmungen, an der Personenzahl gemessen, ist außerordentlich verschieden.

Der Zahl der beschäftigten Personen nach gliedern sich die Einzel- und die Kollektivunternehmungen wie folgt: Es entfielen Betriebe bezw. beschäftigte Personen (einschließlich der Inhaber, Geschäftsleiter usw.)

in Gehilfen- und Motorenbetrieben	auf Einzelunternehmungen Betriebe	Personen	auf Kollektivunternehmungen Betriebe	Personen
mit bis 3 Personen	698 248	1 514 447	21 670	47 372
„ 4 und 5 „	121 245	535 445	9 765	43 418
„ 6 bis 10 „	70 950	520 498	12 240	93 792
„ 11 bis 50 „	44 889	982 508	20 242	477 411
„ 51 bis 200 „	6 401	564 914	7 610	730 677
„ 201 bis 1000 „	651	221 053	2 253	905 864
„ über 1000 „	10	30 284	308	958 387
darunter mit mehr als 5000 Personen	—	—	39	319 173
zusammen	942 402	4 827 184	74 100	3 265 421

Die größten Betriebe, mit mehr als 5000 Personen, sind ausschließlich Kollektivunternehmungen. Derartige Riesenbetriebe sind in Preußen 39 mit 319 173 Personen vorhanden; die meisten davon, 22, werden von Aktiengesellschaften betrieben, 7 von bergrechtlichen Gewerkschaften, 4 vom Reiche, 3 von mehreren Gesellschaften, 2 von einem Staate und 1 von einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Aus den Berggewerbegerichten.

Spruchkammer Ost-Recklinghausen.

Unter dem Vorsitz des Bergrats Werne standen am Montag, 2. Mai vier Klagen zur Verhandlung. Als Beisitzer waren geladen: Betriebsführer Hennigfeld und Bergmann Berstermann.

Der Bergmann Kuiczik klagte gegen die Zeche Ewald-Fortsetzung, Erkenschwick auf Auszahlung eines Restlohnes von 11,19 Mark. Seinen Anspruch begründete Kläger damit, daß die Gedingekürzung von 20 Pfg. pro Wagen nach dem 15. geschehen sei. In dieser Sache hat schon am 18. April cr. ein Vergleichstermin stattgefunden. Zu der heutigen Verhandlung sind, da eine Einigung nicht erzielt wurde, der Steiger Haneke von der Beklagten und von dem Kläger Bergmann Voß als Zeugen in Vorschlag gebracht und vom Gericht geladen. Kläger bleibt bei seiner Behauptung, daß die Gedingekürzung nach dem 15. des Monats erfolgt sei. Bergmann Voß, der bei der Beklagten in Arbeit steht, kann sich nicht mehr des Datums erinnern, wann Kläger ihm dieses mitgeteilt hat. Der Steiger Haneke als Zeuge bekundete, daß die Kürzung des Gedinges vor dem 10. des Monats erfolgt sei. Kläger schiebt der Beklagten den Eid zu. Der Steiger Haneke wird vereidigt. Das Gericht beschließt die Abweisung der Klage.

Der Bergmann Richter klagt gegen die Zeche Auguste-Viktoria, Hüls, auf Auszahlung von 36,50 Mk. für zu wenig gezahltes Schichtlohn, 14 Mk. für zu unrecht einbehaltene Wohnungsreparatur, 40 Pfg. für Ersatz einer Aufzugsschnur. Auch in dieser Sache hat am 18. April ein Termin ohne Beisitzer stattgefunden. Der Kläger machte seine Ansprüche damit geltend, daß ihm als Stapelhauer 5,50 Mk. versprochen worden sei. Die andern Stapelhauer erhielten ebenfalls 5,50 Mk. Ihm, dem Kläger hätte man aber nur 5 Mk. ausbezahlt. Der in dieser Sache erschienene Zeuge, Steiger Hampel, bekundet, dem Kläger nur 5 Mk. versprochen zu haben. Der vom Kläger vorgeschlagene und vom Gericht geladene Zeuge ist zu der heutigen Verhandlung nicht erschienen, sondern entschuldigt sich durch ein Schreiben, welches der Vorsitzende zur Verlesung bringt. In diesem Schreiben führt der nicht erschienene Zeuge an, daß der Steiger dem Kläger denselben Lohn versprochen hätte, den die andern Stapelhauer bekämen. Er (der Zeuge) bekäme auch nur 5 Mk. und mehr könne er vor Gericht auch nicht sagen. Der Kläger führt noch zu seiner Rechtfertigung seines Anspruches an, daß die Zeche kein Recht hätte, den Lohn unter 125 Mk. für Wohnungsreparatur in Abzug zu bringen. Die 40 Pfennig für die Aufzugsschnur werden dem Kläger sofort vom Betriebsführer ausbezahlt. Das Gericht weist die Klage mit der Begründung ab, daß durch die Aussage des Steigers Hampel erwiesen sei, daß dem Kläger nur 5 Mk. Schichtlohn versprochen worden wäre. Was die Wohnungsreparatur anbelangt, so sei die Zeche berechtigt, auf Grund des Mietsvertrages Abzüge für die Wohnungsreparatur ohne Rücksicht auf den verdienten Lohn zu machen.

Der Bergmann Neidhardt verlangt von der Zeche Auguste Viktoria, Hüls 37,14 Mk. Schadenersatz wegen kündigungsloser Entlassung. Eine Vorverhandlung hat auch hier am 18. April cr. in dieser Angelegenheit stattgefunden. Der Kläger rechtfertigt seinen Anspruch damit, daß er vom Steiger schikaniert worden sei, indem er an seinen früheren Arbeitspunkt verlegt worden ist, von dessen sich der Kläger hätte verlegen lassen. Die angewiesene Arbeit weigerte sich Kläger anzunehmen. Auch weigerte sich Kläger, auf den vom Steiger ausgestellten Schein, den der Kläger nicht verlangt hat, auszufahren. Die Beklagte ersucht um Abweisung der Klage, da Kläger wegen grober Beleidigung des Beamten sofort entlassen worden sei. Die Beklagte stützt sich auf den § 83 des Gewerbegerichtsgesetzes. Der Kläger ersucht um Verurteilung der Zeche, da Beleidigungen hin und her gesagt worden wären. Schon sechs Wochen liefe er (der Kläger) von Zeche zu Zeche und könne keine Arbeit erhalten. (Trotz des Arbeitsnachweises.) Ueberall, wo er hinkäme und seine Papiere vorlege, würde er abgewiesen. Das Gericht weist den Kläger mit seinen Ansprüchen ab. Die Zeche sei auf Grund des § 83 des Berggewerbegerichts berechtigt, Arbeiter, die sich solche Beleidigungen (Hampelmann) zu schulden kommen ließen, sofort zu entlassen. Der Vorsitzende ersucht den Betriebsführer der beklagten Zeche, den Kläger doch wieder in Arbeit zu nehmen. Hierzu erklärt sich der Betriebsführer bereit, wenn der Arbeiter verspricht, sich zu bessern.

Die vierte Klage richtete sich ebenfalls gegen Zeche Auguste-Viktoria.

Der Bergmann Aloyzesz verlangt die Rückzahlung von 31,10 Mk., welche für fällige Gerichtskosten einbehalten worden sind. Da der Kläger jetzt in Belgien seinen Wohnsitz hat, hat er die Vertretung seiner Klagesache dem Kameraden G. übertragen. Der Vertreter macht den Klageanspruch damit geltend, daß die Zeche nur die Berechtigung hatte, den Betrag über 125 Mk. für Pfändungen einzubehalten. Kläger hat im letzten Monat 140 Mk. verdient. Von diesem Betrage konnten nur 15 Mk. gepfändet werden. Den zuviel einbehaltenen Betrag von 15,10 Mk. muß die Zeche wieder zurückzahlen. Der Vertreter des Klägers ersucht demgemäß, der Klage stattzugeben.

Das Gericht erklärt sich in dieser Sache nicht für zuständig und gibt dem Vertreter den Rat, sich mit seinem Anspruch an das Amtsgericht zu wenden, eventuell den unter 125 Mk. gepfändeten Betrag von demjenigen Gericht zurückzuverlangen, welches die Pfändung angeordnet hat.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Kohlenbergbau Japans.

Die Anfänge gehen in das Jahr 1870 zurück, heute übersteigt die Förderung 15 Millionen Tonnen; zwar steht der Abbau in technischer Hinsicht durchaus auf der Höhe. Bedeutend ist Onoura in Fukala, im Süden Japans, die jährlich 600 000 Tonnen fördert und Ende vorigen Jahres eine der größten Grubenkatastrophen der Welt hatte, bei der 782 Mann den Tod fanden und nur 43 Mann lebend aus der Grube gerettet wurden. Die größte Kohlenzeche Japans ist jene von Miike, die täglich 6000 To. fördert; doch soll die Fördermenge noch gesteigert werden. Diese Zeche, die dicht an der See liegt, liefert ihre Kohlen zum größten Teil nach China und Indien. 1908 förderte sie 1 503 000 Tonnen.

Kohlengewinnung im Deutschen Reich im I. Quartal 1910.

Förderbezirk		Steinkohle To.	Braunkohle To.	Koks To.	Steinkohlenbriketts To.	Braunkohlenbriketts To.
Oberbergamtsbezirk:						
Breslau	1909	9 948 221	358 056	599 894	62 798	50 000
	1910	9 378 625	358 044	599 075	98 626	40 211
Halle a. S.	1909	2 405	10 168 410	36 470	27 458	2 078 635
	1910	1 890	9 560 064	35 489	22 781	2 012 653
Clausthal	1909	228 693	259 238	20 795	25 385	80 500
	1910	215 904	249 840	20 968	24 200	32 304
Dortmund	1909	19 907 680	—	3 817 395	788 187	—
	1910	20 670 300	—	4 144 939	862 421	—
Bonn	1909	3 982 060	3 169 027	752 696	15 190	891 720
	1910	3 939 923	3 035 768	820 702	16 476	882 175
Sa. Preußen	1909	34 064 059	13 959 781	5 226 751	931 110[1]	3 050 864
	1910	34 206 642	13 218 236	5 621 173	1 024 463	2 917 343
Bayern	1909	410 687	165 561	—	—	—
	1910	195 053[2]	877 275[2]	—	—	—
Sachsen	1909	1 374 461	772 401	10 986	12 723	121 793
	1910	1 312 891[3]	825 783[3]	15 608	10 853	147 803
Elsaß-Lothr.	1909	625 804	—	—	—	—
	1910	648 932	—	—	—	—
Uebr. Staaten	1909	2 859	1 018 227[2]	—	—	402 426
	1910	7 269	1 726 254	—	—	868 764
Sa. Deutsches Reich	1909	36 477 870	16 815 920	5 243 737	943 833[1]	3 575 083
	1910	36 370 787	16 147 498	5 636 781	1 035 816	3 433 910

[1] Einschließlich der nachträglich nachgewiesenen Gewinnung von Preßkohle im Bergrevier Königshütte O.-S.

[2] Nach Entscheidung des Kgl. Bayer. Verw.-Ger.-Hofes vom 17. 3. 1909 ist die oberbayerische sogenannte Pechkohle als Braunkohle zu bezeichnen. Sie wird seit Mai 1909 hier als Braunkohle aufgeführt.

[3] Einschließlich der zur Kokserzeugung bezw. an die Brikettfabriken und Naßpreßsteinanlagen abgegebenen Kohlen.

Der Absatz an deutschen Kalisalzen im Jahre 1909.

Ueber den Absatz des Jahres 1909 liegen einstweilen nur provisorische Zahlenangaben vor. Da diese erfahrungsgemäß aber nur selten und dann nur um Kleinigkeiten sich von den endgiltigen Angaben unterscheiden, so können sie bereits veröffentlicht und als ziemlich richtig angesehen werden.

Wenn man die Entwickelung der Gesamtförderung an Kalisalzen seit dem Jahre 1861 betrachtet, so erreichte diese zuerst im Jahre 1864 1 Million Doppelzentner, 1882 zuerst 10 Mill. D.-Z., verdoppelte sich dann in dem Zeitraum 1882—1898 auf 20 Millionen D.-Z. und hat sich von 1899 bis 1908 gar verdreifacht (1908: 60 Mill. D.-Z.). Die gewaltigste Steigerung gehört dagegen dem verflossenen Jahre 1909, in welchem allein zirka 9 Mill. D.-Z. Kalisalze mehr als im Vorjahre gefördert wurden. (Die Kaliförderung des Jahres 1909 stellte sich auf 69 011 539 D.-Z. gegen 60 140 586 D.-Z. in 1908.

Der Wert dieser 1909 geförderten, zum Teil als Rohsalz, zum Teil als Fabrikat verwerteten Kalisalze beträgt nach provisorischer Feststellung, 115 965 319 ℳ, also annähernd 116 Millionen ℳ. Diese 1909 geförderten 69 Millionen D.-Z. Kalisalz enthalten 6 753 309 D.-Z. Kali. Davon wurden verwertet: In der Landwirtschaft 5 900 043 D.-Z. Kali, in der Industrie 853 043 D.-Z. Kali. Damit ist im vorigen Jahre der Anteil der industriellen Verwertung der Kalisalze, der 1908 noch 13,9 Prozent betrug, auf 12,63 Proz. zurückgegangen und der 1908 bereits mit 86,1 Proz. überragende Anteil der landwirtschaftlichen Verwertung ist wieder in der Vorwärtsbewegung der Beherrschung der Kalisalzverwertung ein Stück fortgeschritten und beträgt jetzt 87,37 Proz. der Gesamtkaliverwertung.

In der industriellen Verwertung steht wie immer Deutschland mit 532 806 D.-Z. Kali obenan, neben ihm brauchen nur zwei Länder über 50 000 D.-Z. Kali zu industriellen Zwecken, nämlich die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika 86 652 D.-Z. und Frankreich 61 876 D.-Z. Kali.

Auch in der landwirtschaftlichen Kalisalzverwertung steht Deutschland, wie die nachstehende Tabelle zeigt, bei weitem obenan. Der landwirtschaftliche Absatz an Kalisalzen stellte sich im Jahre 1909 wie folgt:

---

wollen, behandelt werden. Dann kommt er auch auf die Kolonieverhältnisse zu sprechen. Mögen die Motive für den Bau der Kolonien auch berechnende gewesen sein, sie sind doch — ein „unschätzbarer Segen für die Leute.“ Und es erzählt Bongarts, der Kolonieverwalter und ehemaliger Wachtmeister, daß er mit den Bergarbeiterfrauen in der Kolonie „seine liebe Not hat.“

„Das ist schwerer wie Rekrutendrillen. Was?“

„Das weiß Gott, Herr Leutnant! Aber ich kriege sie am Ende doch. Man muß nur immer höllisch hinterher sein. Wenn dreimaliges Verwarnen nichts hilft, dann laß ich die Weibsbilder antreten mit Schrubber und Besen, dann wird Reinemachen geübt und ihnen die Propertät eingedrillt wie beim Kommiß. Das hilft Herr Leutnant. Wenn ich bloß einmal so mit ihnen exerziert habe, dann sitzt das; dann brauch ich ein andermal bloß im Vorbeigehen nach den Scheiben raufgehen — da wissen sie schon Bescheid.“

Ein merkwürdiger „unschätzbarer Segen“ für deren Verherrlichung die Koloniefrauen Herrn Grabein mit Besen und Stiel die Treppe herunterleuchten werden, falls er ihnen als Verfasser der „Herren der Erde“ in den Kolonien begegnete. Nach Grabein gibt es in den Kolonieen nur Dreckfinken!

Trotz der guten Bezahlung und dem Koloniesegen, grüßen die Arbeiter Herrn Heckes und seine Familie nicht. Sie sind roh und undankbar. Pferdejungen reißen mit den Lampenhaken den Pferden die halbe Zunge weg. Volkmar aber, des Heckes zweiter Sohn, meint, daß es nicht der Arbeiter Schuld ist, wenn sie roh sind.

„In jedem Menschen, sei er noch so armselig, steckt der Trieb zum Höheren. Er will nur geweckt, gepflegt werden. Und das muß unsere Aufgabe sein. Daran lassen wir es noch viel fehlen — das ist unsere Schuld!“

So redet sich Volkmar in hohem Eifer hinein. Seine philantropischen Anschauungen gleichen den bekannten Anwandlungen „liberaler Kronprinzen.“ Er wird einmal Heckes Nachfolger und ein Heckes werden, genau wie der Alte.

Auf Willibrod sind Bohrmaschinen und Schüttelrutschen in Betrieb. „Das Fluchen, Toben, Rasseln, Dröhnen — das alles, Menschen, Maschinen, Förderwagen zusammengepfercht auf engen Raum von wenigen Metern, nur schwach beleuchtet von den Grubenlichtern, die tiefe Schatten ringsum warfen — es war wirklich wie eine Szene aus dem Inferno, als wenn hier wildwütige Dämonen losgelassen wären, bereit, sich im nächsten Augenblick alle aufeinanderstürzen in einer grausigen Gigantenmachie.“

Freukes und Volkmar gehen vorüber aber des letzteren Gedanken weilen bei einem abseits stehenden Pferde. Die Menschen, die hier vernichtet werden, vergißt Grabein. Nur hier. Volkmar findet später einen besonders wasserreichen Platz — der „reine Rheumatiswinkel.“ Hier arbeitet ein Mann am Haspel. „Eine böse Arbeitsstätte“ meint Volkmar. Der Freukes winkt ab. „Alles nicht so schlimm. Dafür hat er auch nur sechs Stunden Schicht. Früher hatten die Leute ganz was anders ausgehalten.“ Später lesen wir von karbolgetränkten Wettertücher und wir lesen, wie Volkmar Heckes ärgerlich die Leute anfährt, weil sie zuviel mit dem Holz sparen! „Sie sind doch verantwortlich für das Leben ihrer Kameraden hier!“ Doch, was hatte Freukes gesagt:

„Sie — die Arbeiter — schwören statt der Bibel auf den „Vorwärts.“ Wenn sie heil herauskommen, ist das einfach selbstverständlich und passiert ihnen was, sind die Zechenverwaltungen oder wir Beamten sind schuld.“

Beinahe hätte es schon einmal ein Massenunglück gegeben. Sechs Kerle arbeiteten vor Ort. Ein Rieseln und Zischen sei eines Morgens plötzlich vor sich gegangen. Schlagwetter brachen aus. Es war ein Glück, daß ein besonnener Ortsältester die Leute kommandierte: „Lampen klein machen und raus aus dem Berg! Aber ganz langsam!“ Und die Kerls benahmen sich brillant, wichen schrittweise zurück zum Schacht — Meldung vom Telephon — in einer halben Stunde war der ganze Berg von Menschen geräumt. Es war die höchste Zeit, als die Grubenwehr mit Atmungsapparaten und elektrischen Sicherheitslampen einfuhr, da stand schon der ganze Pfeiler hier voll Wetter. Wir mußten ihn schleunigst zumauern — da!“

Freukes klopfte an das in der Tat sichtbare Mauerwerk rechts und links von der dunklen Oeffnung.

„Nur die Strecke hier ließen wir frei. Und nun pumpen wir sie schon volle anderthalb Jahre lang aus, schicken gleichzeitig jeden Tag Hunderttausende von Kubikmetern frische Luft hinunter, aber kriegen das verdammte Loch immer noch nicht wetterfrei — — — nun liegt die ganze Abteilung still.“

Während Freukes so sprach, hatte er die Bretter mit den starken Nägeln vollends herausgerissen. Eine Lücke entstand, groß genug, daß ein Mann durchkriechen konnte. Freukes und Volkmar kletterten hinüber in die Wetterstrecke. Sie gingen solange, bis sie an die Stelle kamen, wo damals unter Zischen und Rieseln die Wetter — ein Bläser — austraten. Und richtig, sie waren noch vorhanden. Die beiden gingen zurück, brachten den Bretterverschlag in Ordnung und hingen das schwarze Kreuz wieder davor — —

Unsere Kameraden haben jedenfalls mit Staunen und Vergnügen die technische Exkursion des bergmännischen Praktikus Herrn Grabein sich eingeprägt. Aber sie werden dafür auch auf ihre Rechnung kommen. Wo solche Bläser auftreten, mehr noch, wo solche leichtsinnigen und bequemlichen Bergarbeiter arbeiten wie auf Willibrod, da bleibt die Katastrophe nicht aus. Sie kam denn auch mit derselben Wirkung, wie wir sie auf Radbod erlebten. Die gesamte Belegschaft wurde in der Grube Willibrod eingeschlossen.

Es folgen die Szenen, wie sie bei Katastrophen beobachtet werden. Gerüchte über die Ursachen des Unglücks schwirren durch die Luft. Und Grabein läßt Bergarbeiter reden.

'n Wunner is dat nich. Dat moht ja all lang so kommen.“

„Jo, man feste drup los fördern, Geld maken — obers för use Sicherheit doht se nix.“

„Wisserwoll, dat stimmt. De Wetterführung was uner ale Kanone, un ok mit Water hewt se sport. De Röhren hadden oft kin matt Dröppken un in de Nachtschicht dor gaw dat vön 't Rieseln erst rech nix.“

„Verdammt jo! Wenn dat alles hier so wör, äs dat soll, dann kann doch so wat nümmer nich vorkommen. Ober Wetterführung un Wasserleitung, dat kost Geld — doch Berglüde, de sind billig to kriegen. Krepiert useener, so giw dat satt annere.“

„So is't — ene Menschenschlächterei! Mit use Blot mästen wie den Kohlenbarons den dicken Wanst!“

So geht es noch eine Weile weiter. Die Erregung der Arbeiter steigert sich, als es heißt, daß die Grube — zu frühzeitig — unter Wasser gesetzt werden soll. Die Arbeiter drängen vorwärts, aber alle Zugänge zu dem Zechengebäude sind von Dutzenden Gendarmen und Polizisten bewacht.

Magnus Heckes sah das alles und er blickte verächtlich auf die tobende Menge, die in ihm den Menschen sehen, der die Unglücklichen unten im Stich ließ.

Selbstverständlich berichtet dann Grabein von den Versammlungen und von den Zeitungsangriffen, die die Ursachen der Katastrophen auf die persönliche Schuld Heckes setzten.

„Hinter Schloß und Riegel mit dem Massenmörder von Willibrod! Hin mit ihm, wo er hingehört — ins Zuchthaus!“

Magnus Heckes las es, ohne mit der Wimper zu zucken, nun warf er das Blatt auf den Tisch. Der Direktor frägt:

„Was soll man gegen diese unerhörten Angriffe tun?“

„Nichts, lieber Dirks — nichts. Wer Schmutz anfaßt, besudelt sich.“

Aber Herr Heckes will sich wenigstens rächen an den Leuten, die Belegschaftsmitglieder sind und in den Versammlungen gesprochen haben. An die Zeitungen wagt er sich nicht heran. Dennoch, seine Gestalt richtet sich höher auf. — Ein Kampf jetzt um die Macht, ein Kampf bis aufs Messer — es wäre ihm gerade recht. — Bald darauf kommt die Arbeiterabordnung, die den Streik ankündigt auf einer Grube — man merke — die unter Wasser gesetzt ist! Die Belegschaft erklärt sich mit der Belegschaft der Heckes'schen Zeche Arnim solidarisch. Die hier beschäftigten 300 Arbeiter sind wegen Stillegung der Zeche gekündigt worden. Wir sehen, Herr Grabein weiß gut, wie Streiks zustande kommen. Mehr noch. Als die Abordnung beweisen soll, ob ihre Klagen eine Berechtigung haben, finden die Delegierten keine Worte, trotzdem sie frei von der Leber reden sollen. Der Delegation fällt aber das Herz in die Hosen — Herrn Hecker gegenüber. Schlimmere Jammerlappen von Arbeiterdelegierten lassen sich kaum denken. Auf einer anderen Grube bittet man gar den Direktor um Verzeihung, daß man in den Streik einzutreten beabsichtigt und schließlich auch eintritt. Sie hätten alles, was sie brauchen, aber mitstreiken möchten sie doch. Der Streik bricht allgemein aus. Die Bergarbeiter verlangen größeren Schutz für ihr Leben und Erhöhung des Lohnes. Es kommt zu Krawallen, Militär wird herangezogen — auf Veranlassung Heckes. Der Streik geht für die Arbeiter verloren. Schuld an dem Streik sind wie gewöhnlich nur die „Hetzer“.

Inzwischen wurden auf Willibrod die Leichen zutage gefördert. Schwarzgekleidete Frauen findet man jetzt des öfteren auf dem Zechenplatz. Es sind die Witwen der Verunglückten, die nach dem Stand der Dinge forschen. Was sollten die Witwen auch tun?

„Wohl waren sie durch die Witwenrente vor eigentlicher Not geschützt und bei mancher war die Liebe, das Glück in der Ehe, auch gar so groß nicht gewesen; aber sie kamen sich nun doch so alle ganz verlassen vor und wußten nichts Rechtes mit sich und ihrer Zeit anzufangen.“

Diese „Trostsätze“ Grabeins krönen sein Werk. Das hat ihm gewiß noch auf der Seele gelagert, diese infame Beschimpfung unglücklicher Frauen, die der Toten harrren!

Grabein läßt Heckes dann das Syndikat, mit der Spitze hauptsächlich gegen die Arbeiter gerichtet, gründen. Dann stirbt Heckes gleich nach der Verhandlung. Volkmar wird Besitzer der Heckes'schen Grube und er heiratet die Tochter der „Jugendliebe“ seines Vaters, der, wenn er selber länger gelebt, die Schwiegermutter seines Sohnes geheiratet hätte. So endet der Roman. Er sollte uns zeigen, daß die „Herren der Erde“ die Leute sind, die Kuxe und Aktie besitzen. Das Jammerpack, die Bergarbeiter da unten, die man nach dem Roman-Rezept Grabeins nicht für voll hält, hat mit dem Inhalt des alten Knappenliedes, das von den Bergleuten als den Herren der Erde singt, nichts gemein. Grabein läßt den Direktor, Bergmann Vermeren, anläßlich des Beginns des Streiks, sagen:

„Gewiß, ich weiß, unsere Leute haben das nicht aus sich heraus, die sind nur verhetzt, von den anderen aufgestachelt — aber das kommt im Effekt auf dasselbe hinaus. Ich habe immer den Standpunkt vertreten und vertrete ihn so auch diesmal: Arbeiter sind für mich wie Kinder. Man soll sie gut, mit Wohlwollen und Menschlichkeit behandeln, ein warmes Herz für sie haben — aber nie ihnen die Zügel schießen lassen. Konsequent und streng, was nötig ist. Und hier ist es nötig.“

So denkt der den Arbeitern „wohlwollende Teil der Herren der Erde“. Schöner aber erhebt sich in den Augen literarischer Antichambristen die vollständige Rücksichtslosigkeit des anderen Teils der Werksherren den Bergsklaven gegenüber. Arbeiter sind wie Kinder — bei diesen oder jenen der Herrenmenschen und für die zu schreiben Herr Grabein, ohne die Feder eines Zolas zu haben, den Roman ansetzte. Das Gute am Roman ist, daß es ein Wahngebilde ist, nichts anderes. Der Verfasser wollte mehr geben als einen Roman, geriet aber unter die Räder. Die Welt darf lachen, wo Herr Grabein den Versuch macht, sich als „vorzüglicher Kenner der Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriebezirks“ hinzustellen.

Nachem Herr Grabein seinen Roman geschrieben hat, werden auch uns seine technischen wie belletristischen Abhandlungen in der Scharfmacherpresse noch gleichgülliger bleiben wie ehedem. Wenn wir der Besprechung des Romans soviel Raum gegeben haben, dann nur deshalb, um die ganze Hilflosigkeit und Verständnislosigkeit zu zeigen, mit der die Widersacher der Bergarbeiter dem wirklichen Leben im rheinisch-westfälischen Industrierevier gegenüberstehen.

Land	Gesamtverbrauch in Doppelzentner Kali	Verbrauch auf ein qkm Anbaufläche in kg. Kali	Verbrauch auf 1000 Einwohner in kg. Kali
Deutschland	8 059 600	872,8	5 428,0
Ver. Staaten von N.-A.	1 484 787	88,5	1 945,0
Belgien	94 840	508,0	1 417,0
Holland	220 882	1 130,0	4 494,2
Frankreich	176 451	58,8	461,1
England	95 470	130,5	298,5
Schottland	58 845	862,0	1 192,8
Irland	22 602	105,8	508,9
Oesterreich	138 278	93,1	509,6
Ungarn	12 016	6,9	62,4
Schweiz	30 749	137,5	927,0
Italien	41 287	25,6	127,1
Rußland	88 384	6,9	85,9
Spanien	51 881	28,6	278,3
Portugal	5 488	11,8	100,0
Schweden	156 716	449,1	3 051,1
Norwegen	16 940	296,4	769,6
Dänemark	34 740	136,1	1 418,2
Finnland	8 008	71,8	803,5
Sonstige Länder	104 264		
Gesamtverbrauch	5 900 266		

Von den 5,9 Millionen D.-Z. Kali landwirtschaftlichen Gesamtabsatzes entfällt über die Hälfte, nämlich 3,059 Mill. D.-Z. Kali auf die deutsche Landwirtschaft, der also nach wie vor in weitaus höchstem Maße der Schatz der deutschen Kalisalzlager zugute kommt. Wie die weiteren Spalten der Tabelle zeigen, steht Deutschland auch hinsichtlich des Verbrauchs, bezogen auf die Einwohnerzahl und die landwirtschaftliche Ackerfläche bei weitem voran, wird nur in letzterem Punkte von einem einzigen Lande, dem durch seine ausgedehnten Moorkulturen besonders kalibedürftigen Holland übertroffen. Von dieser einen Ausnahme abgesehen, steht Deutschland nach dem relativen und absoluten Verbrauch an der Spitze sämtlicher Länder. Nach dem absoluten Verbrauch und dem Kaliabsatz pro Einwohnerzahleinheit ist es ohne Ausnahme unerreicht.

Dr. P. Krische in der Halbmonatsschrift: „Die Ernährung der Pflanze"

Die Entwicklung des lothringischen Eisenerzbergbaues.

Auf dem Eisenhüttentag, der am 1. Mai in Düsseldorf stattfand, sprach der Kaiserliche Bergmeister Dr. Wilh. Kohlmann über die Entwickelung des lothringischen Eisenerzbergbaues. Nach der „Rhein.-Westf. Zeitung" führte Redner aus:

„Das Eisenerzvorkommen Lothringens ist unzweifelhaft das bedeutendste aller Eisenerzablagerungen der Welt. Schätzungsweise enthalten die sämtlichen Eisenerzvorkommen Rußlands 1500 Mill. Tonnen, die Schwedens 1200, die der Vereinigten Staaten Nordamerikas 1100 Mill. To. Demgegenüber birgt Lothringen allein rund 5000 Mill. Tonnen. Das Lothringer Eisenerz, die sogenannte Minette, tritt in ausgedehnten Lagern links des Moseltales auf. An den Gehängen westlich der Linie Metz-Diedenhofen befindet sich das Ausgehende der Lager, welche sich von da aus nach Südwesten einsenken. Die heute als bauwürdig geltenden Lager erstrecken sich über eine Fläche von etwa 70 000 Hektar, wovon 40 000 Hektar auf Frankreich, 27 000 Hektar auf Deutsch-Lothringen und 2500 Hektar auf Luxemburg entfallen. Der Vorrat an abbauwürdiger Minette wird für den französischen Teil von dem französischen Bergbeamten Bailly auf 2500 Tonnen geschätzt. Ueber ⅘ dieses Betrages entfällt auf den erst in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entdeckten Erzreichtum von Briey. Ueber die Menge abbauwürdiger Minette in Deutsch-Lothringen gehen die Ansichten auseinander. Nach Redners sehr vorsichtiger Schätzung sind es 1800 Millionen Tonnen, welche als heute verhüttbar gelten müssen. Aber nicht nur in quantitativer Hinsicht, sondern auch bezüglich der Beschaffenheit der Erze wird Deutschland-Lothringen von Frankreich überflügelt. Diese Ueberlegenheit Frankreichs ist indessen bei weitem nicht so groß (und das muß mit allem Nachdruck betont werden) als es in der neuesten deutschen Fachliteratur dargestellt wird. Davon, daß der Durchschnittsgehalt an Eisen bei der französischen Minette des Bezirks von Briey annähernd 40 Prozent ist, kann gar keine Rede sein. Daß der Bezirk dieses wertvollen Eisenvorkommens heute in Händen der großen Hüttengesellschaften ist, versteht sich fast von selbst. Der in den 70er Jahren stark zersplitterte Besitz in Deutsch-Lothringen ist langsam und teilweise mit großen Geldopfern von den großen Eisenhüttengesellschaften konzentriert worden. In Frankreich hatten die Hüttenbesitzer und Hüttengesellschaften den sich aus dem dortigen Bergrecht ergebenden Vorteil, daß der Staat sie bei der Verleihung der Felder ausschließlich berücksichtigte. Trotzdem ist es ausländischen Hüttengesellschaften gelungen, nachträglich Anteil an den Besitz zu erhalten. Deutsche Hüttengesellschaften verfügen heute über rund 6000 Hektar von den 35 000 Hektar des Bezirks von Briey, belgische Hüttengesellschaften über 2 500 Hektar. Der Bergbau des Minettegebiets hat zwar durch die Abnahme der Tagebaue und Stollengruben und durch den langsamen Uebergang zum Schachtbetrieb eine Erschwerung erfahren. Die Selbstkosten sind aber trotzdem, abgesehen von den Wasserhaltungskosten und den Abschreibungen, im letzten Jahrzehnt nur wenig gestiegen. Sie betragen heute etwa 2,00—2,50 M pro Tonne bei Stollengruben und 2,50—3,50 M bei Schachtanlagen. Trotz der günstigen Gewinnungsbedingungen der Minette war die Förderung noch in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts noch gering. Erst mit der Einführung des Thomas-Verfahrens begann der Siegeslauf dieses Eisenerzes. Die Förderung, welche im Jahre 1879 in Deutsch-Lothringen sich auf 830 000 Tonnen belief, erfuhr von da ab eine von Jahr zu Jahr steigende Zunahme und betrug im Jahre 1909 nicht weniger als 14 000 500 Tonnen. Heute erreicht die Minetteförderung Deutsch-Lothringens und Luxemburgs zusammen über 70 Prozent der Eisenerzeugung des deutschen Zollvereinsgebietes. Die französische Minetteförderung stieg nur langsam bis zum Anfang dieses Jahrhunderts, wo der Bezirk von Briey mit in Förderung trat. Von da an ist die Entwicklung geradezu erstaunlich. Im Jahre 1900 lieferte der Bezirk von Briey 230 000 Tonnen, im Jahre 1909 bereits 6 300 000 Tonnen. Und diese Zunahme wird in den nächsten Jahren anhalten. Denn nicht weniger als 18 Schachtanlagen, durchschnittlich für je eine Förderung von über eine Million Tonnen berechnet, sind dort teils fertiggestellt, und zum größten Teil in Aus- und Vorrichtung begriffen. Einige Montanindustrielle Deutsch-Lothringens befürchten von dieser Entwicklung des französischen Minettebergbaues eine sehr ungünstige Rückwirkung auf den deutschen Minettebergbau. Wenn sich ein gewisser Einfluß geltend machen wird, ein Rückgang des lothringischen Minettebergbaues infolge der französischen Konkurrenz wird nicht eintreten. Andererseits dagegen kann die Hüttenindustrie in Rheinland-Westfalen von dieser Entwicklung der Minetteförderung Frankreichs großen Nutzen ziehen, nachdem der ermäßigte Minettetarif auch auf den Bezug französischer Eisenerze ausgedehnt worden ist. Die Befürchtung, daß Frankreich durch Ausfuhrzoll den deutschen Hüttenwerken den Bezug französischer Minette erschweren werde, ist gänzlich unbegründet. Von der Koksfrage abgesehen, die ein sehr mächtiges Mittel in unserer Hand ist, haben die französischen Werke selbst das größte Interesse an der Erzausfuhr, um durch größere Förderung ihre teilweise nicht unerheblichen Selbstkosten vermindern zu können. Und dieses Interesse, das die französischen Gruben an dem Absatz nach dem Ausland haben, ist wohl ebenso groß wie das Interesse, das die rheinisch-westfälischen Hütten am Bezug der Briey-Erze haben. Mögen diese wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der deutschen und französischen Montanindustrie das Verständnis für die vielseitige Interessengemeinschaft der beiden großen Nachbarnationen fördern.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Maifeier

hat in diesem Jahre einen großartigen Verlauf genommen. Die Zahl der Teilnehmer in Berlin wird selbst von bürgerlichen Blättern mit 200 000 angegeben. In München nahmen 100 000 Personen an der Maifeier teil, ebenso waren in Hamburg mehr als 100 000 Menschen im Festzuge. In Essen demonstrierten 30 000, in Dortmund 50 000, in Frankfurt a. M. 25 000, in Stuttgart 15 000, in Mannheim 15 000, in Solingen 12 000, Düsseldorf 15 000, Köln 15 000, Leipzig 60 000, Dresden 80 000 und in Chemnitz 40 000. So ging es in allen Städten Deutschlands, je nach der Stärke der Arbeiterorganisationen. Es war die glänzendste Kundgebung der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft für ihre Forderungen. Kein Wunder, wenn in der Arbeiterpresse die Stimmen sich mehr und mehr bemerkbar machen, die Maifeier auch später auf einen Sonntag zu verlegen. (Siehe Leitartikel in dieser Zeitung: Die Lehren der letzten Maifeier.)

Zum Kampf im Baugewerbe.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe gab an, daß insgesamt 187 000 Bauarbeiter ausgesperrt sind. Der Bundesvorstand meinte, daß diese Zahl sich noch erhöhen würde. Der „Grundstein", das Organ des Maurerverbandes stellt in seiner Nummer vom 7. Mai über den Umfang der Aussperrung nun folgendes fest:

„Von den 1040 Zweigvereinen des Maurerverbandes wurden in 529 mit 127 102 Mitgliedern 64 861 Mitglieder ausgesperrt. Von diesen sind abgereist oder in andere Arbeit eingetreten 6114; im Baugewerbe sind wieder in Arbeit eingetreten 7518, so daß sich am 27. April 50 784 ausgesperrte Verbandsmitglieder zur Kontrolle meldeten. Der Zentralverband der Zimmerer hat noch nicht die Zahlen ermittelt, aber die Ausgesperrten werden vom Vorstand auf 20 000 geschätzt. Von den 408 Zweigvereinen des Bauhilfsarbeiterverbands wurden in 269 Zweigvereinen nach der Feststellung vom 25. April 28 988 Mitglieder ausgesperrt, 48 651 Mitglieder stehen noch in Arbeit. Außerdem sind noch 5500 Bauhilfsarbeiter ausgesperrt, die in anderen Verbänden Mitglieder sind. Vom Verbande der christlichen Bauarbeiter wurden insgesamt 18 224 Mitglieder ausgesperrt. Der Unternehmerverband hat also insgesamt 127 068 Mitglieder von Gewerkschaften ausgesperrt. Zieht man davon diejenigen ab, die andere Arbeit gefunden haben, so bleiben nur noch **113 441 Ausgesperrte** übrig."

Nun kommen noch die ausgesperrten unorganisierten Bauarbeiter hinzu. Man geht wohl nicht fehl, wenn wir die erste Schätzung der Zentralverbände, die **130 000 bis 150 000 Ausgesperrte** angeben, für richtig halten. Erst sollten nach Angabe der Bauherren 300 000 Mann ausgesperrt werden, hin und wieder wurden noch höhere Zahlen angegeben. Als die Aussperrung erfolgte, sprach man in Arbeitgeberkreisen von 240 000 Ausgesperrten. Kein Wunder, wenn der „Grundstein" die Unternehmer mit beißendem Spott und Hohn übergießt. Wir lesen in genanntem Organ nach der Feststellung obiger Zahlen folgendes:

„Nun, du großspurig daherschreitender Arbeitgeberbund: ist das alles? Mehr kannst du nicht? Und dabei hast du die Knute der Materialsperre, des Terrors in jeder Gestalt noch nötig gehabt? **Wir pfeifen auf deine Aussperrung!** In höchstens sechs Wochen ist alles vorüber, dann haben wir die Gewerkschaften am Boden liegen!" Das war das Zauberwort, mit dem die Bundeshäuptlinge und Unterhäuptlinge die mißtrauischen Unternehmer betörten und einfingen. Ob das jetzt noch jemand von ihnen glaubt? Die Dummen mögen noch daran festhalten, die Kundigen im Bunde wissen natürlich, daß solche Hoffnungen eitel sind. Nein ihr Herren, mit sechs Wochen rechnet nicht, nehmt getrost das Doppelte, und wenn ihr dann noch könnt, nun, dann wird die Arbeiterschaft erst recht noch können. Man hat die Einsicht der Unternehmer, besonders ihre Kenntnis vom Wesen der Arbeiterbewegung, immer noch zu hoch eingeschätzt. Da halten sie sich ein ganzes Rudel Verbandsdirektoren, Generalsekretäre und gewöhnliche Sekretäre, bezahlen diese Leute, damit sie ja nicht übersehen, was wichtig für die Unternehmerinteressen ist, und doch bleiben sie mit ihrem Urteil über die Arbeiterbewegung völlig an der Oberfläche der Dinge haften. Wenn sie nach den Aussichten des geplanten Kampfes gefragt wurden, so fingen sie an zu rechnen, und waren sie zu Ende, so verkündigten sie freudestrahlend, wie ein Schuljunge, der sein Exempel richtig gelöst zu haben wähnt, der Kampf müsse in vier, höchstens fünf und allerhöchstens in sechs Wochen erledigt sein. Mit der Zerschmetterung der Arbeiter selbstverständlich — was zu beweisen war.

Jetzt sitzen diese armen Schächer und sinnen angstschwitzend über den „Ernst der Lage".

Der gewichtige Beschluß des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses wird sie wieder an die Rechentafeln jagen. Was werden sie nun für ein Resultat heraustifteln? So erleben die Unternehmer eine große Enttäuschung nach der andern. Aber die größte harrt ihrer immer noch. Wenn sie eintritt, werden wir uns wieder melden."

Die Scharfmacher im Baugewerbe haben diese Douche gründlich verdient. Es scheint, als ob es auch dem Bundesvorstand aufkommt, daß mit den Bauarbeitern nicht in wenigen Wochen fertig zu werden ist. Er erläßt nämlich folgnden Aufruf:

An unsere Bundesmitglieder!

Wir stehen nun mitten im Kampf, den wir nach den einmütigen Beschlüssen unserer Dresdener Hauptversammlung nicht vermeiden konnten. Unser Ziel ist, zu neuen brauchbaren Tarifverträgen zu kommen. Wir können das nur erreichen, wenn die Beschlüsse des Arbeitgeberbundes ebenso einmütig befolgt werden wie sie gefaßt worden sind. Wenn — auch nach dem Abfall von zwei oder drei Großstädten — die gesammte übrige deutsche Bauarbeitgeberschaft an den einmal gefaßten Beschlüssen unweigerlich festhält, so brauchen wir den Ausgang des Kampfes, auch wenn er sich in die Länge ziehen sollte, nicht zu fürchten. Wir stehen nicht allein, von unzähligen Seiten gehen uns täglich Zustimmungskundgebungen und Unterstützungsangebote zu. Also haltet fest und treu zusammen und werdet nicht wankelmütig. Jeder Abfall von den Bundesbeschlüssen füllt die Kasse der Gegner. Wollt Ihr, daß Eure bisherige Tätigkeit für den Bund vergeblich sei?! Wollt Ihr Euch nach so viel Kämpfen um Eure eigene Arbeit bringen?! Wollt Ihr Euch dem zunehmenden Uebermut der Arbeiterorganisationen für alle Zukunft unterwerfen?! Nein, und nochmals nein. Jetzt heißt es ausharren, damit die Ruhe und Stetigkeit Eurer Arbeit auf Jahre gesichert bleibt; aller Kollegen Hoffnung ruht auf uns, abspringen, heißt, uns in den Rücken fallen. Sonderverträge dürfen nicht geschlossen werden, nur der Bundesvorstand selbst ist zu einem Vertragsabschluß befugt. Der Bundesvorstand."

Der Kampf wird sich in die Länge ziehen! Es gibt genug Arbeitgeber im Baugewerbe, die jetzt schon einsehen, daß die Aussperrung verfehlt ist. Aengstlich wird auch darauf hingewiesen, daß die Bauarbeiter **die Aussperrung mit Streiks beantworten werden**, was nach Ansicht eines Arbeitgebers als ein Unglück für die Bauunternehmer zu bezeichnen wäre. Und das Unglück kann kommen, wenn die Bauherren nicht frühzeitig genug zur Vernunft kommen und den Frieden den sie gestört haben, wieder herstellen.

Der Buchdruckerverband im Jahre 1909.

Stetige organisatorische Werbekraft zeigt der Buchdruckerverband in seinen Jahresberichten. So kann der Vorstand des Verbandes auch für das Jahr 1909 konstatieren, daß die immer noch schädigend wirkende wirtschaftliche Depression nicht imstande gewesen ist, irgendwie das tarifliche Lohngebiet ungünstig zu beeinflussen. Der Tarif hat auch im Jahre 1909 eine Ausdehnung erfahren. 62 000 Gehilfen werden in 2 300 Orten bei 7 300 tariftreuen Firmen beschäftigt. Mehr als 400 Firmen in 300 Orten erklärten ihren Beitritt zur Tarifgemeinschaft. Die Einführung der Setzmaschine hat auch im Berichtsjahre recht bedenklich angehalten. Nicht weniger als 354 Setzmaschinen wurden neu in Betrieb gesetzt.

Mitglieder zählte der Verband am Schlusse des Berichtsjahres 59 027, was einen effektiven Mitgliederzuwachs von 2694 (1908: 2786 bedeutet. Dieser Mitgliederzuwachs rekrutiert sich in der Hauptsache aus den Neuausgelernten, da das Gebiet der Nichtorganisierten im Buchdruckgewerbe bereits ein sehr kleines ist. Die Arbeitslosigkeit steigerte sich im Jahre 1909 noch immer erheblich gegenüber dem Vorjahre. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage am Ort und auf der Reise betrug 1 071 493 (1908: 925 923), die Zahl der Krankentage 681 185 (1908: 659 551), das ergibt, daß 5% der Mitglieder arbeitslos und 3½% krank waren. Auch die Zahl der Invaliden stieg von 707 auf 762. Zu einem Kassenbestand von 7 008 435 M (1908: 6 262 090 M) kamen 10 324 765 M (1908: 9 419 249 M) Einnahmen. Entsprechend der gesteigerten Arbeitslosigkeit und Krankheit erhöhte sich auch die dafür aufgewendete Unterstützungssumme. Für Reiseunterstützung wurden allein 228 823 M, für Arbeitslosenunterstützung 990 116 M, für Invalidenunterstützung 294 929 M aufgewendet. Für das neue Geschäftsjahr konnte ein Bestand von 7 530 671 M gebucht werden, oder eine Mehreinnahme von 522 236 M; auf diese Mehreinnahme entfallen allein 260 000 M Zinsen. Das Gesamtvermögen des Verbandes inklusive der Gau-, Bezirks- und Ortskassenbestände beträgt 10 229 256 M. Das Verbandsorgan, der „Korrespondent", erforderte einen Zuschuß von 10 388 M, die Auflage des Blattes betrug 41 500 Exemplare.

Gewerkschafts-Jubiläen.

Die „Handlungsgehilfen-Zeitung" kann in diesem Monat auf eine 25-jährige Vergangenheit zurückblicken. Ende 1883 wurde die Freie Organisation junger Kaufleute in Berlin gegründet. Vom 10. Mai 1885 ab erschien „Der Handlungsgehilfe", Organ zur Wahrung der Interessen der konditionierenden Kaufleute. Diese Zeitung wurde jedoch nicht nur vom Verein der jungen Kaufleute in Berlin gehalten, sondern auch von auswärtigen Vereinen. Finanzielle Schwierigkeiten und der Niedergang der Berliner Vereinigung ließen die Zeitung nach drei Jahren eingehen. Als im Jahre 1889 eine neue Organisation der Kaufleute in Berlin entstand, folgte ihr im Jahre 1891 die Herausgabe der „Kaufmännischen Rundschau"; sie ging wegen finanzieller Schwierigkeiten schon mit der 6. Nummer ein. Ihr folgte 1892 der in Berlin erscheinende „Handelsangestellte". Als Pfingsten 1897 die bis dahin bestehenden Lokalvereine sich auflösten und der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen gegründet wurde, gab diese Zentralorganisation nun auch ein Verbandsorgan heraus, das in Hamburg erscheinende „Handlungsgehilfenblatt". Nach einer Verschmelzung des „Handelsangestellten" mit dem Zentralorgan und nach kurzer Erscheinungsdauer des letzteren in Berlin, erschien dann das Blatt seit 15. Mai 1901 endgiltig im Verlage des Verbandes in Hamburg. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich so ein Publikationsorgan für die kaufmännischen Angestellten gebildet, das schon in seinen Vorläufern die sozialpolitischen Forderungen der Handelsangestellten vertrat, heute aber bei einer Auflage von 13 000 Exemplaren ein mannhafter Streiter für die Interessen der Handelsangestellten in weitestem Sinne ist.

Der Glaserverband begeht in diesen Tagen das Jubiläum seines 25-jährigen Bestehens. In der Sturmperiode des Sozialistengesetzes gegründet, hat er reichlich alle Drangsale zu kosten bekommen, mit denen damals die aufstrebenden Gewerkschaftsverbände beglückt wurden. Der Sitz des Verbandes war zunächst Wiesbaden; das in Aussicht genommene Leipzig lehnte wegen der von der Behörde bereiteten Schwierigkeiten die Uebernahme des Verbandssitzes ab. In Wiesbaden wurde 1888 der Glaserverband aufgelöst und seine Statuten und Protokolle eingezogen. Das Landgericht Wiesbaden bestätigte indes die polizeilicherseits ausgesprochene Auflösung nicht, und die Vereinsutensilien mußten wieder herausgegeben werden. 1890 traten dem Verbande die Bleiglaser bei, und so zählte der Verband damals 1800, zehn Jahre später 2700 und 1906 5100 Mitglieder. Für Unterstützungszwecke gab der Glaserverband seit seinem Bestehen 483 870 Mark aus. Er hat es auch erreicht, daß das Kost- und Logiswesen im Glasergewerbe völlig in Wegfall gekommen ist. Seit einigen Jahren macht sich im Glaserberufe die Arbeitslosigkeit stark bemerkbar. Von 1900 bis 1909 mußten für Arbeitslosenunterstützung allein 217 764 Mark ausgegeben werden.

Am 1. Mai sah auch der **Buchbinder-Verband** auf 25 Jahre seines Bestehens zurück. Der Verband hat aus diesem Anlaß mit ein Werk herausgegeben, daß die Geschichte des Buchbinderberufes und des Verbandes behandelt. Schon im zünftigen Buchbinderhandwerk war die Gesellenorganisation eine straffe und zählebige, die sich in einzelnen Fällen vom 16. Jahrhundert bis zum Jahre 1848 erhalten hat. Es wurden im Laufe der Jahre verschiedene Male Organisationen der Buchbinder geschaffen, die sich aber nicht als lebensfähig erwiesen. Der neue Verband, der am 1. Mai 1885 seine Tätigkeit mit 1569 Mitgliedern begann, hatte mancherlei Kämpfe, nicht nur mit den Unternehmern, sondern auch mit den Behörden auszufechten, die ihn wegen seiner Unterstützungs-Einrichtungen gern zu einer Versicherungsgesellschaft stempeln wollten. Sein Kassenbestand belief sich bei 26 ihm angehörenden Vereinen am Schlusse des Jahres 1885 auf 1840 Mark. Auf seinem Verbandstage in Altenberg 1891 wurde die Aufnahme der Arbeiterinnen, die bisher nicht beitrittsberechtigt waren, beschlossen. Seine jetzige Form als Verband von Einzelmitgliedern gab ihm der 1893 in Frankfurt a. M. tagende Verbandstag. Dann setzte ein ständiger Aufschwung ein. Daran änderte auch die große Aussperrung nichts, die der Verband deutscher Buchbindereibesitzer im Jahre 1906 unter Tarifbruch vornahm, angeblich wegen der „unerlaubten Maifeier" der Buchbinder in Berlin, in Wirklichkeit aber, um dem Buchbinderverband ein „Tarifmuster" aufzuzwingen, das dem den Bauarbeitern jetzt vorgelegten nicht viel an „Schönheit" nachgab. In 13-wöchigem Kampfe, während der toten Saison des Jahres, schlug der Verband diesen Versuch glänzend zurück; die Unternehmer mußten sich zum Schluß der Aussperrung noch zu Lohnerhöhungen bequemen. Rund 25 000 (darunter 1000 weibliche) Mitglieder, die der Verband heute zählt, gegenüber 2748 bei der Reorganisation des Verbandes im Jahre 1893 zeigen den organisatorischen Fortschritt.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Das preußische Preßgesetz und die Verteilung von Flugblättern.

Der Bergarbeiter Steffan hatte im November vorigen Jahres auf einer Straße in Röhlinghausen Flugblätter verteilt, die sich gegen den Arbeitsnachweis der Bergwerksbesitzer richteten und die Ueberschrift hatten: „Bergarbeiter aufgewacht! — Schamlose Anmaßung will Euch völlig in Ketten schmieden!" Dadurch sollte S. den § 10 des preußischen Preßgesetzes übertreten haben, der in der durch das Reichspreßgesetz erhaltenen Fassung von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig macht die öffentliche unentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen. Das Landgericht in Essen verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe, obwohl erwiesen war, daß S. vom Vertrauensmann für das Verteilen 1 Mk. erhalten hatte, die Verteilung also nicht unentgeltlich war. Das Landgericht deduzierte so: Der § 10 des preußischen Preßgesetzes sei nicht nur verändert durch das Reichspreßgesetz, sondern auch durch die Gew.-Ordng. Durch die letztere insofern, als sie die gewerbsmäßige Verteilung regele. Es müsse danach angenommen werden, daß dem § 10 des preußischen Gesetzes die Regelung jedes nichtgewerbsmäßigen Verteilens überlassen bleiben und daß somit jedes nichtgewerbsmäßige Verteilen der fraglichen Druckschriften nach § 10 von einer polizeilichen Genehmigung abhängig sein sollte, ganz gleichgiltig, ob unentgeltlich oder entgeltlich. Der Ausdruck „unentgeltlich" solle hier nichts anderes bedeuten als „nichtgewerbsmäßig". Da S. nicht gewerbsmäßig gehandelt habe, so sei er zu bestrafen, denn eine polizeiliche Genehmigung habe er nicht gehabt.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Die Begründung ging dahin: Die Auffassung des Landgerichts sei falsch. Allerdings komme bei Anwendung des § 10 des preußischen Preßgesetzes nur das nichtgewerbsmäßige Verteilen in Betracht. Er sei aber auch nur anwendbar, wenn es sich zugleich um ein unentgeltliches Verteilen handle d. h. um ein solches, wo der Verteiler von seinem Auftraggeber kein Entgelt erhalten habe. Wenn das Landgericht eine derartige Auffassung für ein „praktisch unbefriedigendes Resultat" halte, so ändere das an ihrer Richtigkeit noch lange nichts. Hier sei nun festgestellt, daß S. vom Vertrauensmann eine Mark erhalten habe, sowie daß es ein nichtgewerbsmäßiges Verteilen gewesen sei. Er könne aber noch nicht gleich freigesprochen werden. Es müsse erst sein engeres Verhältnis zu dem nur allgemein erwähnten Vertrauensmann mit Bezug auf das Verteilen festgestellt werden. Es müsse festgestellt werden, ob er die Mark für die Arbeit wirklich als Entgelt erhalten habe oder ob sie ihm nur zum Schein gegeben worden sei. Sei es ein wirkliches Entgelt für das Verteilen gewesen, dann müsse S. freigesprochen werden.

Wegen Untreue bezw. Unterschlagung hatte sich der Bergmann Emil Pastille aus Schmidthorst, der eine zeitlang Bevollmächtigter der dortigen Filiale des Bergarbeiter-Verbandes war, am Mittwoch vor der hiesigen II. Strafkammer zu verantworten. Bei einer Revision wurde festgestellt, daß 13 Mark am Markenbestande und 131 Mk. in der Kasse fehlten. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß ihm die Marken auf unerklärliche Weise abhanden gekommen sein müßten. Bezüglich des fehlenden Geldes behauptete er, daß ihm der Betrag gelegentlich einer Festlichkeit in Bruckhausen, als er auf einer Treppe eingeschlafen sei, gestohlen wäre. Mehrere Zeugen sagten auch aus, daß sie weniger Krankengeld bekommen hätten, als von Pastille gebucht war. Die Quittungen haben sie blindlings unterschrieben, ohne sich zu überzeugen, ob das Blankoquittungen oder wirkliche Quittungen über das empfangene Geld waren. Jedenfalls stimmten die Quittungen mit dem erhaltenen Gelde nicht überein. Das Gericht erachtete den Angeklagten der Untreue schuldig, nahm aber eine fortgesetzte Handlung an und verurteilte ihn zu drei Wochen Gefängnis.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Bergmannsglück. Am 8. Mai kam hier ein Bergmann J. K. des Abends bei dem Schichtwechsel unter die leeren Wagen und wurde fünf Meter weit mitgeschleift. Zum Glück kam er nur mit einigen Quetschungen davon. Weshalb kann dieses passieren? Im Monat April mußten wegen Schachtkarambolage einige Schichten gefeiert werden; um diesen Kohlenausfall wieder zu decken, mußte die Nachtschicht des Abends um 10½ Uhr anfahren bis zum letzten April. Vom ersten Mai ging die Einfahrt um 9¼ Uhr wieder an. Da nun während der Leuteförderung die Kohlenwagen unten am Schacht sich massenhaft aneinanderreihen und die Maschinen am Ende der Mittagsschicht in den dazu bestimmten Schuppen gebracht werden, wissen die Leute nicht, wohin sie vor den Kohlenwagen flüchten sollen. Es wird wohl so lange die Jagd nach Kohlen getrieben, bis hier einige Unglücksfälle vorgekommen sind. Auch könnte wohl am Tage die Betriebskasse die vorgeschriebenen Tage, Montags, Mittwochs und Freitags, geöffnet sein, damit nicht die Arbeiter oder deren Frauen über eine Stunde Weges umsonst kommen, wie am Montag, den 2. Mai, um ihre paar Unterstützungspfennige zu holen.

Zeche Bonifazius, Schacht II. Besonders seit der neue Betriebsführer hier ist, weht ein sehr scharfer Wind. Das Strafwesen steht in sehr hoher Blüte. Will aber ein Arbeiter eine Unterstützung haben, ist angeblich kein Geld in der Kasse. Einem Arbeiter, der Krankheit und einen Sterbefall in der Familie gehabt hat, bot man 5 Mk. Unterstützung an. Am 15. April wurde sieben Mann gekündigt, obschon Leute in allen Revieren fehlen. Besonders im Revier des Steigers N. werden recht schlechte Löhne verdient. Der Betriebsführer sagt den Arbeitern, wenn sie sich über das schlechte Gedinge beklagen: „Keinen Pfennig bekommt ihr dabei, klopft nur feste drauf, dann verdient ihr auch was." Einen Trinkbecher hat man in der Waschkaue immer noch nicht angelegt. Die Brausen laufen sehr unregelmäßig. Der Schleifstein ist in einer Verfassung, daß es fast unmöglich ist, etwas darauf zu schleifen.

Zeche Deutscher Kaiser. Unhaltbare Zustände bei der Gewerkschaft Deutscher Kaiser. Wo bleibt die genaue Markenkontrolle? Am 29. April verunglückten auf Schacht III Deutscher Kaiser auf der 5. Sohle die Bergarbeiter Beautemps, Vater und Sohn, und mußten 10 volle Stunden durch die Nachlässigkeit der Verwaltung unter den herabfallenden Gesteinen liegen. Nachdem die Kameraden um 10½ Uhr ihr Butterbrot verzehrt hatten, begaben sie sich wieder in den Ueberhauen, der bereits durch war. Auf einmal brachen auf der oberen abgebauten Strecke eine Unmasse Steine hervor, der Vater wurde bereits gänzlich verschüttet und der Sohn bis an den Oberkörper. Als die Frau des Abends 7 Uhr zum Essen ging und nach ihren Mann und Sohn frug, stellte sich auf einmal heraus, daß beide noch in der Grube waren. Um 9 Uhr endlich, nachdem die Frau alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte, rückte erst Hilfe heran. Der Sohn, der noch am Leben ist, hatte bis zu dieser Stunde seinen armen Vater noch jammern gehört. Er selbst konnte ihm nicht helfen, weil auch er von den herabfallenden Gesteinsmassen bis zum Oberkörper vollständig verschüttet war. Erst am anderen Morgen wurde der Vater unter den Trümmern hervorgeholt. Wäre die geradezu unverständliche Markenkontrolle nicht gewesen, so mußte sich doch schon Mittags nach der Morgenschicht herausstellen, ob die beiden Kameraden noch in der Grube waren. Wirklich eine herrliche Ordnung bei der Gewerkschaft Deutscher Kaiser, wo in leichtsinniger Weise das Menschenleben aufs Spiel gesetzt wird. Wäre die arme Frau nicht des Abends zur Grube gegangen, wer weiß, ob beide Kameraden nicht heute noch unter den Trümmern lägen. Gerade in letzter Zeit stellen sich bei der Gewerkschaft Deutscher Kaiser die unhaltbarsten Zustände ein. Die Wettergefahr nimmt mit jedem Tage zu, bis wieder eines Tages ein Massengrab die Folge dieser verlodderten Zustände bilden. Die Betriebsleitung ist von jeher der Meinung gewesen, daß solche Kameraden, welche die Mißstände in den Versammlungen und in der Presse kritisieren, einfach mundtot gemacht werden müssen und wirft solche Kameraden aufs Straßenpflaster. Schaffe die Verwaltung doch einmal diese Lodderwirtschaft ab, dann haben wir keine Ursache und keine Gelegenheit, zu kritisieren.

Zeche Ewald, Schacht I und II. Ueberschichten über Ueberschichten werden hier verfahren. Die Arbeiter werden förmlich dazu gedrängt. Weigern sich die Arbeiter dessen, sagt ihnen der Steiger Sch.: „Ich will Sie weiter nicht belästigen, halten Sie nur zu ihrer Fahne treu." Mit solchen und ähnlichen bissigen Bemerkungen sucht er die Arbeiter zu veranlassen, Ueberschichten zu verfahren. Alles wird versucht, um die Arbeiter zum Verfahren von Ueberschichten zu veranlassen, sogar zehn Pfennig erhalten diejenigen, welche Ueberschichten verfahren pro Wagen mehr, wie diejenigen, die sich dessen weigern. Der Betriebsführer hat schon Arbeitern gesagt: „Leute, haltet euch diesen Monat dabei und macht Ueberschichten, nächsten Monat geht das Feiern wieder los." Der Fahrsteiger O. hat eine eigene Art Gedinge zu setzen. Auf die Einwände der Arbeiter, daß das Gedinge zu niedrig sei und nichts darauf verdient werden könnte, erklärte er: „Mehr gibt es nicht, drückt euch nur, soviel wie ihr wollt, das Gedinge bleibt stehen, was ihr verdient, wird euch ausbezahlt, das Gedinge steht hoch genug" usw. Wo bleibt aber unter solchen Umständen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter? Weiß der Beamte nicht, daß er kein Recht hat, den Arbeitern das Gedinge in dieser Weise aufzuzwingen?

Zeche Ewald, Schacht III und IV. Zu der Berichtigung des Ausschusses dieser Zeche schreibt uns unser Gewährsmann: „Zu der Berichtigung der Ausschußmitglieder der genannten Zeche vom 16. März 1910 möchte ich bemerken, daß trotz der Berichtigung an Leute, die die Kündigung zurückgenommen haben, Wohnungsentschädigung ausgezahlt ist. Ob nun auf Zeche Ewald eine zweite Unterstützungskasse besteht, aus welcher diese Unterstützungen gezahlt sind, entzieht sich meiner Kenntnis; oder ob vielleicht der Herr Betriebsführer Krause das Geld aus seiner Tasche bezahlt hat? Zudem möchte ich noch bemerken, daß selbst ein Ausschußmitglied zugegeben hat, daß Entschädigung für Wohnungsmiete ausgezahlt worden ist, woher das Geld komme, wisse er selbst nicht.

Zeche Hamburg. Es wäre notwendig, daß dem schlimmen Fudeln an Lohn- und Abschlagstagen ein Ende gemacht wird. Leider gibt es noch Bergarbeiter, die sich nicht schämen, ihre Kameraden auch noch hierbei zu übervorteilen. Es wäre doch sehr leicht möglich, diesen das Handwerk zu legen.

Zeche Hannibal II. Im Revier I, Steiger B., sind hier die Wetterstrecken in schlechtem Zustande, es liegt fast Bruch an Bruch. Die Abortkübel stehen zu weit von der Arbeit entfernt. Jeden Weg müssen die Arbeiter durch den Bremsberg machen, weil es Fahrwege nicht gibt. Die Seilfahrt beginnt des Morgens manchmal 10 Minuten zu früh. Am 23. April standen 5,25 Uhr — die Einfahrt dauert bis 5,30 Uhr — etwa 29 Mann zur Einfahrt bereit am Schacht, wurden aber nicht mehr zugelassen, sondern vom Fahrsteiger zum Betriebsführer geführt. Die Einfahrt wurde ihnen dann zwar gestattet, aber sie wurden bestraft wegen zu spätem Anfahren. So springt man mit den Arbeitern um. Soll dadurch etwa das gute Einvernehmen gestärkt werden?

Zeche Kronprinz. Hier wurden am 22. April über 30 Mann mit je 1,50 Mk. wegen angeblich zu frühen Schichtmachens bestraft. Sie waren abends gegen 10,22 Uhr — die Ausfahrt soll um 10,30 Uhr beginnen — zum Schacht gekommen und dort von einem Beamten, welcher behauptete, es sei erst 10,15 Uhr, aufgeschrieben worden. Die Arbeiter verglichen nach der Ausfahrt, die erst um 10,40 Uhr begann, ihre Uhren mit der Zechenuhr und fanden, daß diese übereinstimmten und der Beamte im Unrecht war. Trotzdem wurden sie bestraft. Wir meinen, das ist doch wirklich keine Art, mit den Arbeitern so umzuspringen. Bei der Seilfahrt sollte überhaupt mehr für Pünktlichkeit und eine bessere Kontrolle gesorgt werden, damit auch das Fudeln aufhört.

Zeche Prosper I. Hier werden fast jeden Monat drei bis vier Schichten gefeiert; jedesmal aber fahren einige hundert Arbeiter an, um vollzusetzen, außerdem werden fast jeden Tag zahlreiche Ueberschichten verfahren, entweder um vollzusetzen oder die Steine beizubrechen, damit in der Förderschicht tüchtig Kohlen geliefert werden können. Wenn ein Arbeiter die Ueberschichten nicht verfährt, werden häufig andere Arbeiter in seine Arbeit geschickt, welche die Kohlen wegrauben. Die Gedinge und Löhne werden immer noch verkürzt. Wer etwas verdient, dem wird abgezogen, wer aber nichts verdient, erhält auch nichts dazu. Kommt der Betriebsführer in eine Arbeit, will er die Leute schwitzen sehen, ist das nicht der Fall, macht er seine Bemerkungen.

Schacht Unterlohberg. Ein Mann, der sich etwas in die Höhe arbeiten will, ist der Drittelführer Gorzelany. Sehr viel ist schon über diesen Menschen geklagt worden. Als derselbe am 16. April mit seinem Drittel auf der Sohle ankam, hauchte er sofort einen Kameraden an, der Hammer nur in beide Hände zu nehmen. Dem Kameraden war es unmöglich, den Hammer mit beiden Händen zu halten, da er sich doch mit einer Hand an den Tübbings festhalten mußte. Auch der Herr Klauber scheint schon bald Schule zu machen, denn auch er will alle Leute herauswerfen. Beiden genannten Herren möchten wir anraten, sich einmal das Buch „Knigges Umgang mit Menschen" anzuschaffen, damit auch bei ihnen das Schimpfwörterlexikon auf die Seite gelegt werden kann. Sollte es den beiden Herren gereuen, die paar Pfennige für das genannte Buch anzuschaffen, so sind wir bereit, dasselbe aus unserer Bibliothek zu leihen. Hoffentlich genügen diese paar Zeilen, um die Arbeiter vor der Nachwirkung einer vorausgegangenen Kasinostimmung zu bewahren.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Kanzledische Braunkohlenwerke (Hötensleben). Die Jagd nach Kohlen ist hier sehr groß. Es wird ein Soll von 40 Wagen vor Ort und von 80 Wagen vor Bruch verlangt, ganz gleich ob die Kohle fest oder locker ist. Liefert eine Kameradschaft den Soll nicht, sei es weil die Kohle zu fest ist, oder weil es nicht brennt oder aus einem anderen Grunde, dann heißt es beim Verlesen: Warum liefert ihr keine 40 Wagen?, ihr wollt blos nicht, ihr seid zu faul! Haben aber die Arbeiter ihren Soll erreicht, dann heißt es, so und soviel Wagen fehlen, die werden auch abgezogen. Wundern muß man sich nur, daß die Wagen immer wieder da sind und nur die Kohlen fehlen. Als Ende März und Anfang April die Kettenbahnmaschine in Reparatur war, mußte mit zwei Wagen geschleppt werden, obschon keine Kuppelung vorhanden war. Als ein Kamerad sich dessen weigerte, schnauzte ihn der Fahrsteiger W., ein äußerst schneidiger Herr, an: „Wenn sie nicht sofort mit zwei Wagen fahren, erhalten sie ihre Papiere." Jüngeren Arbeitern hat dieser Herr schon Schläge angeboten, älteren Kameraden wirft er „Kosenamen", wie Ochse, Esel, Rindvieh, altes Schaf usw. an den Kopf. Kürzlich sind hier innerhalb vier Tagen zwei Arbeiter schwer verletzt worden. So zeigen sich die Folgen der Antreiberei. Der Betriebsführer Knauth erließ kürzlich folgende Bekanntmachung: „Hierdurch wird bekannt gegeben, daß von morgen, Samstag, den 23. April der Abschlag nicht mehr nach der Zahl der verfahrenen Schichten, sondern nach Leistung gezahlt wird." Bis dahin war es üblich, daß für jede Förderschicht drei Mark Abschlag gerechnet wurden. Die Folge dieser Anordnung aber war, daß am 23. April Abschlagslöhne an Hauer von 18, 16, 14, 12, ja sogar in einem Fall von 10 Mk. gezahlt wurden. Sehen die Bergarbeiter angesichts solcher Verhältnisse immer noch nicht ein, daß man ihnen allmählich immer mehr das Fell über die Ohren zieht?

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Dechen. Für den „Bergmannsfreund", der in Wirklichkeit der größte Feind des Saarbergmanns ist, macht in jüngster Zeit der Fahrsteiger Sander lebhaft Propaganda. Er beauftragt den Vorfahrer Friedrich, in der Abteilung herumzugehen und diejenigen Leute aufzuschreiben, die den „Bergmannsfreund" nicht abonniert haben, und sie aufzufordern, ihn sofort zu bestellen. Wer ihn nicht bestellt, der wird dem Fahrsteiger gemeldet und gilt wohl als gesinnungsuntüchtig, was auf den Saargruben immer noch mehr bedeutet, als arbeitsunfähig. Wer gesinnungstüchtig ist, kommt immer noch durch, auch wenn er herzlich wenig von praktischer Arbeit versteht. Viele Bergleute empfinden es jedoch als eine Aufdringlichkeit, daß ihnen von oben herunter ein Blatt aufgezwungen werden soll, das sie noch für zu schlecht halten, es auf dem Abort zu verwenden, geschweige denn zu lesen. Mit dem „Bergmannsfreund" sind die Leute wirklich lange genug genarrt und mit dem Einsammeln der Gelder ist Schwindel genug getrieben worden, so daß die Verwaltung ihre Finger hübsch davonziehen sollte. Sind noch Leute in der Belegschaft verbohrt genug, den Schmöker zu halten, mögen sie es tun, jedoch von Amts wegen das Blatt vertreiben, ist Unfug und müßte verboten werden. Geht der Vorfahrer für den „Bergmannsfreund" in der Grube agitieren, muß jedem anderen Arbeiter auch das Recht zustehen, für das von ihm bevorzugte Blatt ebenfalls in der Grube agitieren zu dürfen und dann treibe man auf den Staatsgruben Agitation für Zeitungen, anstatt Kohlen zu fördern. Würde etwas weniger Kraft und Energie auf Gesinnungsdrill, dafür um so mehr auf praktische Arbeit verwendet, die Resultate der Förderung würden sicherlich bedeutend bessere sein. Doch wozu einen rationellen Betrieb? Gute Patrioten, Abonnenten auf den „Bergmannsfreund" sind mehr wert und vorteilhafter, also wird Agitation auf den „Bergmannsfreund" betrieben.

Das Kaligesetz in der Reichstagskommission.

Am 4. Mai setzte die zweite Lesung der Kalikommission ein. Sie konnte in zwei Sitzungen an diesem Tage zu Ende geführt werden. Sobald der Bericht über die Kommissionsberatung vorliegt, werden wir auf ihn noch zurückkommen. Für heute sei mitgeteilt, daß es dank des wirksamen Eingreifens der sozialdemokratischen Vertreter in der Kommission, zu einigen weiteren

wichtigen Beschlüssen zugunsten der Arbeiter

kam. Bekanntlich war schon früher ein Antrag angenommen worden, der bedingungsweise Lohnreduzierungen verhindern soll. Siehe Nr. 19 der „Bergarbeiter-Zeitung" und weiter unten Antrag Brockhausen. Es handelte sich nun in der 2. Lesung um die Frage, wie die von dem Gesetz verbotenen Lohnherabsetzungen, im Falle ihres Geschehens, festgestellt werden sollen, damit die Verteilungsstelle (vorgesehen für die Zuteilung der Absatzbeteiligungsziffer an die einzelnen Werke) die angedrohte Kürzung der Beteiligungsziffer vornehmen kann. Die Abgg. **Hue** und **Emmel** beantragten, in solchen Fällen, wo es sich um Lohnfeststellungen drehe, statt vier Werksvertreter nur zwei und für die ausfallenden Werksvertreter **zwei Arbeitervertreter als Richter** hinzuzuziehen. Emmel begründete den Antrag. Der Minister erklärte sich damit einverstanden und es erfolgte nun die **einstimmige Annahme des sozialdemokratischen Antrages.**

Sodann begründete Abg. Hue einen sozialdemokratischen Antrag, der verbieten will, **in etwa abgeschlossene Tarifverträge Bestimmungen aufzunehmen, die das Vereinigungsrecht der Arbeiter einschränken oder gar ganz aufheben.** Der Minister sprach sich gegen den Antrag aus; er entspreche nicht den Arbeiterinteressen, sei überflüssig. Der Sprecher der Nationalliberalen erklärte sich gleichfalls gegen den Antrag und der Vertreter der Konservativen stellte sogar in Aussicht, seine Freunde würden eventuell gegen das ganze Gesetz stimmen, wenn der Antrag Hue darin Aufnahme fände. Dagegen sprachen sich die Redner des Zentrums und der Freisinnigen für den Antrag aus. Nachdem Abg. Albrecht (sozialdemokratischer Vertreter für Staßfurt-Aschersleben) und Hue nochmals nachdrücklich die große prinzipielle und praktische Bedeutung des sozialdemokratischen Antrages nachgewiesen hatten, trat ein Umschwung ein! **Der Antrag Hue wurde mit allen gegen zwei nationalliberale Stimmen angenommen!** Dieser Beschluß ist für die Frage des Vereinsrechts der Arbeiter von außergewöhnlicher Tragweite. Hoffentlich hält das Plenum den Kommissionsbeschluß aufrecht.

Die Beratungen im Plenum sollen am Dienstag, den 10. Mai beginnen. Wir verweisen unsere Kameraden auf die parlamentarischen Berichte der Tagespresse.

Die Werkspresse ist ganz und garnicht mit dem bisherigen Verlauf der Kommissionsverhandlungen einverstanden. So klagt die „Industrie" über die sog. Tragpfeiler des Gesetzes, die sie in folgenden Punkten des Gesetzes sieht:

1. die Preise, die für das Inland gegen die bisherigen Sätze um 10% herabgesetzt sind, für die Gesamt-Industrie demnach einen empfindlichen Ausfall bedeutet;

2. die Reichsabgabe von 60 Pf. für jeden Doppelzentner K_2O, was etwa 7½ Pf. auf den Doppelzentner Kainit gleichkommt. Etwa die Hälfte dieser Abgabe wird ja in Form eines Beitrages für die Propaganda-Kosten der Kali-Industrie wieder zugute kommen, immerhin liegt auch darin eine weitere Belastung der Kali-Industrie.

3. Die Einführung einer neuen Ausgangsstation, wofür nach einer Aeußerung des Handelsministers Sydow Salzungen in Aussicht genommen ist, wodurch nach dem bisherigen System des Frachtenausgleichs nicht unwesentliche Frachtverluste für die Kali-Industrie zu erwarten sind.

4. Die nach einem konservativen Antrag von Brockhausen beschlossene Steuer auf das Ueberkontingent, die nicht mehr nach dem ursprünglichen Beschlusse auf Mk. 16 normiert, sondern staffelförmig wie folgt festgesetzt ist: Gruppe IV und V Mk. 10, Salze von 20—22% Mk. 13, 30—32% Mk. 14, 40—42% Mk. 15, Gruppe I und II Mk. 17. Es muß noch recht fraglich erscheinen, ob damit ein sehr wesentlicher Zweck des Gesetzes, nämlich die wirksame Besteuerung der Schmidtmannschen Auslandsverkäufe erreicht wird.

5. Die Karenzzeit für die jüngeren Werke. Sie erstreckt sich auf 5—6 Jahre, nicht wie ursprünglich nach einer irrtümlichen amtlichen Zusammenstellung der Beschlüsse erster Lesung anzunehmen war, auf nur 3 Jahre. Ein jetzt neuentstehendes Werk tritt erst nach Ablauf des fünften Jahres im günstigsten Falle in den Genuß der vollen Quote.

6. Die Auslandspreise, die nicht niedriger sein dürfen als die Inlandshöchstpreise.

Die „Industrie" klagt:

„Man ersieht aus dieser Zusammenstellung, daß die Belastung bei weitem die Vorteile übersteigt und daß die Kali-Industrie demnach herzlich wenig Grund zur Freude und Befriedigung über das neue Gesetz hat. Wenn trotzdem auf dem Markt eine sehr starke Zuversicht zur Geltung kommt, so dürfte darin eigentlich mehr die Eskomptierung einer starken Hoffnung in die künftige Entwickelung der Kali-Industrie liegen."

Ganz gewaltig aber regt sich die Werkspresse auf über die Annahme der Anträge in der Kommission, die sozialpolitischer Natur sind. Gegen den Antrag des konservativen Abgeordneten v. Brockhausen, der verlangt, daß die Beteiligungsziffer eines Kaliwerks um mindestens 10 Prozent gekürzt werden, wenn infolge des Gesetzes auf dem Werk der innerhalb einer Arbeiterklasse im Jahresdurchschnitt für eine Arbeiterschaft gezahlte Lohn unter den für diese Klasse im Durchschnitt des Jahres 1909 gezahlten Lohn sinkt, desgleichen, wenn bei einer Arbeitsklasse die regelmäßige Arbeitszeit über die im Jahre 1909 üblich gewesene verlängert wird", wendet sich besonders scharf die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" (Nr. 492 vom 7. Mai.) Wir lesen:

„Ohne die gute Absicht dieses Antrages zu verkennen, halten wir uns im Interesse der Industrie für verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß wir jede gesetzliche Bestimmung irgendwelcher Art über die Höhe der Löhne, wie sie in dem Antrag v. Brockhausens enthalten ist, daß wir einen gesetzlichen Zwang zum Abschluß von Tarifverträgen oder gar zur Ueberweisung eines Teiles des Reingewinnes eines Unternehmens an die Arbeiter für einen **Bruch mit den Grundlagen** ansehen, auf denen in historischer Entwicklung unsere jetzige Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung beruht. **Derartige gesetzliche Bestimmungen bewegen sich vollkommen in dem von der Sozialdemokratie unablässig und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verfolgten Ziel, in der den sozialdemokratischen Staat erstrebenden Richtung.** Der Erlaß derartiger gesetzlicher Bestimmungen würde einen bedeutsamen Sieg der sozialdemokratischen Ideen und eine wesentliche Stärkung der sozialdemokratischen Bestrebungen bedeuten. Daher erachten wir es für unsere Pflicht, Einspruch gegen derartige gesetzliche Bestimmungen zu erheben, Einspruch erheben wir auch dagegen, daß derartige tief in die wirtschaftlichen Verhältnisse eingreifende prinzipielle Entscheidungen — zu diesen müssen wir, wie bereits erwähnt, auch den Antrag v. Brockhausens zählen — so nebenher bei dem Erlaß eines Gesetzes getroffen werden, das sich mit einer ganz anderen Materie beschäftigt. Der ursprüngliche Gesetzentwurf enthält keine derartigen Bestimmungen. Wir richten daher an die verbündeten Regierungen das dringende Ersuchen, dem Gesetze die verfassungsmäßige Zustimmung zu versagen, wenn es mit sozialpolitischen Bestimmungen der hier in Rede stehenden Art vom Reichstage verabschiedet werden sollte."

Selbstverständlich! Man hat schließlich nichts dagegen, wenn das Kapital den gesetzlichen Schutz genießt. Das ist ein „Sozialismus", den sich die Industriellen gern gefallen lassen. Aber was dem einen recht ist, ist dem andern nicht billig. So kalkuliert das Organ. Und da sähe es am liebsten, wenn den Kaliunternehmern Gelegenheit gegeben würde, sich bei finanziell unliebsamen Folgen des Gesetzes an der Arbeiterschaft schadlos zu halten. Und was die Herren unter unliebsamen Folgen verstehen, ist ja sattsam bekannt. Wir hoffen, daß das Plenum nicht nur die arbeiterfreundlichen Bestimmungen annimmt, sondern diese im Gesetz noch mehr berücksichtigt, dann können auch die Arbeiter Freude an dem Gesetz haben.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Konferenz der Knappschaftsältesten im Ruhrbecken.

Am Sonntag, den 8. Mai, fand in Bochum, im Lokale des Herrn Hölscher eine Versammlung der unserem Verbande angehörenden Aeltesten des Allgemeinen Knappschaftsvereins Bochum statt. Erschienen waren 208 Aelteste, es fehlten mit Entschuldigung 5 und ohne Entschuldigung 20 Aelteste. Die Versammlung war einberufen zwecks Stellungnahme zu der am 30. Juni stattfindenden Generalversammlung des Knappschaftsvereins.

Seit Inkrafttreten der jetzigen Satzung des Vereins haben sich eine Anzahl Mängel gezeigt, die dringend der Beseitigung bedürfen. Diese Mängel waren zumeist bei der Beratung der Satzung und der Beschlußfassung über dieselbe nicht vorauszusehen, sondern haben sich herausgebildet durch die von der Verwaltung des Vereins geübten Satzungsauslegungskünste. Es ist daher notwendig, in die Satzung klare Bestimmungen zu schaffen, die solche arbeiterfeindlichen Auslegungspraktiken unmöglich machen. Andrerseits zeigt die finanzielle Lage des Vereins auch, daß eine Aufbesserung der Bezüge der Mitglieder bei den heutigen Beiträgen sehr wohl möglich ist.

Es wurden eine Anzahl Anträge formuliert und die unserem Verbande angehörigen Vorstandsältesten beauftragt, dafür zu sorgen, daß dieselben auf die Tagesordnung der Generalversammlung gesetzt werden. Auf die Anträge kommen wir in nächster Nummer zurück. Für heute sei nur erwähnt, daß die in den Anträgen enthaltenen Forderungen materieller Natur dahin gehen, daß den in Krankenhäusern, Heilanstalten oder Bädern untergebrachten Knappschaftsmitgliedern bezw. deren Angehörigen das volle Krankengeld und ledigen Mitgliedern das halbe Krankengeld gewährt werden soll. Bei Sterbefällen von Ehefrauen oder Kindern der aktiven und invaliden Mitglieder soll eine Begräbnisbeihilfe gewährt werden. Ferner sollen die Pensionssätze der Invaliden und Witwen um 10 Prozent erhöht werden. Die Anträge, welche nicht direkt materielle Forderungen enthalten, sollen die verschiedenen im Laufe der Zeit herausgewachsenen Mängel der Satzung beseitigen.

Die Versammlung nahm ferner Stellung zu der von der Generalversammlung vorzunehmenden Ergänzungswahl des Knappschaftsvorstandes. Bekanntlich scheiden am 1. Juli d. Js. die vier unserem Verbande nicht angehörenden Vorstandsältesten Dunker, Schäfer, Kasse und Korte, sowie eine Anzahl Stellvertreter aus, für welche die Generalversammlung Ersatzwahlen vorzunehmen hat. Die Kandidaten für diese Wahlen wurden aufgestellt.

Schließlich wurde noch die Petition der Verbandsältesten an den preußischen Landtag zur Sprache gebracht, welche dahin ging, den invaliden Knappschaftsmitgliedern bei den Aeltestenwahlen das aktive und passive Wahlrecht wieder zu verleihen. Es wurde ausgesprochen, daß die Behandlung, welche gerade **Zentrumsabgeordnete** dieser Petition in der Petionskommission des Dreiklassenlandtages hätten zu teil werden lassen, die „Arbeiterfreundlichkeit" des Zentrums wieder gezeigt habe.

Es wurde hierzu weiter ausgeführt, bei dieser Gelegenheit habe sich aber auch wieder gezeigt, welche Organisation die Interessen der Knappschaftsmitglieder vertrete. In der Petitionskommission des Landtages sei gesagt worden, die Petition gehe „lediglich von den im alten Verbande organisierten Aeltesten" aus, deshalb wurde sie nicht berücksichtigt. Hätten die „Christlichen" auch eine solche Petition eingereicht, hätten die Herren mit diesem Einwand nicht kommen können. Das hätten die Christlichen aber nicht getan und darum seien sie mit verantwortlich zu machen, wenn den Invaliden das Wahlrecht nicht wieder verliehen wird. Allerdings könne man auch nicht erwarten, daß Leute, die mithelfen den Knappschaftsmitgliedern das Wahlrecht zu rauben, dafür eintreten, daß ihnen das Geraubte wieder zurückgegeben wird.

Nachmittags um 2½ Uhr wurde die vormittags 10 Uhr begonnene Versammlung geschlossen.

Spaniol

teilt uns mit, daß er mit der Gründung des neuen Bergarbeiterverbandes (Amerika Wild-West) nichts zu tun hat. Uns war das mitgeteilt worden und es erschien uns die Geschichte wegen der bisherigen dicken Freundschaft Spaniols mit Brodam und Genossen sehr glaublich. Nun, wir nehmen von der Erklärung Spaniols Notiz. Im übrigen scheint es mit der Gründung des Verbandes nichts geworden zu sein. Die Kumpel fürchten jedenfalls mit Recht, daß sie bei solchen Gründungen nur zu verlieren haben.

Agitationsweise des alten Verbandes.

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Bergknappe" in seiner Nr. 16 eine Notiz, worin behauptet wird, Vertrauensleute unseres Verbandes

liefen sich jetzt die Beine ab, um den früheren Vertrauensmann des Gewerkvereins K. H. von der Zahlstelle Butendorf bei Gladbeck für den Verband zu gewinnen. Ein Altverbändler habe ihm sogar mitgeteilt, falls er zum Verband übertrete, sei er einen Monat von den Beiträgen befreit. Selbstverständlich ist diese ganze Geschichte und zwar noch sehr schlecht erfunden. Es ist keinem unserer Kameraden eingefallen, derartiges zu versprechen. K. H., der frühere „christliche" Vertrauensmann, kam zu unserem Vertrauensmann V. und erklärte ihm, daß er zum Verband übertreten wolle, mit dem Gewerkverein wolle er nichts mehr zu tun haben. Auch hätte er schon das „Volksblatt" bestellt. Weiter erkundigte er sich noch, wer ihm die Verbandszeitung bringe. Als jedoch unser Zeitungsbote zu ihm in die Wohnung kam, hatte er sich die Geschichte anders überlegt und sagte, die Beiträge seien ihm im Verband zu hoch. Das ist der Sachverhalt und was der „Bergknappe" mitteilt, ist müßiger Klatsch.

In seiner Nr. 17 heult der „Bergknappe" darüber, daß unsere Kameraden von Butendorf dem Wirt Bals ihre Groschen nicht mehr hinbringen, trotzdem ihnen dieser sein Lokal verweigert hat. Besonders der Genosse T. habe sich im Anschreiben an die Häuser: „Meidet die Wirtschaften Bals und Röcker" hervorgetan, trotzdem er früher beim Wirt Bals eine Wohnung zu spottbilligem Preise gehabt habe. Weiter wird behauptet, T. sei einmal von Bals an die frische Luft befördert worden. Selbstverständlich ist auch das alles nur müßiger Klatsch. Es ist nicht wahr, daß T. von B. an die frische Luft befördert wurde. Die „spottbillige" Wohnung bestand aus Mansarden mit schrägen Fenstern, für die T. monatlich 11,50 Mk. zahlen mußte. Wenn unsere Kameraden übrigens die Wirtschaften meiden, die ihnen zu Versammlungszwecken nicht zur Verfügung stehen, tun sie nur das, was eigentlich selbstverständlich ist und was im gleichen Falle auch die „Christen" tun. Es scheint aber, daß der „Bergknappe" seine Hauptaufgabe darin erblickt, fortgesetzt solchen müßigen Klatsch breitzutreten.

Werde „christlich" und du wirst die Frau los!

Daß der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter mit allen Registern arbeitet, das zeigt folgender Fall: In Mengede trat ein Mitglied des Verbandes zum christlichen Gewerkverein über, weil ihm das Versprechen gegeben wurde, ihm bei seiner Ehescheidung behilflich zu sein! Hier heiligte auch der Zweck die Mittel, sonst hätte man doch daran gedacht, daß geschrieben steht: „Was Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht scheiden!" Auch nicht der christliche Gewerkverein! Wer nun mit solchen Mitteln arbeitet, hat aber auch alle Ursache, den eigenen Dreck vor der Türe wegzufegen und nicht in jeder Nummer der Zeitung bittere Klage darüber zu führen, wie es der Verband fertig bringt, dem Gewerkverein seine getreuen Zentrumsschäflein abzufangen.

Nochmals christliche Verleumder an dem Pranger.

Das Mitglied des christlichen Gewerkvereins und Agitator der Zentrumspartei, Josef Foschepot stand am 16. März d. J. vor dem Schöffengericht zu Kamen, wegen Verleumdung des Arbeitersekretärs Mücke (zur Zeit in Brandenburg an der Havel). Foschepot wurde am 16. März, trotzdem das Gericht den § 187 des Strafgesetzbuches anzog, der nur Gefängnisstrafe zuläßt, mit 30 Mark Geldstrafe bestraft. Diese Strafe trat nur ein, weil der Anwalt des Mücke erklärte, an der Höhe des Strafmaßes liege dem Kläger garnichts. Gegen dieses milde Urteil (so bezeichnete es der Vorsitzende des Landgerichts zu Dortmund) legte Foschepot auf Befehl der Leitung der Zentrumspartei Berufung ein, so daß sich das Landgericht zu Dortmund am 29. April abermals mit der Sache beschäftigen mußte. Bei Eintritt in die Verhandlung richtete der Vorsitzende an Foschepot die Frage, warum er gegen dieses milde Urteil Berufung eingelegt habe. Er gab zur Antwort, er wolle freigesprochen werden. Der Vorsitzende hielt Foschepot weiter vor, wenn er dies nicht mit der Absicht getan habe, um sich mit dem Kläger zu vergleichen, dann verstehe er die Berufung nach den klaren Aussagen der Zeugen nicht. Foschepot habe auch für die Berufung nur die alten Zeugen angegeben, die in Kamen ausführlich vernommen seien. Er hätte es viel besser verstehen können, wenn der Kläger gegen das Urteil Berufung eingelegt hätte, um eine höhere Bestrafung zu erzielen, da doch das Schöffengericht den § 187 des Strafgesetzbuches bei der Urteilsfällung angezogen, wonach nur Gefängnis zulässig sei. Er rate dem Beklagten, entweder die Berufung zurückzuziehen oder sich mit dem Kläger zu vergleichen. Diese Ermahnungen gingen dem Foschepot zu Herzen, und wenn nicht andere treibende Kräfte hinter Foschepot gestanden hätten, er hätte gewiß den guten Rat des Gerichtsvorsitzenden befolgt. Wie ein Hilfloser drehte er sich einige Male um, suchte mit den Augen den ganzen Zuhörerraum ab, aber er bekam von hier aus keine verständliche Antwort oder Zeichen. Die Leitung der Zentrumspartei war im Zuhörerraum durch Herrn Ostermann und ein weiteres Vorstandsmitglied vertreten, die sich aber passiv verhielten. Man sah jetzt zweifellos ein, welchen Fehler man mit der Einlegung der Berufung gemacht hatte. Die Verhandlung ergab betreffs der Zeugenaussagen nichts anderes, als was wir unseren Lesern bereits von der Verhandlung am 16. März mitgeteilt haben. Der Tatbestand ist kurz folgender: Foschepot hat im Jahre 1905 und auch später, zuletzt am 24. Oktober 1909, die Behauptung aufgestellt, Mücke habe beim Streik 1905 4000 Mark unterschlagen. Am 24. Oktober 1909, in der Wirtschaft Götz in Kamen, fügte Foschepot noch hinzu, daß Mücke seine Frau verlassen und seine Kinder infolgedessen von der Armenverwaltung in Hamm unterhalten werden müßten. Die Zeugenaussagen ergaben nicht nur nichts Belastendes für Mücke, sondern es wurde ihm vom Vorsitzenden des Kontrollausschusses des Bergarbeiter-Verbandes in punkto Kassenführung das allerbeste Zeugnis ausgestellt. Auch die Zeugen des Foschepot konnten nichts anführen, was die Behauptungen des Beklagten auch nur im geringsten gestützt hätte. Auf die Frage des Vorsitzenden, er (Foschepot) sehe doch nun, daß nicht ein einziger Zeuge seinen Behauptungen beitrete. Wenn er keine andere Beweismittel habe, dann gehe er aber doch sehr leichtfertig mit der Ehre seiner Mitmenschen um. Hierfür habe Foschepot nur die Entschuldigung, daß er es aus agitatorischen Gründen gesagt habe, ihm sei schon was anderes nachgesagt worden. Foschepot gab auch zu, daß der Verbandskassierer Horn 1905, als dieses Gerücht in Kamen herumging, in einer öffentlichen Versammlung die Sache richtiggestellt und erklärt habe, daß Mücke bis auf den letzten Pfennig mit der Hauptkasse abgerechnet hat. Foschepot gab auch zu, in dieser Versammlung gewesen zu sein, ohne daß er das Wort verlangt hat, um seine Meinung zu rechtfertigen. Foschepot gab ferner zu, im Jahre 1905 diese von ihm gemachte Behauptung, Mücke habe 4000 ℳ unterschlagen, in der „Kamener Zeitung" und in der „Bergarbeiter-Zeitung" mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen zu haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie er zu den Behauptungen komme, Mücke habe seine Familie in der größten Not zurückgelassen, so daß die Kinder der Armenpflege zur Last gefallen seien, erklärte Foschepot: „Die Familienverhältnisse des Mücke kenne ich gar nicht!" (Dabei hat Foschepot die Behauptung in einem öffentlichen Lokal gemacht, wo mehrere Dutzend Gäste anwesend waren.) Hierauf hielt ihm der Vorsitzende nochmals vor: Nach dem, was Sie heute als Beweis angetreten, und das, was Sie selber bekundet haben, sollte Sie doch veranlaßt haben, keine Berufung einzulegen. Die Ehre anderer scheint ihnen tatsächlich nichts zu sein. Feststellen wollen wir auch, daß selbst der Anwalt des Foschepot während der Verhandlung wiederholt auf seinen Klienten einredete, er möge sich doch zu einem Vergleich bereit erklären, oder die Berufung zurückziehen. Als dem Anwalt des Foschepot nach Schluß der Beweiserhebung das Wort erteilt wurde, zuckte er mit den Achseln, als wenn er dem ganzen Gerichtshof sagen wollte, eine unglücklichere Sache habe ich noch nie zu verteidigen gehabt. In solchen Sachen macht auch der tüchtigste Anwalt nichts, selbst wenn die Zentrumspartei, wie hier, mit ihrem ganzen Geldbeutel dahinter steht. Rechtsanwalt Frank als Vertreter des Mücke, begnügte sich mit einer kurzen Erklärung. Das Urteil lautete wie folgt: Die Berufung des Beklagten Foschepot wird verworfen. Der Vorderrichter hat mit Recht den § 187 des Strafgesetzbuches herangezogen und hätte der Vertreter des Klägers ebenfalls Berufung eingelegt, so wäre auf Grund des § 187 eine schärfere Bestrafung eingetreten. Das Urteil auf 30 Mark Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils im „Westfälischen Anzeiger" zu Hamm i. W. und der „Bergarbeiter-Zeitung" zu Bochum mußte deshalb aufrechterhalten werden. Ob die „Christen" jetzt das Verleumden einstellen? Und ob die Christenblätter von diesem Urteil auch Notiz nehmen?

„Christliche" Verlogenheit.

Die Verlogenheit der Anhänger Sitz M.-Gladbach ist längst pathologisch, so daß alles, was sie reden oder schreiben, gelogen ist, gelogen sein muß, weil sie nicht mehr anders können. In Rosseln fand am 21. April die erste öffentliche Bergarbeiterversammlung vom Verbande statt, die den „Christlichen" hart im Magen lag und als sie in der Versammlung nicht auf ihre Rechnung kommen konnten, suchten sie doch wenigstens in ihrer Presse das nachzuholen. Kamerad Leimpeters hat der „Saarpost", die denselben Bericht brachte, den auch der „Bergknappe" gebracht hat, folgende Berichtigung zugesandt:

„Berichtigung. Die „Saarpost" vom 2. Mai cr. findet es für geschmackvoll, den bereits von der „Forbacher Bürger-Zeitung" und dem „Bergknappen" gebrachten, aber total falschen Bericht von einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung in Klein-Rosseln am 21. April auch noch abzudrucken, gegen den ich auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung ersuche. Bemerken will ich vorher noch ausdrücklich, daß ich der „Saarpost"-Redaktion zu jeder Zeit eine Kritik meiner politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit im weitesten Umfang zugestehe und auch ohne Neid und ganz selbstverständlich zubillige, Versammlungsreden von mir nach bestem Können zu widerlegen, wenn sie dabei nur einigermaßen bei der Wahrheit bleiben wollte.

Es ist nicht wahr, daß „die Genossen" vorher in Rosseln eine Versammlung abgehalten haben, konnten folglich auch „nach langer Zeit" nicht wiederkehren.

Es ist nicht wahr, daß die Versammlung irgend einem parteipolitischen Zweck diente, noch gegen eine politische Partei gerichtet war, folglich brauchten wir nicht erst „eine Quittung für unser Geschäft."

Es ist nicht wahr, daß Collet nach Berg gesprochen hat, sondern erst nach mir, was allerdings ziemlich belanglos wäre.

Es ist nicht wahr, daß ich von „den 7 fetten Jahren" für die Bergleute, die es noch nicht gegeben hat, was ich ebenso gut weiß, als der Herr Berichterstatter, gesprochen habe, sondern ich führte aus, daß sich das Wirtschaftsleben in Schwankungen von Hochkonjunkturen und Krisen bewege, nach dem Traum des egyptischen Pharao von den 7 fetten und 7 mageren Kühen. In der Hochkonjunktur verdienten die Bergleute höhere Löhne, die ihnen während der Krisis genommen würden. Die Bergleute, die doch alle bibelfest seien, sollten der Deutung jenes Traumes gemäß in der Hochkonjunktur ihre Organisation stärken, damit sie, wie die englischen Kameraden, in der Krisis gegen Lohndruck gerüstet seien.

Es ist nicht wahr, daß ich gesagt hätte, „schon der christliche Ketteler", sondern ich führte aus: Die christlichen Gewerkschaften erstreben angeblich die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit den anderen Ständen, ohne jedoch die ökonomische Ungleichheit anzutasten. Eine Gleichberechtigung bei ökonomischer Ungleichheit, beim Fortbestand den Stände in gewaltigen sozialen Abständen ist einfach Unsinn. Eine Gleichberechtigung nach den Buchstaben des Gesetzes besteht heute schon. Wer die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes will, muß halt für Abschaffung der Stände, für ökonomische Gleichheit eintreten. Das wollen die Christlichen gar nicht. Schon Bischof v. Ketteler, auf den die Christlichen so große Stücke halten, führte in seiner bekannten Schrift: „Die Arbeiterfrage und das Christentum" aus:

„Christus hat gesagt: Ihr werdet immer Arme haben! So ist es, wir werden immer Arme und viele Arme bei uns behalten und der größte Teil des Menschengeschlechtes wird in Mühe und Arbeit sein Brot verdienen müssen."

Es ist nicht wahr, daß Collet auch nur einen Satz von Bischof Ketteler zitiert hat, wenigstens habe ich derartiges nicht gehört.

Es ist nicht wahr, daß Herr Jaunez — um den handelt es sich am Schluß des Berichtes — in jener Versamlung sagte: „Ich dulde keine Organisation in meinem Betrieb", sondern sagte, er wünschte, daß sich die Arbeiter seines Betriebes allein organisierten; er dulde nicht, daß Leute von außerhalb in seinem Betriebe mitredeten. Damit meinte er die Gewerkschaftssekretäre, wogegen ich mich entschieden ausgesprochen habe.

Es ist nicht wahr, daß ich mit Herrn Jaunez im Auto gefahren bin, sondern Herr Couturier-Forbach bot mir und meinem Genossen M. Schmidt einen Platz in seinem Wagen an, den wir annahmen. Christliche Gewerkschaftler, die doch für die Wahl nationalliberaler Scharfmacher eintraten, sollten sich doch nicht darüber entrüsten, wenn ich mal mit einem ihrer Parteifreunde zusammenkomme. Sie wollen doch keine Zentrumsgewerkschaftler sein, folglich ist Herr Couturier, wie Herr Jaunez, Herr Bolz und Herr Schubert, ihr Parteifreund und klingt eigenartig, daß christliche Arbeiter ohne Verrat an ihren Interessen diese Herren wählen dürfen, ja sogar gegen einen Sozialdemokraten wählen müssen, während ich alle Arbeiter verrate, wenn ich mit einem der Leute 10 Minuten zusammenkomme.

Saarbrücken, den 3. Mai 1910."

Ein Kabinettstück sozialdemokratischer Verleumdung

sollte unser Artikel sein, der eine ganze Anzahl Geistliche nannte, die Kanzel und Beichtstuhl gegen den Bergarbeiterverband mißbrauchten. Die Kölner „Zentral-Auskunftstelle der katholischen Presse" hat sich erkundigt und glaubt nun unsere Feststellungen als unwahr bezeichnen zu können, mindestens die Mehrzahl der Fälle, die wir genannt haben. Nun, wir haben Mann und Maus genannt. Und wir haben auch erst dann, als wir von glaubwürdiger Seite auf die geistlichen Manipulationen hingewiesen wurden, diese veröffentlicht. Wir werden unsere Gewährsleute selbstverständlich selbst reden lassen, da uns nach den vielen Erfahrungen nicht genügt, wenn in Zentrumskreisen lediglich nur die Behauptung aufgestellt wird, es sei nicht wahr. Wir kommen auf die Angelegenheit zurück. Für heute wollen wir feststellen, daß in jenem Winkel in Saarabien selbst der „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter" wie die christlichen Gewerkschaften überhaupt von Geistlichen im Beichtstuhl und von der Kanzel aus bekämpft worden sind, was besonders Giesberts und der „Bergknappe" lebhaft und mit Recht beklagten. Man kann also schon voraussehen, wie sich die Berichtigung der Kölner Presse-Zentrale ausmachen wird. Im Uebrigen haben wir selbst s. Z. den Kampf in Lothringen gegen uns von der Kanzel aus beginnen sehen.

Ein unduldsamer Pfarrer.

Am 23. März fand die Beerdigung des am 19. auf Mont Cenis I verunglückten Verbandskameraden Wysocki statt. Die Verbandskameraden von Mont Cenis I beteiligten sich in geschlossenem Zuge pflichtgemäß an derselben. Dem evangelischen Pfarrer von Sodingen, Herrn Kötter, schien die zahlreiche Beteiligung der Verbandsmitglieder absolut nicht zu behagen; zum Ausdruck kam dieses Mißbehagen schon in den letzten Ausführungen seiner Leichenrede, welche nebenbei bemerkt, alles andere eher, — als für die Hinterbliebenen eine Trostrede war. Seine Duldsamkeit bewies Herr Pfarrer Kötter erst reichlich, als der Vertrauensmann Kamerad Benthaus von Holthausen-Börnig nach Schluß der „Trostrede" am Grabe des verunglückten Kameraden einen Kranz mit einer Widmung niederlegte. Wie von einer Tarantel gestochen, drehte sich Herr K. um und verbot dem Kameraden Benthaus dieses und erkundigte sich gleichzeitig nach dessen Adresse; nachdem dem Herrn diesbezügliche Auskunft gegeben, war für die Teilnehmer der Beerdigung dieser peinliche Zwischenfall erledigt. Für den Herrn Pfarrer Kötter anscheinend nicht, denn wie uns aus ganz zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, ließ er den Kirchenvorstand zusammentreten und gab dort unter anderem die Erklärung ab: Wenn in Zukunft noch einmal der alte Verband mit einer Beerdigung geht, dann gehe ich nicht mit. Die Herren des Kirchenvorstandes haben sich aber in ihrer Mehrzahl von dieser Drohung nicht beeinflussen lassen, sondern waren der sehr vernünftigen Ansicht, daß dieses Vorgehen dem Verbande in keiner Weise Abbruch tun könne. Nur das Kirchenvorstandsmitglied, Kolonialwarenhändler V. von Sodingen, gab Herrn Pfarrer K. recht, mögen die Verbandsmitglieder aus diesem Vorgehen die notwendigen Nutzanwendungen ziehen.

Knappschaftsältester Schnellenbach

macht sich den Kameraden auf Hibernia manchmal recht unangenehm bemerkbar. Schnellenbach ist Wetterkontrolleur und als solcher schon ein Stück Beamter. Kürzlich hatten Kameraden mit ihm eine Auseinandersetzung über Wetterkontrolle und Sch. fragte: „Was soll ich machen, wenn mir die Lampe ausgeht?" worauf ihm ein Kamerad scherzend erwiederte: „Du trägst ja doch nichts ein!" Dieser Kamerad wurde dann durch folgenden Anschlag gekündigt: „Gesteinshauer D. B. wird gekündigt, weil er öffentlich behauptet hat, die Wettermänner dürften bei Vorfinden von Wettern nichts eintragen." Der Kamerad wurde also für seine sehr harmlose Bemerkung brotlos gemacht. Seit dieser Zeit ist Sch. noch bedeutend bei den Kameraden „gestiegen". Bemerken wollen wir nur noch, daß Sch. als Aeltester vom Gewerkverein aufgestellt und gewählt wurde, 1905 aber zur Arbeit ging, als seine übrigen Kameraden streikten. Unsere Kameraden werden jedoch bei den Wahlen im Herbst dafür sorgen, daß er die Last seines Aeltestenmandats nicht mehr allzu lange zu tragen braucht.

Kein Lokal in Westenfeld

steht unseren Kameraden zu Versammlungszwecken zur Verfügung. Vom 1. Oktober bis jetzt hielten sie ihre Versammlungen im kleinen Saale des Wirtes Wittkämper ab. Jetzt hat dieser Wirt einen Vertreter namens Bernhard Beckmann in sein Lokal gesetzt und dieser hat unsere Verbandskameraden an die Luft gesetzt. Wittkämper und Beckmann suchen alle Schuld auf die Polizei zu schieben, diese machte zu viele Schwierigkeiten. Leider können wir nicht untersuchen, wie weit dies zutrifft. Aber beschämend ist es für die zu ¾ freiorganisierte Arbeiterschaft von Westenfeld, daß man sie so zu behandeln wagt. Jedes Klimbimvereinchen, das sich aus einem halben Bäckerdutzend unreifer Burschen zusammensetzt, wird überall mit Freuden aufgenommen. Den „Christlichen" stehen trotz ihrer geringen Zahl überall die Lokale offen, nur die freiorganisierte Arbeiterschaft behandelt man wie Pestkranke, wie Unmündige. Das ist ein unwürdiger, empörender Zustand, der jedem freiorganisierten Arbeiter die Zornesröte ins Gesicht treiben muß. Die einzige Waffe, die den freiorganisierten Arbeitern zur Verfügung steht, um diesen empörenden Zustand zu brechen, ist ihre Solidarität. Das Klassen- und Solidaritätsgefühl muß jeden freiorganisierten Arbeiter davon abhalten, Lokale zu besuchen, die ihm zu Versammlungen nicht offen stehen. Jeder organisierte Arbeiter muß es sich zur Pflicht machen, das Lokal des Herrn Wittkämper resp. seines Vertreters Beckmann so lange zu meiden, bis die Herren anderen Sinnes geworden sind.

Karl Hermes

teilt uns berichtigend mit, daß er nicht aus dem Verband ausgeschlossen wurde, sondern freiwillig ausgetreten ist, auch habe er keine Mitglieder unseres Verbandes behelligt.

Provinz Sachsen.

Der Mansfelder „Bergbote"

setzt seinen Verleumdungsfeldzug gegen den Verband fort. Der neue reichstreue Verband soll hinauf- und der Verband totgeschwindelt werden. Dem „Bergboten" kümmert nicht, daß er sich schon die Finger genügend verbrannt hat im Kampfe gegen den Verband. Auch setzte es schon gerichtliche Bestrafungen für ihn ab. Doch wer kann aus seiner Haut heraus? In seiner letzten Nummer holt er sich einen gewissen Hohn aus Horstermark als Kronzeugen für weitere Angriffe gegen den Verband heran. Wir gönnen dem „Bergboten" diesen Menschen als Gewährsmann, der wegen unsauberen Manipulationen den Verband sich von draußen ansehen muß. „Sage mir mit wem Du umgehst und ich sage Dir wer Du bist!" Schwarze Listen sollen wir führen, die geringsten Angestellten sollen 220 Mark Monatsgehalt und 6,50 Mk. für einen Bericht erhalten. Wir haben in letzter Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung" gewisse Reichsverbandsschwindler gebührend gekennzeichnet, für diesmal ist dem „Bergboten" folgende Berichtigung zugegangen:

„An den verantwortlichen Redakteur des „Bergbote für die Grafschaft Mansfeld", Herrn E. Klöppel Eisleben.

In Nr. 18 des „Bergbote für die Grafschaft Mansfeld" vom 6. Mai d. J. befindet sich ein Artikel unter der Ueberschrift „Aus dem Bochumer Verbande", der einige Unrichtigkeiten enthält. Unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes fordern wir Sie daher auf, in der nächsten Nummer Ihres Blattes folgende Berichtigung des oben bezeichneten Artikels zu bringen.

1. Es ist unwahr, daß der Bochumer Verband eine „Schwarze Liste" über seine Mitglieder führt und darum ist auch unzutreffend, daß darauf sich befindliche Mitglieder bei nächster Gelegenheit aus der Organisation fliegen.
2. Es ist ferner unwahr, daß die Bezirksleiter unseres Verbandes ein Monatsgehalt von 220 Mk. beziehen. Wahr ist, daß unsere Bezirksleiter mit einem Anfangsgehalt von 140 Mk. pro Monat angestellt werden, dieses erreicht durch Steigerung nach achtjähriger Dienstzeit erst die Höhe von 191,66 Mk.
3. Es ist auch unwahr, daß die Bezirksleiter oder sonstigen Angestellten unseres Verbandes für Sonntags-Versammlungen 6,50 Mk. erhalten. Wahr ist, daß für ein an einem Sonntag zu haltendes Referat 4 Mk. und für ein weiteres Referat am selben Sonntag 2 Mk. gezahlt werden.

Da Sie sich auch lebhaft für die Gehälter unserer „höheren und höchsten Beamten" interessieren, so teilen wir Ihnen mit, daß dieselben mit einem monatlichen Anfangsgehalt von 160 Mk. angestellt werden, welches nach zehnjähriger Dienstzeit durch Steigerung die Höchstgrenze von 220 Mk. pro Monat erreicht.

Obgleich letztere Mitteilung keine Berichtigung im Sinne des Preßgesetzes ist, dürfen wir bei Ihnen doch wohl soviel Coulanz voraussetzen, daß Sie dieselbe Ihren Lesern nicht vorenthalten werden, damit sich dieselben kein falsches Urteil über unseren Verband bilden. Denn daß Sie Ihren Lesern absichtlich ein falsches Bild über unseren Verband und seine Leitung beibringen wollen, nehmen wir nicht an.

Hochachtungsvoll
Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Sitz Bochum
Der Vorstand J. A.: Rob. Witt.

Wir werden dem „Bergboten" ebenso höflich wie entschieden zu begegnen wissen. Und will er sich nicht berichtigen, dann kann er seine Verleumdungen fortsetzen, aber nicht straflos, das wollen wir ihm schon beweisen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Wahlsiege des Bergarbeiterverbandes in Niederschlesien.

Bei der am 24. April in Nieder-Hermsdorf stattgefundenen Knappschaftsältesten-Ersatzwahl wurden die zwei Verbandskandidaten, trotzdem sich ein paar reichstreue Schäfchen bemühten, fast einstimmig gewählt. Von den für den Knappschaftsältesten abgegebenen 219 gültigen Stimmen erhielt der Kandidat des Bergarbeiterverbandes 216, Maschinenwärter Großpietsch 2 und Hauer Oesler 1 Stimme. Für den Ersatzmann wurden ebenfalls 219 gültige Stimmen abgegeben, davon erhielt der Verbandskandidat 215, Maschinenwärter Großpietsch 1 und ein Hauer Weiß 3 Stimmen.

Sehr zu bemängeln war bei dieser Wahl die lückenhafte Beschaffenheit der Wählerliste. Nicht weniger als 35 Wähler mußten, weil sie nicht in der Wählerlijte zu finden waren, zurückgewiesen werden. Die meisten der davon betroffenen sind in der dritten und sechsten Abteilung der Schwesternschächte beschäftigt. Zu wünschen wäre, daß in Zukunft bei ähnlichen Anlässen die Aufstellung der Wählerliste mit mehr Genauigkeit vorgenommen würde.

Seit dem Inkrafttreten des jetzigen Statuts (1. Januar 1908) haben bis jetzt drei Ersatzwahlen im Revier stattgefunden. Trotzdem besonders in einem Sprengel (Dittersbach) die Situation für den Verband nicht günstig war, so sind doch in allen drei Sprengeln nur Kandidaten des Bergarbeiterverbandes gewählt worden. Wenn von reichstreuer und christlicher Seite das neue Statut bis über den grünen Klee gelobt wurde, so beweisen die getätigten Wahlen am besten, wie die hiesigen Bergarbeiter über das neue Statut denken und wie sie durch ihre Haltung bei diesen Wahlen gerade dem Bergarbeiterverband, welcher immer diese Mißgeburt beim rechten Namen genannt hat, recht geben. Wenn diese Wahlen den Gradmesser des Unwillens über die ungeheuren Verschlechterungen des Knappschaftsstatuts darstellen, so beweisen sie aber auch andererseits, daß der Bergarbeiterverband bei den im kommenden Herbst im ganzen Revier stattfindenden allgemeinen Knappschaftswahlen absolut keine Ursache hat, ängstlich zu sein. Im Gegenteil. Die gesunde Vernunft wird auch, wie immer in diesem Falle, siegen. Hauptsache aber dabei ist, daß schon jetzt durch eifrige unermüdliche Agitation für den Bergarbeiterverband der Boden geschaffen wird, auf dem siegreiche Wahlschlachten geschlagen werden können. Das Ziel jedes ehrlichen Bergarbeiters muß es sein, daß kommenden Herbst die Knappschaftskasse von den reichstreuen, christlichen und sonstigen Unternehmerzöglingen gesäubert wird. Erst dann, wenn dieses geschehen, kann eine Besserung im Knappschaftswesen erhofft werden.

Wie sehr die bisherigen Erfolge des Bergarbeiterverbandes den Kapitalsknechten auf die Nieren gefallen sind, beweist ein Schreiben welches dem neugewählten Verbandsältesten in Dittersbach von einem Mitgliede der katholischen Fachabteilung (um eine andere Person kann es sich hier nicht handeln) zugegangen ist. Um den Kameraden ein Bild von der Geistesverfassung dieses „christlichen" Schmierfritzen zu geben, bringen wir das Geschreibsel hier wortgetreu zum Abdruck. Der Sermon hat folgenden Wortlaut:

„Geehrter Knappschaftsältester!

Besten Dank für den Unterricht im Flugblatte. Du wirst wohl jetzt die Lage bessern. Hoffentlich wirst Du die Sache bis nächsten Monat geändert haben. Da wird man erst goldene Zeit erleben. Wenn nur nicht wieder zu viel Lügen wären. Daß Ihr eine ganz verlogene Bande seid, das zeigt der vor etlichen Jahren in Gottesberg der Streik. Da habt ihr Rothen die Streikenden so viel unterstützt, daß diese heute noch in Schulden sitzen, in welche sie durch Eure Hetzerei geraten sind. Wenn ihr rote Bande wirklich zu unserm Wohle sein wollt, warum geht ihr den Geschäftsleuten nicht auf den Pelz? Wenn man 10 oder 20 Pf. erobert, schlagen Diese um 40—50 Pf. mit der Ware auf. Diese laßt Ihr aber gaunern und betrügen, weil von eurer Bande selbst Geschäftsleute sind. Warum schreitet

ihr nicht bei den Hausbesitzern ein, welche die Mieten fortwährend noch erhöhen, wo Diese ohndies schon aufs Höchste gespannt sind? Hierbei will ich mich nicht länger aufhalten, nur will ich Euch den Dank abstatten, welchen ich noch schuldig bin. Zunächst fühle ich mich zu großem Dank verpflichtet, und zwar vom Dezember vorigen Jahres als Dr. Fleischer aus Berlin zum Vortrage in der Gorkauer Bierhalle geladen war. Es war wirklich amüsant, als die Roten, welche doch gereifte Männer sein wollen, grade wie dumme Jungen dort im Hofe aufgepflanzt standen, und sich in der Tat als dumme Jungen betrugen. Denn solches Betragen ist blos von dummen Rotzjungen zu erwarten. Diese haben es abgesehen, daß wir uns vielleicht mit der Sippschaft zanken werden. Wer wird sich aber mit Solchen herumzanken, welche noch weit unter den dummen Rotzjungen stehen. Wie ihr euch ausgelassen habt, wie es Dr. Fleischer wagen kann, hierher zu kommen, so frage ich; was hat denn der Schweinhund Sachse hier zu tun?

Nun muß ich mich noch für die Lügen bedanken, welche die Volkswacht ausgestreut hat, und zwar nach dem Breslauer Katholikentage. Wäre ich nicht selbst dort gewesen, so könnte ich es nicht beweisen, daß ihr Roten eine gemeine verlogne Bande seid. So kann ich es aber beweisen, weil ich selbst alles gehört habe. Was die Volkswacht sagen will über die Kleidung, so hat man Rote auch gesehen, welche noch schlimmer in der Kleidung ausgesehen haben, als die Vagabunden. Was das Hoch auf den Kardinal anbelangte, da hat uns kein Geistlicher aufgefordert, nur ein Schutzmann machte uns aufmerksam, hat aber auch nicht komandirt, wie die Volkswacht schwindelte, daß es Geistliche getan hätten.

Das Flugblatt Anonym gekommen. Anonym kommt das Schreiben zu dir.

Willst du mehr wissen, darfst du es nur verlangen."

Aus diesem Geschreibsel kommt so recht die Wut der von christlicher Nächstenliebe überfließenden katholischen Fachabteiler über unsere Siege zum Ausdruck. Schade, daß wir nicht mehr im Mittelalter leben, der Scheiterhaufen würde für die bösen Verbändler schon lange aufgerichtet sein. Im übrigen brauchen wir kein Wort auf dieses Geistesprodukt zu erwidern, spricht es doch für sich selbst.

Süddeutschland und Reichslande.

Maßregelungen auf Schacht Merlenbach.

Dem Herrn Betriebsführer Schmidt, ein sonst sehr sensibler Herr, den jede öffentliche Kritik wurmt und sie als eine Art Racheakt gegen sich auffaßt, scheint der verhältnismäßig lange Friede zwischen Belegschaft und Verwaltung zu lange zu dauern und so sucht er durch die Maßregelung bekannter Verbandskameraden die Belegschaft zu provozieren. Die Organisation nochmals zu vernichten, daran dürfte Herr Schmidt, ein gar „frommer" Mann, nicht mehr denken, umsoweniger, als er selbst sogar den Wert derselben anerkennen mußte, folglich liegt seinem Verhalten ein anderes Motiv zugrunde: Aufpeitschung der Belegschaft. Vor mehreren Wochen wurde unser Vertrauensmann von Farschweiler mit Auszahlung von sechs Schichten plötzlich entlassen und wenig später auch derjenige von Nieder-Homburg ebenfalls mit Auszahlung von sechs Schichten. In beiden Fällen handelte es sich also um Kontraktbruch seitens der Grube, um Maßregelungen, deren Ursachen außerhalb der Betriebsverhältnisse lagen und, wie die Entlassenen annehmen, auf Wunsch und Veranlassung der Geistlichen erfolgen.

Herr Schmidt ist ein sehr „frommer" Mann, der allsonntäglich zur Kirche geht, was ihm sicherlich kein Mensch verargt, aber der Einfluß, den die Geistlichen auf ihn nach Meinung der Kameraden gewonnen haben, dient weder ihm noch den Aktionären zum Nutzen. Er hat am letzten 15. wiederum von N. Homburg zwei Kameraden gekündigt und ebenfalls nach Meinung der Gekündigten, auf direkte Veranlassung des Geistlichen, mit dem sich die Kameraden überworfen haben. Früher war es auf den de Wendel-Schächten üblich, daß die Geistlichen über die Ablegung und Anlegung entschieden, daß selbst die Beamten Leute nicht halten konnten, deren Ablegung irgend ein Geistlicher befahl. Noch vor 4—6 Jahren konnte der Pfarrer Folschweiler zu Morsbach einem Verbandskameraden sagen: „Ihre zahlreiche Familie, ihre sechs Kinder dauern mich, sonst würde ein Brief an die Direktion genügen und sie müßten Morsbach verlassen." Damals flüchtete der Kamerad vor der Rache des Pfarrers nach — Merlenbach, während es heute umgekehrt ist und die Bergleute von Saar- und Mosel, deren Direktor sogar — Freidenker ist, nach den de Wendel-Schächten flüchten müssen, um der Rache des Herrn Pfarrers zu entgehen. Außer den N. Homburger wurde noch der Vertrauensmann von Forbach gekündigt und zwar auf Grund einer ordinären Denunziation! Zwei Leute, die einige Tage gebummelt hatten, gaben an, der Vertrauensmann habe sie derart belästigt, dem Verbande beizutreten, daß sie sich gefürchtet hätten, nach der Arbeit zu gehen!

In Wirklichkeit sind die Leute aus dem Verbande ausgeschlossen und zwar auf Antrag des Gekündigten! Es ist deshalb schon undenkbar, daß unser Vertrauensmann die Leute durch Drohungen für den Verband zu gewinnen gesucht habe. Aber der Herr Betriebsführer Schmidt scheint sehr leichtgläubig zu sein, er wirft auf bloße Angaben hin seine besten Leute einfach hinaus, schickt dann Agenten ins Ausland, die unter erheblichen Kosten Leute anwerben, die in ihrem Leben noch keinen Bergwerksbetrieb gesehen haben und die ebenfalls wieder recht schnell ausreißen und davon laufen. Mit seiner Maßregelungspraxis schafft er nur Erbitterung und erreicht das gerade Gegenteil von dem, was er will.

Bezirksfest des Verbandes in Saarbrücken.

Zu unserem Bezirksfest, welches während der Pfingstfeiertage in Saarbrücken stattfindet, machen wir den Lothringer Kameraden folgenden Vorschlag: Die Kameraden aller Zahlstellen wollen es so einrichten, daß sie mit dem Zug 11,21 Uhr ab Metz fahren, welcher 1,04 Uhr in Stieringen ist, wo alle aussteigen und von dort ab einen gemeinschaftlichen Spaziergang über die Spichernhöhen, durch das Ehrental nach dem Deutsch-Mühlen-Weiher machen, von wo aus sie mit Musik abgeholt und im geschlossenen Zuge nach dem Festlokal geführt werden. Es war die Absicht der Kameraden mehrerer Zahlstellen, auf ihre Kosten Musik zu bestellen, um den Einzug in Saarbrücken mit Musik zu begehen. Das würde unnötige Kostenverschwendung sein, da die Musik unterwegs nicht viel ausgenutzt werden könnte und in Saarbrücken überflüssig wäre. Wir haben deshalb um Genehmigung eines Umzuges von Deutsch-Mühlen-Weiher bei der Saarbrücker Polizei nachgesucht und hoffen diese Genehmigung zu erhalten. Die Festteilnehmer haben sich so einzurichten, daß sie bis 3 Uhr, spätestens 3¼ am Deutsch-Mühlen-Weiher angelangt sind, da von hier punkt 3½ Uhr der Abmarsch nach dem Festlokal „Tivoli" erfolgt. Alle Kameraden mögen, bevor sie nach Hause fortgehen, erst noch kräftig zu Mittag essen, unterwegs wenig trinken, damit nicht unnötig Geld ausgegeben wird und die Kameraden nüchtern bleiben, damit alle Freude und Genuß an diesem ersten gemeinschaftlichen Fest haben. Da die Kameraden aus dem engeren Saarabien und der Pfalz nicht gemeinschaftlich, sondern zerstreut kommen, mögen diejenigen, die früh genug ankommen und ebenfalls nach Deutsch-Mühlen-Weiher gehen und den Festzug durch Alt-Saarabien mitmachen. Zum guten Gelingen ein frohes Glück auf!

Der Beichtstuhl gegen den Verband.

Nicht nur der Pfarrer Höhn von Pfarrebersweiler hat zur Bekämpfung und Unterdrückung des Verbandes während der Osterbeichte Verbandsmitgliedern die Absolution verweigert, sondern auch der Pfarrer Becker von Gebenhausen. Dieser Herr, der vor einiger Zeit dadurch zur Berühmtheit gelangte, daß er im Religionsunterricht den Kindern den Katechismus mit einem Gummischlauch einbläute, will in der Bekämpfung des Verbandes nicht zurückstehen und so haben wir denn die ganze große Schar des Klerus, diese vom Staate besoldete Zentrumsparteisekretäre gegen uns, und da ihnen selbst Kanzel und Beichtstuhl noch nicht genügen, tragen sie den Bergarbeiterverband sogar in die Schulen und „klären" die Kinder im Religionsunterricht über den schlechten Verband auf, halten sie an, zu Gott zu beten, damit er ihrem Vater Gnade und Erleichterung geben und dieser aus dem Verbande austreten solle. Und die Partei dieser Geistlichen stellt im Reichstag — Toleranzanträge!

Eine Versammlung im Reiche de Wendel.

Was wir noch vor kurzer Zeit für unmöglich hielten, im Reiche der Firma de Wendel eine öffentliche Bergarbeiterversammlung abhalten zu können, ist nun zur Tatsache geworden und wir hoffen, daß der ersten noch andere folgen werden. Klein-Rosseln, das größte lothringische Bergmannsdorf — im Revier Saargemünd — das mit dem preußischen Groß-Rosseln ein zusamenhängendes Ganzes bildet, ist der Sitz der Direktion der Firma de Wendel und gehört zum größten Teil auch als Eigentum. Tausende Bergarbeiter wohnen in de Wendel'schen Häusern teils in der Kolonie, teils im Ort, während die anderen ebenfalls ganz von der Firma abhängig sind. Die Bürgermeisterei und andere Gemeinde-Bureaus sind in den de Wendel'schen Häusern untergebracht und der Bürgermeister im Hauptamt ein de Wendel'scher Beamter! Sämtliche Wirte und Geschäftsleute sind ebenfalls von der Firma abhängig, die meisten bewohnen sogar wiederum de Wendel'sche Häuser, so daß diese Firma hier geradezu allmächtig ist und es bisher von den „unabhängigen" Wirten keiner gewagt hat, eine Versammlung tagen zu lassen, gegen welche die Beamten der Firma Einspruch erhoben. Dazu kommt noch, daß die ganze Gemeinde ausschließlich katholisch ist und die katholische Geistlichkeit bei der Firma de Wendel stets in außerordentlich hohem Ansehen standen und einen unglaublichen Einfluß ausübten. Ein Brief oder das Wort eines Geistlichen genügten früher, einen Bergmann außer Brot zu bringen oder einen anderen anzulegen und darin ging ihr Einfluß so weit, daß weder Betriebsführer noch Direktor einen Bergmann schützen oder halten konnten, wenn ein Pfarrer seine Ablegung forderte! Noch vor wenigen Jahren konnte der Pfarrer Folschweiler von Morsbach einem Verbandskamerad drohend sagen: **„Würde ich nicht Mitleid mit ihrer zahlreichen Familie haben, würden mich Ihre acht Kinder nicht dauern, so würde ich einen Brief an die Direktion schreiben und Sie würden abgelegt werden. Aber nehmen Sie sich in acht und lassen sie das Agitieren sein, sonst werde ich keine Rücksicht mehr gebrauchen!"** Der Kamerad ist damals nach Saar- und Mosel geflüchtet, wo damals die Pfarrer noch nichts in den Grubenbetrieb hineinzureden hatten, die Pfarrer noch nicht bestimmten, wer an- oder abgelegt werden sollte. Heute haben sich in dieser Beziehung die Verhältnisse geändert; auf Saar- und Mosel, Schacht Merlenbach, gibt es Bergleute, die der Meinung sind, dort erfolgten Kündigungen und Entlassungen auf Anweisung der Geistlichkeit. Es waren bisher immer die Firma de Wendel, die Geistlichkeit und die Behörden, die sich gegen unsere Bewegung stemmten und uns jede Versammlung unmöglich machten. Selbst bei Streits blieben den Kumpels die Säle verschlossen, was in keinem anderen Revier möglich war. Seit einigen Jahren hat nun „Sitz München-Gladbach" als Anhang der Zentrumspartei die Versammlungsmöglichkeit erlangt, jedoch nicht vermocht, eine nennenswerte Zahl von Mitgliedern zu gewinnen und trotzdem Herr Collet fortwährend die rote Gefahr an die Wand malte, die Beamten anflehte, doch für „Sitz München-Gladbach" wirken zu wollen, ehe es zu spät sei, ging es nicht vorwärts. Aber dennoch waren sie „stark" genug, uns vorigen Herbst, als ein Lokal zugesagt wurde, dasselbe abzutreiben. Dem Wirt mag nun selbst sein damaliges Verhalten nicht gefallen haben, er versprach uns nochmals sein Lokal für den 21. April und hielt Wort. Die Versammlung war sehr gut besucht, jedoch waren über zwanzig Beamte der Grube erschienen, die sich sehr anständig verhielten, mit keinem Zwischenruf die Redner störten und auch nicht die Absicht zeigten, die Versammlung zu sprengen. Sie zeigten sich in einem ganz anderen Licht, als sie der „Bergknappe" immer darzustellen beliebt, aber dennoch machte ihre Anwesenheit auf die anwesenden Bergleute einen verstimmenden, niederdrückenden Eindruck. Zunächst sprach Kamerad Berg über die wirtschaftliche Lage im Bergbau und die Feierschichten im Saarrevier und Rosseln, worauf Leimpeters dann die Organisationsfrage unter spannender Aufmerksamkeit der ganzen Versammlung behandelte. In der Diskussion sprach dann des Langen und Breiten das Wunderkind Collet von „Sitz München-Gladbach". Zunächst teilte er mit, daß **man von allen Seiten auf ihn eingestürmt habe, doch zu verhindern, daß die rote Versammlung stattfinde. Er habe das Ansinnen von allen Seiten abgelehnt und gesagt: „Solange es in Rosseln immer noch so einflußreiche Leute gibt, die, wie heute, dem Gewerkverein „christlicher" Bergarbeiter entgegenarbeiteten, wollte er nicht mehr verhindern, daß Herr Leimpeters seine Weisheit in Rosseln verzapfen könne. Jene Herren möchten dann sehen, ob sie mit den „Roten" besser fahren, als mit „christlich organisierten" Bergleuten."** Die Ausführungen unserer Redner berührten Herrn Collet gar nicht, da er sein „Material" nicht mitgebracht hatte, dafür erzählte er wiederum, wie die „Christlichen" in Rosseln verfolgt würden und warnte vor den „roten Brüdern". Leimpeters habe ja schön und versöhnend gesprochen, womit jeder Mensch einverstanden wäre, wenn die „Roten" auch so handelten. Wie die Roten in Wirklichkeit seien, das bewiesen die Klosterplünderungen in Frankreich und die Aufstände in Barzelona, wo die Roten auf den Mönchen und Nonnen herumgeritten seien! Und solcher Schauergeschichten mehr, über die selbst diese beschränkten Versammlungszuhörer laut lachen mußten. Die Beamten schüttelten sich förmlich vor Lachen über die Collet'sche Weisheit. Nach ihm sprach noch ein Herr Herbert, dem man am Gesicht schon seine Parteizugehörigkeit absehen konnte. Er redete aus dem „Stegreifen" und verteidigte das „alleinseligmachende" Zentrum bei seiner Zoll- und Steuerraubpolitik. Wenn es nur einen Bergarbeiterstand gäbe, habe Leimpeters Recht, aber da es auch noch andere Stände gäbe, z. B. die Landwirte, die sich vor Jahren in einer Not befunden hätten, daß sie den Bergmann um seine Lage beneidet und gerne mit ihm getauscht hätten, habe das Zentrum als „christliche" Partei durchaus christlich gehandelt. Im Schlußwort ging Leimpeters scharf mit den beiden ins Gericht, wies Collet nach, daß er die Unwahrheit geschrieben habe, oder er sei ein Spitzel. Es sei gar nicht anzunehmen, daß die Vertrauensmänner „Sitz M.-Gladbach" wegen ihrer stillen Tätigkeit für die Organisation an den Sandberg verlegt würden, während Herr Collet öffentlich auftrete, im ganzen Gau Versammlungen abhalte, den Beamten die schwersten Vorwürfe mache, so u. a. daß sie das große Unglück 1907 verschuldet hätten, aber trotzdem nicht an den Sandberg flögen! Daß lasse sehr tief blicken. Durch diese Ausführungen fühlten sich die zwei schwarzen Bären gekratzt und so kam der Zentrumsanstand zum Vorschein. Sie unterbrachen den Redner in einem fort, störten die Versammlung derart, daß die Beamten aufstanden und fortgingen, was für die Bergleute als das Zeichen galt, ebenfalls zu gehen. Wenn somit der Schluß nicht so ausfiel, wie wir es wünschten und gehofft hatten, so sind wir dennoch mit dem Verlauf der ersten Versammlung sehr zufrieden.

Aus dem oberbayerischen Bergwerksrevier. Wie die Herren, so die Diener. Das trifft mit wenigen Ausnahmen auf die untergeordneten Beamten der Grube Hausham zu. Die meisten sind richtige Radfahrer und doch nie sicher vor einem Tritt von oben. Viele bekommen schon beim Anblick eines unserer Gewaltigen Herzklopfen. Dennoch, das Bestrafen oft nur vermeintlicher Sünder ist ihr Sport. Bei dem geringsten Vergehen gibt es 2 Mk. Strafe. Gar nicht so selten gibt es Strafen von 3 und 4 Mk. „wegen Uebertretung der Arbeitsordnung nach § so und so". Und doch sind viele von den Herren schlechte Kenner der Arbeitsordnung, denn sonst würden sie nach § 27 Abs. 2 Leute, über die sie eine Strafe verhängen, auch davon verständigen. Schon wegen dem Einspruchsrecht, das nach drei Tagen verfällt. Mancher Kamerad erfährt seine Bestrafung erst durch dritte oder gar erst durch das Lohnbuch. Die Herren sind doch sonst auch sehr mutig. Also nur keine Angst! Auch die Ziffer d im § 25 scheinen viele von den Beamten nicht zu kennen. Obwohl man sich meldet, aus irgend einem Grunde nicht einfahren zu können, wird man doch bestraft. Der Herr Direktor mag für diese Leute eine Instruktionsstunde einlegen, denn vom Arbeiter wird auch strikte Einhaltung der Vorschriften verlangt. Mit den Strafen wird überhaupt großer Unfug getrieben. So wurden vor kurzem 21 Mann bestraft, weil sie bei Verlesung ihrer Kontrollmarken-Nummer bei der Mannschaftsfördeung noch nicht anwesend waren. Ein neugebackener Fahrhauer war es, der den Haushamern dieses Kunststück zum ersten Male vorführte. Dieser Jünger Strakas trägt die Nase so hoch, daß er die Kontroll-Nummer nicht zweimal verlesen will. Besseren und gescheiteren Leuten wie er ist, hat das nichts geschadet. Straka soll gesagt haben: „Wer nochmals zu spät kommt, muß klettern!" Der Herr hat es eben noch nicht probiert was es heißt, acht Stunden schinden und dann fast 300 Meter in einem senkrechten Schacht zu klettern. Auch der Kreuzelschreiber leistet im Beschimpfen fleißiger Arbeiter Hervorragendes. Wird er dann wegen seiner ungerechten Vorwürfe zu einem Höheren zitiert, so verlegt sich der Held aufs Leugnen und weiß von nichts. Auch über den Steiger Barthel wird geklagt. Man sagt, daß er Sonntags schon um 6 Uhr abends zu Bette geht, um am Montag der erste am Schacht zu sein. Und dann dauert es ihm viel zu lange, bis die Mannschaftsförderung beginnt. Obwohl ihn dies gar nichts angeht, läßt er 5—10 Minuten vor der festgesetzten Zeit damit beginnen. Durch solche Manipulationen kommen dann selbstverständlich bis zu 20 und mehr Mann zu spät. Herr Barthel zeigt dann sein bekanntes schadenfrohes Lächeln, wenn er die Leute bestrafen oder nach Hause schicken kann. Diese Ruhmestat reiht sich würdig seiner Schwitzkurforschung an. Ein Meister im Gedingeregeln scheint ein sehr christlicher Obersteiger zu sein. Wie behauptet wird, kommt er zwei- und dreimal im Monat, das Gedinge herunter zu „regeln". Da ist es dann ganz natürlich, wenn es am Zahltage noch weniger gibt, wie am Vorschußtage, und Schmalhans ist dann Küchenmeister. Schickt der Herr aber seine Bettelvögte umher, für ein Gebäude in der Nachbarschaft zu sammeln, so sollen die Leute mit vollen Händen geben. Um mehr herauszuschinden, werden die geschenkten Beträge sparsameren Leuten wieder vor die Nase gerieben. Wären alle Leute so knickerig wie der Obersteiger beim Gedingemachen, es stünde schlimm um die Sache, für die stets der Klingelbeutel geschwungen wird. Auch Herrn Ingenieur Becker müssen wir wieder nennen. Wie schlecht müssen die Gedinge sein, die er und Steiger Maher fabriziert, wenn die Arbeiter diese trotz der Drohung mit dem letzten Posten nicht annehmen wollen und lieber über Tage arbeiten bei 3,80 Mk. Schichtlohn und 10stündiger Arbeitszeit. Wer arbeitet, verdient, heißt es gewöhnlich. Herr Becker will Leuten das Arbeiten lernen, die schon im Bergbau tätig waren, als er noch in den Windeln lag. Dabei kann das Herrchen kaum ein Eisen richtig in die Hand nehmen. Zum Scharfmacherspielen ist eben jeder groß und alt genug. Und solch eine miserable Behandlung wird Arbeitern zuteil, die auch im vergangenen Jahre wieder eine bedeutende Mehrleistung erzielten für etliche Pfennige Mehrlohn. Jeder Schweißtropfen der schwer schuftenden Bergarbeiter wird zum Goldkörnchen für die Werksbesitzer und ihre Vollzugsorgane. Darum wohl kann man Herrn Straka nicht genug schwitzen!

Lohnbewegungen und Streiks.

Zur Lohnbewegung auf Kaliwerk Teutonia.

Wie schon in der letzten Nummer unserer Zeitung mitgeteilt ist, hat die Grubenverwaltung der Gewerkschaft Teutonia zu Wustrow ihrer Belegschaft, namentlich den Förderleuten pro Wagen zwei Pfennig abgezogen, welches einen täglichen Lohnausfall von 45—50 Pfg. ausmacht. Daß bei einem Lohn von 5 Mk. pro Schicht dieser Abzug ungerechtfertigt ist, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung, zumal als Förderleute meist alte Hauer in Frage kommen. Wie es scheint, hat die Verwaltung obiger Anlage ihrer Belegschaft alles zu bieten gewagt, was die meisten andern Beamten in der Kaliindustrie weit von sich gewiesen hätten. Es ist dieser Lohnabzug bereits der dritte, den die Verwaltung machte, obwohl Hunger und Elend den dortigen Knappen auf der Stirn geschrieben steht. Das alles hat die Belegschaft ertragen. Wie willkürlich vorgegangen wird, ersieht man am besten daraus, daß die Familienväter gezwungen werden, die erbaute Kolonie zu beziehen. Mit Angst und Schrecken muß sich der Verfolgte gegen seinen Willen, der Diktatur seiner Vorgesetzten fügen, ganz gleich, ob dieser eine billigere oder bessere Wohnung erhalten kann. Zirka 200 Mk. Miete, dazu vollständig nasse Wohnung bürdet man dem Bergmann auf, ohne sich ein Gewissen daraus zu machen, welche Folgen dem Verfolgten daraus entstehen.

Der Lohnabzug wird damit gerechtfertigt, indem man sagt, es solle mehr gefördert werden, um den Lohnausfall wieder auszugleichen. Dieses Begehren ist brutal, da die Belegschaft hierzu gar nicht imstande ist. Es bedarf aller Körperkräfte, 28 Wagen zu fördern. Gewiß hat bei einer sogenannten Probefahrt ein Mann 28 Wagen gefördert, dieser Mann ist am Schlusse der Schicht kraftlos zusammengebrochen, aber auch als sicher ist es anzunehmen, daß diese unmenschliche Leistung nicht erzielt wäre, wenn man diesem Mann keinen Posten als Hausmeister garantiert hätte. So wird es gemacht, um der Oeffentlichkeit gegenüber den Lohnabzug mit der Faulheit der Belegschaft zu rechtfertigen. Dieses wird der Verwaltung, sofern es die Belegschaft will, nicht gelingen. Die Folge des Lohnabzugs waren Belegschaftversammlungen, in welchen eine Kommission gewählt wurde, um vorstellig bei der Verwaltung zu werden. Die Kommission wurde aber schroff abgewiesen mit den Worten: Es bleibt beim alten! Der schon bestehende Hunger sollte also verschärft werden. Entrüstet über dieses Vorgehen, reichten am 2. Mai die in Frage kommenden Belegschaftsmitglieder die Kündigung ein.

Von der Fabrik wurde vorläufig Abstand genommen, sie soll aber in den Kampf eingezogen werden, sobald sich uns Schwierigkeiten entgegenstellen. Wie es heißt, soll die Direktion es versuchen, schon jetzt Leute aus Aschersleben in Sollstedt sowie aus Thüringen anzuwerben. Dieses wird nicht gelingen, wenn die Belegschaft die Augen offen hält und fest steht. Lenkt die Verwaltung nicht noch im letzten Augenblicke ein, wird der Kampf unvermeidlich sein und wird die Verwaltung über die Einigkeit und Entschlossenheit ihrer Belegschaft ihr blaues Wunder erleben.

* * *

Die Kalibergleute werden gebeten, Teutonia zu meiden.

Bergarbeiterstreik in Belgien.

Seit mehreren Wochen streiken wegen verweigerter Lohnerhöhung in Branqueguils (Becken von Charleroi) 2000 Bergarbeiter. Größere Bedeutung hat der Streik im Becken von Mons, wo seit Anfang Mai 14 000 Bergarbeiter im Kampf stehen. Delegierte des Verbandes der Bergarbeitersyndikate traten Ende vergangener Woche zusammen und beschlossen den Generalausstand (?) für Montag den 9 Mai. Die Delegierten vertraten aber nur 20 000 Bergarbeiter, sodaß die Meldung von einem Generalausstand mit aller Vorsicht aufzunehmen ist. Bedauerlich ist, daß die Leiter der Bergarbeiterorganisationen Belgiens nicht daran denken, über Beginn und bisherigen Verlauf des Streiks uns auf dem Laufenden zu halten.

Ein schweres Grubenunglück.

In Birmingham im amerikanischen Staate Alabama ist die ganze Belegschaft der Palos-Mine, 185 an der Zahl, durch eine Explosion ums Leben gekommen.

Die Nachmittagsschicht der Palosgrube, die der Palos Coal and Coke Company gehört, war soeben eingefahren, als gegen 1 Uhr ein furchtbares Getöse zu vernehmen war. Eine erdbebenartige Erschütterung der ganzen Umgebung war zu spüren, die so stark war, daß ein 50 Meter von dem Schachteingang befindlicher Mann auf der Stelle getötet wurde. Eine ungeheure Explosion hatte stattgefunden, Flammen schlugen aus dem Schacht. Trotzdem ging man sofort an die Rettungsarbeiten. Bis 3 Uhr wurden drei Leichen geborgen. Dann mußten die Arbeiten eingestellt werden, da dauernd giftige Schwaden aus dem Schachte hervorquollen.

Amerika steht mit seinen Massenkatastrophen noch über Deutschland. In den letzten Jahren verunglückten in Amerika tötlich durchschnittlich 2—3000 Menschen. Die Grubenkapitalisten sind die reichsten der Welt.

Literarische Eingänge.

Wittich, Die Kunst der Rede. Dritte ergänzte Auflage. 112 Seiten. Preis broschiert ℳ 1, gebunden ℳ 1,50. Verlag von Richard Lipinski, Leizig.

Das inhaltreiche und belehrende Werk erfreut sich, wie seine Auflage beweist, allgemeiner Beliebtheit. Es ist vom Verleger an Stelle des verstorbenen Verfassers neu bearbeitet und ergänzt worden. Allgemein begrüßt dürfte werden, daß im Anhang die Geschäftsordnung des Reichstages in ihrem wesentlichen Teile abgedruckt worden ist, die vorbildlich für andere Versammlungen geworden ist. Allen, die reden oder Redner werden wollen, ist das Buch zu empfehlen.

Eine Schrift über den Hallchschen Kometen erscheint in einigen Tagen im Dresdener Parteiverlag von Kaden & Comp. Sie enthält Astronomisches und Kulturgeschichtliches zur Kometenangelegenheit, bringt 30 Bilder bei und ist von Fritz Düvell und Dr. Franz Diedrich in Dresden gemeinsam verfaßt. Die Schrift ist etwa 120 Seiten stark und kostet ℳ 1.

Soeben erschien: **Aus Mansfelds Ehrentagen,** Bilder aus dem Streik der Mansfelder Bergleute um ihr Recht. Von .... Verlag von Ad. Thiele, Halle. 96 Seiten stark. Preis 50 ₰. Gegen Einsendung von 60 ₰ in Briefmarken freie Zusendung. Partie-Exemplare etwas billiger.

Karl Fischer, Soldaten sein schön! Bilder aus Kaserne und Lazarett. Leipzig 1910. Leipziger Buchdruckerei A.-G. Broschiert ℳ 1, gebunden ℳ 1,50.

Abrechnung.

Folgende Zahlstellen haben für den Monat März 1910 bei der Hauptkasse in Bochum abgerechnet:

Bezirk Hamm: Kamen I 838,90 (115), Kamen II 1030,60 (155,50), Kamen III 230,85 (30,25), Bönen 549,10 (55,50), Methler 158,60 (22,50), Hamm 287,65 (44,75), Obermassen 292,50 (24,50), Kaiserau 1050,80 (172), Mühlhausen 91,05 (9,75), Massenerheide 109,60 (14), Königsborn 663,95 (90,25), Lünern 237,85 (32,25), Werne a. L. 144,90 (10,50), Heeren 717 (97), Niedermassen 714,55 (114,25), Rünthe 348,40 (14,50), Billmerich 278,30 (41), Wiescherhöfen 579 (91,50), Unna 856 (130,50), Mark 36 (5), Ahlen 250,10 (41,50), Hamm-Nord 312,40 (36,50) Mk.

Bezirk Dortmund: Brackel 788,10 (102), Rahm 159,05 (28,50), Wambel 160,90 (26), Huckarde 216,55 (25,75), Deusen 215,60 (31,50), Kley 178,60 (25), Lindenhorst 222,85 (20,25), Scharnhorst 484,90 (81,50), Wickede [Februar-März] 481,90 (84,50), Dorstfeld 488,40 (70), Eving III 480,20 (58,50), Asseln 590,85 (88,25), Eving I 416,95 (37,75), Eving II 607,70 (88), Oespel I 624,80 (109), Oespel II 209,85 (32,25), Marten 809,25 (95,75), Dortmund 4286,95 (594,25), Cörne 91,80 (6) Mk.

Bezirk Castrop: Lütgendortmund 2286,95 (384,75), April 2111,40 (302), Bövinghausen 401,10 (52), Sodingen 601,50 (79,50), Westrich 286,80 (48,50), Rauxel 460,40 (28), Somborn 331,75 (63,75), Ickern 161,45 (23,75), Castrop 388,10 (61), Frohlinde 86,60 (9), Kirchlinde 350,85 (44,75), Mengede 942,50 (120,50), Deininghausen 160,80 (22), Groppenbruch 204,00 (45), Habinghorst 348,50 (32), Bodelschwingh 172,50 (28,50), Holthausen-Bürnig 424,70 (41,50) Mk.

Bezirk Eichlinghofen: Stockum 768 (126), April 602,50 (120), Hörde 481,25 (68,75), Annen I 868,55 (115,75), Wellinghofen 285,60 (89), Benninghofen 291,60 (55), Hengsen 848,40 (58,50), Kirchhörde 400,40 (48), Annen II 852,20 (55,50), Auf dem Schnee 457,25 (81,75), Schüren 635,80 (98,50), Menglinghausen 149,35 (26,25), Brünninghausen 207,50 (20,25), Barop 641,40 (64,50), Hohensyburg 176,40 (32,50), Schanze 288,20 (48), Lücklemberg 447,45 (75,25), Höchsten II 152,85 (24,25), Billermark 201,90 (85,50), Kruckel 490 (65), Höchsten I 328,20 (62), Hombruch 622,95 (88,25), Schwerterheide 185,10 (15), Eichholz 705,90 (119), Eichlinghofen [April] 652,50 (132,50), Sölde 380,15 (40,75), Rüdinghausen 400,55 (47,25), Aplerbeck 685,20 (90,50), Holzwickede 406,65 (77,25), Berghofen 618,50 (70), Aplerbeckermark 728,05 (106,75), Sommerberg 125,50 (25), Ende 149,80 (27,50), Hacheney 125 (25) Mk.

Bezirk Linden: Silschede 301,50 (79), Bommern 572,75 (85,75), Ostholz 849,85 (88,25), Bredenscheid 226,40 (11,50), Wengern [Februar-März] 280,75 (25,75), Freisenbruch 408 (72), Witten 647,50 (78,50), Nieder-Sprockhövel 644,80 (89), Hattingen 180,75 (12,75), Stiter 879,80 (40), Nieder-Wenigern 111 (5,50), Querenburg 488,50 (54), Horwege 370,25 (58,25), Stiepel II 266 (83), Esborn 341,50 (52), Stiepel I 874,75 (65,75), Weitmar I 296,45 (18,75), Nieder-Bonsfeld 258,50 (45), Dahlhausen II 281,80 (37), Altendorf 290,75 (44,25), Dahlhausen-Hörsterholz 178,50 (28), Blankenstein [Februar-März] 30,15 (2,75), Holthausen 212,00 (16,50), Horst-Ruhr 217,70 (26,50), Winz-Baak 513,80 (98,80), Linden 605,10 (85), Haßlinghausen 541,90 (92), Eppendorf 404,65 (78,25), Wormholz-Durchholz 429,20 (87), Dahlhausen I 352 (89), Heven 253 (17), Hiddinghausen 168,80 (26), O.-Sprockhövel [April] 417,20 (81,50), Westherbede 141,50 (4), Herbede 168,20.

Bezirk Bochum: Riemke 541,55 (71,25), Bochum III 569,65 (77,25), Bochum IX 819,85 (46,25), Bergen 281,85 (43,25), Harpen 718,65 (79,75), Bochum V 288,50 (45,50), Laer 1139,75 (191,75), Bochum VI 281,60 (85,50), Altenbochum 662,35 (79,75), Langendreer I 1842,40 (218), Langendreer II 886,90 (147,50), Bochum I 395,50 (67,50), Bochum VII 717,50 (71), Bochum II 775,70 (97), Bochum VIII 884,20 (53), Weitmar II 251,90 (71), Kaltehardt 378,45 (62,75), Werne 1348,30 (219,50), Bochum IV 448,95 (44,75).

Bezirk Recklinghausen: Baukau 605,50 (82), Datteln 289,75 (39,75), Disteln 208,20 (36,50), Herne 2059,20 (250), Recklinghausen-Süd 1359,75 (172,25), Hochlar 117,65 (19,75), Röllinghausen 244,10 (44), Westerhold 266,55 (49,25), Horsthausen 305,10 (41,50), Hochlarmark 486,05 (81,75), Haltern 126,40 (11,50), Sinsen 152,65 (25,75), Hüls 560 (97), Marl 88,80 (18,50), Dremer 291,40 (41,50), Stuckenbusch 78 (13,50), Herten 1207,90 (173), Recklinghausen 1156,95 (209,25), Erkenschwick 709,40 (91,50), Scherlebeck 229,85 (38,25), Henrichenburg 235,25 (42,25), Suderwich 442,55 (80,25), Dülmen 40,20 (5), Waltrop 94,70 (17,50).

Bezirk Bottrop: Brauk 912,90 (110), [April] 928,75 (121,25), Buer 777 (136,50), Bottrop II 114,60 (14), Butendorf 724,70 (73,50), Erle I 586 (65,50), Erle II 773,15 (94,75), Beckhausen 471,05 (60,75), Bülse 605,50 (75), Osterfeld 395,15 (56,25), Horst-Emscher 423,75 (58,75), Gladbeck I 974 (127,50), Gladbeck II 741,60 (107,50), Resse 352,20 (37), Horstermark 1092,55 (194,25), Herv.-Dorsten 121,70 (12,50).

Bezirk Gelsenkirchen: Leithe 351,60 (61,50), Höntrop 542,95 (72,25), Horbel 313,70 (37), Gelsenkirchen II 717,55 (92,25), Gelsenkirchen III 1245,85 (161,75), Holsterhausen 420,85 (49,25), Gelsenkirchen VIII 208,40 (42), Gelsenkirchen VII 461,90 (64,50), Gelsenkirchen IX 916,60 (84,50), Wanne 1248,80 (164,50), Gelsenkirchen I 865,15 (96,75), Gelsenkirchen V 295,95 (22,25), Westenfeld 505,25 (98,75), Röllinghausen 609,95 (98,25), Gelsenkirchen VI 845,35 (141,25), Wattenscheid 2210,05 (344,75), Eickel 941,90 (105), Günnigfeld 947,45 (170,25).

Bezirk Essen-Ost: Rellinghausen 281,30 (21), Schonnebeck I 288,75 (26,75), Bergerhausen 390,25 (43,75), Kray 1301,85 (211,25), Rotthausen 1664,10 (265), Rüttenscheid 195,20 (29), Frillendorf 849,25 (45,25), Essen 1373,45 (178,25), Bredeney 120,80 (18), Schonnebeck II 529,10 (43), Ueberruhr 196,75 (32,75), Kupferdreh 269,50 (41), Heisingen 386,60 (52,50), Steele 701,05 (107,75), Werden 029 (63).

Bezirk Essen-West: Stoppenberg 600,90 (64,50), E. Altendorf 424,95 (62,75), Frintrop 522,95 (71,25), Borbeck 586,85 (77,25), B.-Borbeck 020,45 (72,75), Schönebeck 492,55 (80,75), Dellwig 192,20 (33), Altenessen 1800 (287), Carnap 482,05 (45,25), Frohnhausen 158,50 (13), E. W. Holsterhausen 74,65 (8,25).

Bezirk Oberhausen: Heißen 417,90 (74). Speldorf 12,90 (2,50). Haarzopf 225,55 (38,25). Dümpten II 225,85 (39,25). Dümpten I 197,40 (34). Mülheim I 516,75 (87,25). Oberhausen I 395,45 (56,25). Mülheim-Holthausen 484,50 (91,50). Hamborn I 813,40 (108,50). Oberhausen II 356,75 (49,50). Mülheim II 162,05 (26,75). Styrum 334,25 (36,25). Fulerum 496,30 (94,50). Holten 86,80 (7). Meiderich II 218,30 (23). Schmidthorst 1727,65 (190,75). Hiesfeld 228,25 (37,25). Dümpten III 133 (18). Sterkrade II 396,60 (41). Meiderich I 487,75 (45,75). Obermarxloh 2129,55 (337,25). Biefang 50,80 (8). Alstaden 571,15 (75,75). Oberhausen III 153,10 (17). Sterkrade I 181,70 (16).

Bezirk Hamborn: Hamborn II 956,50 (142,50), Marxloh 794,65 (76,25), Dinslaken 48,50 (4,50), Ruhrort-Laar 125,60 (17,50), Fahrn 118 (3,50), Beeck 376,85 (52,75), Unterlohberg 99,50 (9), Aldenrade 136,50 (10).

Bezirk Lünen: Oberaden 185,40 (13), Grevel 150,05 (24,25), Kirchderne 186,30 (20,50), Hostedde (202,60 (21,50), Brambauer 1187,75 (141,25), Niederaden 108,30 (15,50), Lünen-Nord 303,30 (51,50), Derne 483,70 (62), Selm 118,20 (17), Lanstrop 405,15 (57,25), Lünen-Süd 796,65 (127), Brechten 529,75 (89,25).

Bezirke: Aachen 1170,85 (131,25), Beuthen 1598,45 (55,25), Köln 220 (12), Döhlen 447,20 (70), Hannover 3303,45 (303,75), Halle 3028,10 (476), Hausham 3092,70, Helmstedt 1710,75 (190,50), Hildesheim 1163,85 (167), Kattowitz 768,95 (20,25), Lothringen I 805,45 (57,75), Lothringen II 719,40 (55), Lugau 9173,90 (1497), Mörs 3298,50 (381), Rybnik 353,85 (33,75), Saarabien 650 (29,50), Sangerhausen 13260,95 (222,25), Senftenberg 3224,25 (577,25), Waldenburg 7363,90 (166,75), Zabrze 2236,90 (162,75), Zeitz 15028,65 (2595,25), Zwickau 7850,20 (1493), Februar 7553,65 (1260,25).

Die in Klammern gesetzten Zahlen sind Extra-Beiträge.

Für den Monat Februar hatte noch nicht abgerechnet: Dinslaken.

Paul Horn, Verbandskassierer.

Briefkasten.

Viele alte Kameraden, Lugau. Eure anonyme Mitteilungen gehen in den Papierkorb, wo sie hingehören. Wenn das wahr ist vom Reviersteiger Ihle, Steiger Winkler und Gypser, so geht auf das Bezirksbureau nach Lugau und bringt dort eure Beschwerden vor.

Verbandsnachrichten.

Wegen der Pfingstfeiertage wird die nächste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung" erst am Mittwoch den 18. Mai zum Versand gelangen.

An unsere Verbandsmitglieder.

Indem wir auf den in der letzten Nummer dieser Zeitung veröffentlichten Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Sammlung von Geldern für die ausgesperrten Bauarbeiter Bezug nehmen, machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß denjenigen Zahlstellen, die keinem Gewerkschaftskartell angeschlossen sind, die notwendigen Sammellisten durch die Bezirksleiter zugehen. Solche Zahlstellen, die einem Kartell angehören, haben auf den vom Kartell herausgegebenen Listen zu sammeln.

Wir erwarten von unsern Ortsverwaltungen und Mitgliedern, daß sie ihr möglichstes tun, damit das Ergebnis der Sammlung aus den Reihen unserer Mitglieder ein befriedigendes wird. Der Kampf, den die Bauarbeiter führen, ist auch unser Kampf. Ihr Sieg wird deshalb auch unser Sieg sein. Wenn es den baugewerblichen Arbeitern aber gelingen soll, den ihnen von den Bauunternehmern aufgezwungenen Kampf siegreich zu beenden, dann bedürfen sie unserer tatkräftigen Hilfe. Deshalb ans Werk! Wer schnell gibt, gibt doppelt. Mit Glückauf! **Der Hauptvorstand.**

☛ Den Zeitungspaketen liegt diese Woche ein Kuvert bei. Die Zeitungsboten werden ersucht, dasselbe an den 1. Vertrauensmann abzugeben. Wenn eine Zahlstelle irrtümlich übersehen sein sollte, dann bitten wir um Nachricht.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, die regelmäßigen Wochen- und Extrabeiträge pünktlich zu zahlen. Dies ist notwendig, damit es seine erworbenen Rechte an den Verband nicht verliert.

Jedes Mitglied soll auch ein unermüdlicher Agitator für den Verband sein, damit dieser immer mehr gestärkt wird und den Kampf gegen die Grubenherren aufnehmen und führen kann.

Achtung! Einzelmitgliedern und Personen, welche Geld an die Hauptkasse zu senden haben, ohne im Besitz von Zahlkarten des Verbandes zu sein, mögen solche an den Postschaltern verlangen. Dieselben werden unentgeltlich verabfolgt und sparen die Einsender auch das Porto, welches bei Benutzung von Postanweisungen zu zahlen ist. Folgende Adresse ist zu benutzen:

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum. Scheckonto Nr. 3287. Scheckamt Köln.

An unsere Ortsverwaltungen.

Wir machen unsere Ortsverwaltungen darauf aufmerksam, daß während der Dauer der Lohnbewegung im Baugewerbe Mitglieder der von der Aussperrung betroffenen Organisationen **nicht** zu unserem Verbande übertreten können. Wir ersuchen, dieses genau zu beachten.

Adresse gesucht.

In einer **Erbschaftssache** sind die Kinder eines Bergmannes Stanislaus Solarski, geb. am 22. April 1861 zu Ligota, Kreis Krotoschin, der während der Zeit vom 28. September 1891 bis 18. Juni 1892 bei der Gewerkschaft Minna Anna in Weißsand und später auf Zeche Hedwig in Anhalt gearbeitet hat, zu Erben eingesetzt.

Deren Aufenthaltsort war bisher nicht zu ermitteln und die Erbschaft muß in Kürze an den Fiskus fallen, falls die Erben nicht gefunden werden.

Wir ersuchen alle, denen die Adresse des Solarski oder eines seiner Kinder bekannt ist, sofort an den Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum einzusenden.

Alsdorf. Krankfeiernde Mitglieder, die zum Krankengeldbezug berechtigt sind, haben sich beim Vertrauensmann den Schein zum Krankengeldbezug ausstellen zu lassen. Mit diesem Schein haben sie sich dann beim Kassierer zu melden, der ihnen das Krankengeld auszahlt. Krankengeld wird jeden Sonntag nach dem 1. und jeden Sonntag nach dem 15. des Monats ausgezahlt.

Bezirk Gelsenkirchen. Den Kameraden zur Kenntnis, daß seid dem 6. Mai das Bureau der Bezirksleitung sich nicht mehr Hochstraße 1, sondern Kaiserstraße 65—67 befindet. Diese Adresse ist zu beachten, damit nicht Irrtümer in der Zustellung der Postsachen entstehen. Telephon-Nummer 2139.

Hochheide. Den niederschlesischen Knappschaftsmitgliedern zur Nachricht, daß sie ihre Urlaubsbeiträge vom 24. Mai bis 26. Juni an bekannter Stelle einzahlen können.

Moers. Die Mitglieder der Niederschlesischen Knappschaftskasse welche ihr Stundungsgeld für das erste Halbjahr 1910 wieder gemeinsam einsenden wollen, können sich vom 5. Mai bis 24. Mai unter Angabe ihrer Rollen-Nummer an bekannter Stelle H. Str. Nr. 18 melden.

Rechtsschutz betreffend.

Gelsenkirchen. Das Arbeitersekretariat Gelsenkirchen befindet sich von jetzt an Kaiserstraße 65—67, erste Etage. Die Sprechstunden finden wie bisher täglich, vormittags von 9—11 und nachmittags von 5—7 Uhr, außerdem jeden Dienstag und Freitag bis 8 Uhr abends statt. An Sonn- und Feiertagen bleibt das Sekretariat geschlossen.

Hamborn. Das Rechtsschutzbureau ist von jetzt ab wieder wie früher, nur an drei Tagen in der Woche geöffnet und zwar jeden Dienstag, Mittwoch und Freitag. Die Mitglieder wollen das beachten.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit der Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Altenrade. Vom 15. bis 31. Mai.
Asberg bei Mörs. Vom 10. bis 25. Mai.
Berghofen. Vom 1. bis 30. Mai.
Bochum IV. Vom 18. bis 31. Mai.
Brambauer. Im Monat Mai.
Deusen. Im Monat Mai.
Hamm-Nord. Vom 15. Mai bis 1. Juni.
Herne. Vom 5. bis 19. Mai.
Laer. Im Monat Mai.
Niederplanitz. Vom 1. bis 25. Mai.
Nordlünern. Vom 1. bis 31. Mai.
Nünthe. Vom 15. Mai bis 15. Juni.
Stuckenbusch. Vom 11. bis 18. Mai durch den Bezirksleiter.
Dehlen. Vom 1. bis 31. Mai.
Winz-Baak. Vom 15. Mai bis 1. Juni.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Ohne Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines darf keine Unterstützung ausgezahlt werden.

Bochum II. Mitglieder, die länger als 14 Tage krank feiern, müssen sich beim Kassierer Ernst Langer, Hernerstraße 73a, melden.

Bodelschwingh. Die Krankenunterstützung wird von jetzt an jeden ersten Sonntag nach dem 15. jeden Monats, vormittags von 10—12 Uhr, in der Wohnung des Kassierers Josef Tilch, Zechenstraße, ausgezahlt.

Datteln. Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt jetzt jeden Sonntag, vormittags von 10—12 Uhr.

Stoppenberg. Jeden zweiten und letzten Sonntag, vormittags, beim Kassierer Mebing, Gelsenkirchenerstraße 69b.

Kranzspendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzspendenmarken à 10 Pf. geklebt:
Bochum V. Im Monat Mai.
Nieder-Altwasser. Im Monat Mai.

Lokalfondsmarken.

Rainsdorf. Im Monat Mai wird eine Marke für das zweite Quartal geklebt.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Beiersdorf. Jeden zweiten Sonnabend, abends 8 Uhr, im Gasthof Bergberg.
Grimma. Jeden zweiten Sonnabend im Monat, im Gasthof Burgberg.
Groß-Moyeuvre. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Gewerkschaftshaus, Färberstraße.
Marienstein. Jeden Sonntag nach dem Zahltag, vormittags 10 Uhr, im Gasthof Hauserdörfl: Zahlung der Beiträge.
Neudorf-Schwarzwald. Jeden Donnerstag nach dem 15. des Monats, abends 6½ Uhr, und jeden zweiten Sonntag nach dem 15. nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftslokal
Rombach. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Wagner, Sackstraße.
Roßlingen. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr.

Jeden Sonntag nach dem 10. des Monats:

Aachen. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Ant. Schmitz, Promenadenstr. 20.
Cainsdorf. Abends 7 Uhr, Lokal wird durch Handzettel bekannt gegeben.
Dahlhausen I. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte-Umberg.
Friedrichsgrün. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Baumann.
Holthausen-Börnig. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Georg Schulte.
Kirchberg. Nachmittags 2½ Uhr, im „Tivoli".
Marienthal. Nachmittags 6 Uhr, im Restaurant „Gambrinus".
Mülsen. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Deutscher Kaiser".
Niederhaßlau. Nachmittags 6 Uhr, im Gasthof „Zum Rosengarten".
Niederplanitz. Nachm. 6 Uhr, im Gasthof des Herrn E. Schmidt, Vorderneudörfel.
Oberhohndorf. Abends 7 Uhr, im Restaurant Weidhas.
Oberplanitz. Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Zum Gambrinus".
Reinsdorf. Nachmittags 6 Uhr, im Gasthof des Herrn E. Schädlich.
Selm. Nachmittags 4 Uhr. Wo? sagt der Bote.
Vielau. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Leistner.
Wilkau i. S. Nachmittags 5 Uhr, im Restaurant „Daheim" des Herrn M. Kramer.

Jeden dritten Sonntag im Monat:

Afferde. Nachmittags 4 Uhr. (Lokalangabe fehlt.)
Bernsdorf-Hermsdorf. Nachmittags 4 Uhr, im „Felsenkeller".
Bockwa. Nachmittags 6 Uhr, im Gasthaus „Zur Wartburg".
Brackel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Filzhaut. Referent zur Stelle.
Breiten-Methler. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn H. Budde in Breiten.
Castrop. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Auweiler, Kriegerdenkmalstr. 11.
Crimmitz. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zur Wage".
Dortmund II. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Tobien, Hirtenstraße 17. 1. Vortrag. 2. Geschäftliches. 3. Verschiedenes.
Dülmen. Vormittags 10 Uhr. Wo? sagt der Bote.
Dümpten III. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Scham (früher Korthäuer), Rolandstraße.
Elgershausen. Nachmittags 3½ Uhr, im Lokale des Herrn A. Barthel.
Eschweiler. Vormittags 11½ Uhr, im Lokale des Herrn Hennemann, Uferstraße.
Gersdorf. Abends 6 Uhr, im Gasthof „Zum grünen Tal": Steuertag.
Groß-Rhüden. Nachmittags 3½ Uhr, im Lokale des Herrn A. Schneevoigt.
Hastenrath. Nachmittags 2½ Uhr, wo? sagt der Bote.
Heistern. Nachmittags 5 Uhr, wo? sagt der Bote.
Hengsen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn E. Flunkert.
Hombruch. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Martin Rudolf.
Hüdenhain. Abends 7 Uhr, im Restaurant „Bleibe" des Herrn Martin.
Kamen I. Nachmittags 3½ Uhr, im Lokale des Herrn Bräutigam (fr. Hesselmann).
Kössern-Neunitz. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Neunitz: Steuertag.
Krebsjanche. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn O. Ziche.
Kruckel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn H. Kaspers im Buchenhain.
Lauterbach. Nachmittags 4 Uhr, wo? sagt der Bote.
Luckenau. Nachmittags 3½ Uhr, im Gasthof des Herrn Herzog in Luckenau.
Mengede. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt.
Mücheln. Nachmittags 3 Uhr, im Arbeiterkasino in Gehüfte.
Naundorf. Abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Rab der guten Hoffnung" in Wildschütz.
Neukirchberg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Enge in Lugau.
Niederdorf. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zum Lindengarten".
Oberaden. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Rumpf.
Obermassen. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Gustav Ligges.
Oelsnitz. Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Garküche".
Oettingen. Nachmittags 1 Uhr, im Lokale des Herrn Tezi in Rümlingen.
Pumpe-Stich, Rötgen und Röte. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn van den Berg, Rötgenerstraße.
Sauo. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Beuster.
Schmidthorst. Vormittags 11½ Uhr, im Lokale des Herrn Böheim.
Schwerterheide. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Embe, Ostbergstraße.
Stieringen. Nachmittags 4 Uhr. (Lokalangabe fehlt.)
Stüter. Nachmittags 3½ Uhr, im Lokale des Herrn W. Oberstebrink, am Hackstück.
Teuchern. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zum grünen Baum".
Trebnitz. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Böttcher.
Türchau. Nachmittags 3 Uhr, im Kretscham Giesmannsdorf.
Ueberruhr. Nachmittags 5 Uhr. Lokal unbestimmt.
Wendthagen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Flachsbart.
Werne a. d. Lippe. Vormittags 10 Uhr. Lokal unbestimmt.
Werschen. Abends 7 Uhr, im Arbeiterkasino in Oberwerschen.
Wienrode a. Harz. Nachm. 4 Uhr im Lokale des Herrn Pieper, „Deutscher Kaiser".

Montag, den 16. Mai (2. Pfingsttag):

Annen II. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Stork (fr. Sticht), In der gr. Borbach. Vortrag des Kam. Schlischo über: Das alte Bergrecht und Berggesetzgebung.
Ober-Sprockhövel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ernst Hilgenstock, „Zur Quellenburg", Herzkamp. — Beschlußfassung über ein Zahlstellenfest.

Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen!

Oeffentliche
Belegschafts-Versammlungen
Dienstag, den 17. Mai 1910:
Wiskrow, Gewerkschaft Teutonia. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Pelling. — Was ist zu tun, um den Lohnabzug abzuwehren. Referent: Kamerad W. Ernst, Hildesheim.

Zahlstellen-Feste.
Querenburg. Montag, den 16. Mai (2. Pfingsttag), im Lokale des Herrn August Hahne: Geschlossenes Zahlstellenfest.

Ein Sortiment Lieder
passend zu Massengesängen bei Zahlstellenfestlichkeiten, nach bekannten Melodien
100 Stück 50 Pf. — 100 Stück 50 Pf.
durch die Vertrauensleute zu beziehen.

Gewerkschaftshaus Hamburg
G. m. b. H.
Wir empfehlen den Genossen unser neu eingerichtetes Hotel. Zimmer inkl. Morgenkaffee 2,00 bis 2,50 Mark.
Unsere Herberge bringen wir den reisenden Genossen in empfehlende Erinnerung. Betten zu 50, 60 und 70 Pf. pro Nacht inkl. Morgenkaffee und Brötchen.
Die Verwaltung.

Beerdigungs-Anzeigen
Formulare zum Ausfüllen für die einzelnen Zahlstellen
100 Stück 50 Pf.
H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstraße 40b.

Futterale zum Schutze der Mitgliedsbücher in unserer Geschäftsstelle zu haben.

Zur gefl. Beachtung!
Bestellungen auf Bücher, Broschüren, Futterale usw., welche mit dem Zeitungsversand erledigt werden sollen, müssen spätestens bis **Montag vormittags** bei uns eingehen. Vielfach kommen solche Bestellungen erst am Dienstag vormittag hier an, dann ist es meistens zu spät, die bestellten Sachen noch mit der Zeitung zu verschicken. Wer das Gewünschte rechtzeitig haben will, bestelle auch rechtzeitig. **H. Hansmann & Co., Bochum.**

Makulatur ist in unserer Druckerei zu haben.

Wir empfehlen die in unserm Verlage erschienene neue Sammlung Gedichte unseres ehrwürdigen Kameraden
Heinrich Kämpchen.
Was die Ruhr mir sang
betitelt der Dichter sein neues Werk. Die große Nachfrage und gute Aufnahme der beiden ersten Bände seiner Lieder, welche seit Monaten vollständig vergriffen sind, veranlaßte uns, einen dritten Band herauszugeben und wir sind überzeugt, daß das, was der Verfasser seinen Kameraden in dieser neuen Sammlung Gedichte bietet,
eine Zierde für den Büchertisch ist.
Durch sauberen Druck auf gutem Papier, in geschmackvoller Ausstattung gaben wir dem Werkchen — dem Inhalt entsprechend — auch äußerlich ein schönes Gewand, sodaß wir es einem jeden Kameraden bestens empfehlen können.
Der Preis für unsere Mitglieder beträgt 75 Pf.,
☛ im Buchhandel 1,00 Mark. ☚
H. Hansmann & Co., Bochum Westf.